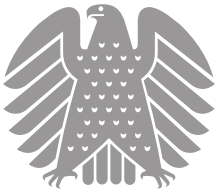
50 Jahre Élysée-Vertrag
Berlin, 22. Januar 2013

50 ans du Traité de l'Élysée
Berlin, 22 janvier 2013



Inhalt
Sommaire

8 50 Jahre Élysée-Vertrag –
50 Jahre deutsch-französische Freundschaft

10 Programm der gemeinsamen Sitzung des
Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale

12 **Gemeinsame Sitzung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale**
40 Parlamentarische Aussprache
82 Marseillaise, Nationalhymne der Französischen Republik
84 Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland

86 **Gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale aus Anlass des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages**

92 **Weitere Informationen**
94 „Mehr als eine runde Zahl“ aus: Das Parlament Nr. 6/7
98 „Kinder des Élysée-Vertrages“ aus: Das Parlament Nr. 6/7
102 „Chronik“ aus: Das Parlament Nr. 6/7
104 Informationen im Internet
106 Impressionen des Tages
124 Élysée-Vertrag

248 **Impressum**

Eine DVD mit der gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale, der Rede des Bundespräsidenten und dem Konzert in der Philharmonie Berlin befindet sich auf der letzten Innenseite der Festschrift.

150 Les 50 ans du Traité de l'Élysée –
50 ans d'amitié franco-allemande

152 Programme de la séance commune du
Bundestag allemand et de l'Assemblée nationale

155 **Séance commune du Bundestag allemand
et de l'Assemblée nationale**
183 Débat
224 Marseillaise
226 Hymne national de la République fédérale d'Allemagne

229 **Déclaration commune du Bundestag allemand et de
l'Assemblée nationale à l'occasion du 50e anniversaire
de la signature du Traité de l'Élysée**

235 **Pour en savoir plus**
236 Plus qu'un jubilé (« Das Parlament », n° 6/7)
240 Les enfants du Traité d'Élysée (« Das Parlament », n° 6/7)
244 Chronique (« Das Parlament », n° 6/7)
246 Informations en ligne
106 Impressions de la journée
124 Traité de l'Élysée

248 **Responsables de l'édition**

Un DVD se trouve au recto de de la 4e de couverture. Il comprend la séance commune du Bundestag et de l'Assemblée nationale, le discours du Président fédéral et le concert à la Philharmonie de Berlin.

50 Jahre Élysée-Vertrag
Berlin, 22. Januar 2013

50 ans du Traité de l'Élysée
Berlin, 22 janvier 2013

50 Jahre Élysée-Vertrag – 50 Jahre deutsch-französische Freundschaft

Mit einem deutsch-französischen Jahr und zahlreichen Veranstaltungen feierten Frankreich und Deutschland den 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages. Im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes erinnerten die Assemblée nationale, der Bundestag und die Regierungen beider Länder an den Beginn der deutsch-französischen Freundschaft. 50 Jahre zuvor, am 22. Januar 1963, unterzeichneten Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer im Pariser Élysée-Palast den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ – kurz Élysée-Vertrag.

Meilenstein der Verständigung

Nach schrecklichen Kriegen und einer unversöhnlichen Konkurrenz war der Élysée-Vertrag ein Meilenstein in der deutsch-französischen Verständigungspolitik. Dem Vertrag gingen wichtige Annährungsschritte voraus, darunter der Schuman-Plan 1950, der in die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951 mündete, und der Saarvertrag 1956, der zur politischen Eingliederung des Saarlands in die Bundesrepublik führte. De Gaulle und Adenauer versicherten sich im Élysée-Vertrag ihrer gegenseitigen Überzeu-

gung, „dass die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt“. Eine stärkere Zusammenarbeit der Länder galt als unerlässlicher Schritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa.

Chefgespräche und Jugendarbeit

Der Élysée-Vertrag verpflichtet zu Konsultationen in der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik – auf höchster Ebene zwischen Präsident und Kanzler und auf der Ebene der Minister und leitenden Ministerialbeamten. Vor allem die Jugendarbeit sollte eine Brücke für die Zukunft zwischen den Ländern schlagen. Bereits im Juli 1963 wurde das Deutsch-Französische Jugendwerk geschaffen. In den Folgejahren entstanden zudem Städte- und Vereinspartnerschaften, Kooperationen zwischen Hochschulen und Gemeinschaftsunternehmen wie der Fernsehsender Arte. Auch eine Brigade aus deutschen und französischen Soldaten wurde gegründet.

Feierliche Begegnung im Reichstagsgebäude

Staatspräsident Valéry Giscard d’Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt stärkten die europäische Einigung in den 1970er-Jahren mit Initiativen wie der Einrichtung des Europäischen Rates und des Europäischen Währungssystems. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand erweiterten den Vertrag 1988 um zwei Zusatzprotokolle, die einen gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsrat und einen Verteidigungs- und Sicherheitsrat anregten.

Am 22. Januar 2003 würdigten die Parlamente den 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages mit einem besonderen Ereignis: einer gemeinsamen Sitzung der französischen Nationalversammlung und des Bundestages in Versailles und einem Jugendparlament am 23. Januar in Berlin. Zehn Jahre später, am 22. Januar 2013, wurde das Reichstagsgebäude in Berlin Schauplatz der Begegnung beider Parlamente und Regierungen. Mit der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Assemblée nationale und weiteren Veranstaltungen haben Deutschland und Frankreich den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages gewürdigt. Damit hatte der Bundestag erstmals ein vollständiges ausländisches Parlament zu Gast.

Auch die Mitarbeiter der deutschen und der französischen Botschaft in Washington D. C. feiern das Jubiläum des Élysée-Vertrages.

Les membres des ambassades d’Allemagne et de France à Washington D.C. fêtent ensemble les 50 ans du Traité de l’Élysée.

Begrüßung
durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert

Ansprache
des Staatspräsidenten der Französischen Republik, François Hollande

Ansprache
der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel

Einführung in die gemeinsame Erklärung und Eröffnung der Aussprache
durch den Präsidenten der Assemblée nationale, Claude Bartolone

Parlamentarische Aussprache

Annahme der gemeinsamen Erklärung

Nationalhymnen

Programm der gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale

Berlin, 22. Januar 2013

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt Präsident François Hollande Graffiti von sowjetischen Soldaten, die beim Umbau des Reichstagsgebäudes wiederentdeckt und konserviert worden sind.

La Chancelière Angela Merkel montre au Président François Hollande les graffitis de soldats soviétiques, redécouverts et conservés lors de la restauration du bâtiment du Reichstag.

Gemeinsame Sitzung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale

Berlin, 22. Januar 2013

„Für die Zukunft Europas bleibt die deutsch-französische Verständigung unverzichtbar“

Begrüßung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert

Monsieur le Président
de la République française!
Herr Bundespräsident!
Frau Bundeskanzlerin!
Monsieur le Premier Ministre!
Monsieur le Président du Sénat!
Herr Bundesratspräsident!
Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Verehrte Gäste!

Auch im Namen des Präsidenten der Assemblée nationale, Claude Bartolone, begrüße ich Sie alle herzlich zu der gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestages und der französischen Nationalversammlung im Reichstagsgebäude in Berlin aus Anlass des 50. Jahrestages des Élysée-Vertrages vom 22. Januar 1963.

50 Jahre Élysée-Vertrag, 50 Jahre deutsch-französische Freundschaft: Wer ein Gespür für die Bedeutung von 50 Jahren in der jüngeren europäischen Geschichte hat, kann das nicht nur für eine runde Zahl oder gar für ein beliebiges Ereignis halten. Das vergangene halbe Jahrhundert markiert vielmehr eine grundlegende historische Wende in den Beziehungen unse-

rer Länder, in der Geschichte Europas. Deshalb begrüße ich besonders gerne auf der Ehrentribüne den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, und weitere Mitglieder des Europäischen Parlaments als Repräsentanten aller in der Union vereinten Europäer.

Wir freuen uns über die Teilnahme vieler Botschafter und Gesandter aus zahlreichen Ländern innerhalb und außerhalb der europäischen Gemeinschaft, über die Teilnahme vieler Ehrengäste; stellvertretend für alle nenne ich Richard von Weizsäcker und Rita Süssmuth.

Meine Damen und Herren, vor zehn Jahren sind unsere beiden Parlamente auf Einladung unserer französischen Freunde in Versailles zusammengetroffen – eine große Geste der Überwindung der wechselseitigen historischen Kränkungen von 1871 und 1919, die jeweils mit dem Namen Versailles verbunden sind.

Heute tagen wir in Berlin, der Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland, dessen staatliche Einheit es ohne die Aussöhnung zwischen unseren beiden Ländern nicht geben würde. Wir haben uns längst an einen Zustand des dauerhaften Friedens, der Freundschaft und Zusammenarbeit in einer Europäischen Union demokratischer Staaten gewöhnt, die die meisten Menschen in unseren Ländern längst für eine schiere Selbstverständlichkeit halten, weil sie in ihrer persönlichen Biografie nie andere Verhältnisse kennengelernt haben als diese.

1963 war die erste Nachkriegsgeneration noch nicht einmal volljährig. Konrad Adenauer und Charles de Gaulle schlossen den Vertrag – ich zitiere aus ihrer damaligen gemeinsamen Erklärung –

„[…] in der Überzeugung, dass die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet […]“

Adenauer wurde wenige Jahre nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 geboren. Wie er erlebten mehrere Generationen von Deutschen und Franzosen in der gleichen kurzen Zeitspanne von 50 Jahren zwei Weltkriege mit verheerenden Folgen für beide Länder. Heute ist das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet. So wie Europa sich in der Vergangenheit auf

die alte, immer wieder aufbrechende Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich einstellen musste, so kann und muss es sich für die Zukunft auf die Partnerschaft und die Zusammenarbeit dieser beiden großen Nachbarländer verlassen.

Wer die Bedeutung von 50 Jahren Freundschaft zwischen zwei Ländern ermessen will, die in Europa über Jahrhunderte hinweg als Dauerrivalen oder gar als Erbfeinde galten, der sollte sich vielleicht an die geradezu beschwörenden Worte von Winston Churchill unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern:

„Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein."

Das sagte Churchill in seiner berühmten Rede 1946 in Zürich an die Jugend Europas. Frankreich und Deutschland sind dieser damals ebenso kühnen wie weitsichtigen Aufforderung eines großen britischen Premierministers gefolgt, schon Anfang der 1950er-Jahre mit der von Robert Schuman entwickelten Montanunion.

Meine Damen und Herren, als der Élysée-Vertrag 1963 geschlossen wurde, hofften wir, dass tatsächlich eine neue Etappe in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen beginnen würde. Heute wissen wir – und wissen es noch besser als damals –, welche Bedeutung die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft nicht nur für das Verhältnis unserer beiden Länder, sondern für Europa im Ganzen bekommen sollte. Für die Zukunft Europas bleibt die deutsch-französische Verständigung unverzichtbar, gerade weil diese beiden Länder eben nicht immer gleiche, sondern durchaus unterschiedliche Interessen, Traditionen und Vorstellungen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in jeder langjährigen stabilen Beziehung gibt es Phasen der Leidenschaft und solche der Vernunft. Im Augenblick befinden sich unsere beiden Länder eher in einer Phase der – sagen wir einmal – leidenschaftlichen Vernunft als der romantischen Verliebtheit. Das muss kein Nachteil sein. Unsere Nachbarn in Europa und unsere Partner in der Welt können mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen uns und Ihnen sehr gut leben, besser als jemals zuvor in der europäischen Geschichte.

Heute verbinden wir die Feier einer 50-jährigen Freundschaft und Zusammenarbeit mit einem Appell an die Jugend Europas. An ihnen, den jungen Franzosen und Deutschen, die heute zur Schule oder zur Universität gehen, die in Betrieben und Unternehmen eine möglichst gute Berufsausbildung erhalten, liegt es, was aus diesem großen Vermächtnis in der Zukunft wird. Dafür steht auch die beispiellose Erfolgsgeschichte des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das erfreulicherweise immer häufiger und immer stärker auch junge Leute aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie den Mittelmeerstaaten in die gemeinsamen Programme und Aktivitäten einbezieht, so auch bei dem dreitägigen Jugendforum, das mit 150 Teilnehmern seit Samstag hier in Berlin stattfindet. Ich möchte den Teilnehmern dieses Jugendparlaments von hier aus unsere gemeinsamen herzlichen Grüße übermitteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, für die heutige Generation sind die engen freundschaftlichen Bande und die Freizügigkeit in ganz Europa völlig normal; selbstverständlich sind sie nicht. Sie sind es nicht vor der wechselhaften Geschichte beider Völker, und sie sind es in den internationalen Beziehungen auch heute nicht. Albert Camus, der große französische Autor, an dessen 100. Geburtstag wir in diesem Jahr erinnern, hat einmal gesagt:

« L'homme n'est rien en lui-même. Il n'est qu'une chance infinie. Mais il est le responsable infini de cette chance. »

„Der Mensch ist nichts an sich. Er ist nur eine grenzenlose Chance. Aber er ist der grenzenlos Verantwortliche für diese Chance."

Das ist, denke ich, ein schönes Motto für die nächsten 50 Jahre.

Angesichts der europäischen Geschichte hat der deutsch-französische Vertrag von 1963 natürlich einen Wert an sich, aber er bietet auch und gerade beinahe grenzenlose Chancen für die Zukunft. Verantwortlich aber sind wir alle, Deutsche wie Franzosen, gemeinsam als verlässliche Partner in einem vereinten Europa.

Ihnen allen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein herzliches Willkommen und Dank für die Teilnahme an dieser festlichen Sitzung unserer beiden Parlamente.

Nun bitte ich den Herrn Staatspräsidenten und im Anschluss daran die Frau Bundeskanzlerin um ihre Ansprachen.

„Unsere Freundschaft muss allen europäischen Ländern zum Geschenk gemacht werden“

Ansprache des Präsidenten der Französischen Republik, François Hollande

Herr Bundespräsident!
Frau Bundeskanzlerin!
Herr Bundestagspräsident!
Herr Präsident der Assemblée nationale!
Herr Präsident des Senats!
Meine Damen und Herren Abgeordnete unserer beiden Länder!

Mir ist bewusst, welch außergewöhnlichen Moment wir hier erleben: das Treffen unserer beiden Parlamente mit den Regierungsvertretern und den beiden Staatspräsidenten sowie das Privileg, das mir zuteil wird, hier im Namen Frankreichs im Bundestag zu sprechen. Ich möchte noch einmal der Frau Bundeskanzlerin für den Empfang an diesen beiden Tagen danken, an denen wir einen Vertrag feiern, der vor 50 Jahren von zwei Staatsmännern unterzeichnet wurde: von Konrad Adenauer und General de Gaulle, die den Mut und die Leidenschaft aufbrachten, in Erwägung zu ziehen, man könne nicht nur unsere beiden Völker miteinander versöhnen, sondern auch die Schicksale Frankreichs und Deutschlands in einem Vertrag verbinden, der

als solcher die Voraussetzungen für eine Freundschaft bieten könnte. Eine Herausforderung, die von Erfolg gekrönt war, sogar über die Absichten derer hinaus, die ihn unterzeichnet hatten.

Im Laufe dieser 50 Jahre waren alle ihre Nachfolger – Regierungschefs und Staatspräsidenten – darauf bedacht, die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern zu pflegen und in jeder Etappe neue Projekte einzubringen, die nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern für ganz Europa gedacht waren, also so vorzugehen, dass das, was uns zusammengeführt hat, auch Europa vereinen konnte.

Diese Freundschaft hat über die gesamten letzten 50 Jahre hinweg als treibende Kraft gewirkt. Was nicht heißen will, dass sie nicht Wechselfällen und Stürmen ausgesetzt war! Man darf die deutsch-französische Freundschaft nicht länger als einen langen, ruhigen Fluss sehen.

Der Élysée-Vertrag war gerade unterzeichnet, als General de Gaulle – der nicht nur für seinen Großmut, sondern auch für seinen eigenwilligen Charakter bekannt war – verlauten ließ, der Bundestag habe den Vertrag teilweise in seinem Wesen verändert, indem er eine Präambel hinzugefügt habe, in der an die Stärke der transatlantischen Beziehung erinnert wurde. Das zeigt deutlich, wie sehr die deutsch-französische Freundschaft tatsächlich bei jeder Etappe viel Pflege und Verständnis braucht!

Ich sage gern, dass unsere Freundschaft allen europäischen Ländern zum Geschenk gemacht werden muss. Manch einer ist besorgt, wenn unsere Beziehung nicht so weit geht, wie wir es uns alle wünschen, aber ebenso besorgt, wenn wir zu sehr eins sind – aus Angst, dies könne die eigenen Entscheidungen belasten. Nun stand aber die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland letztlich immer im Dienste des europäischen Aufbauwerks und der Werte, die wir teilen, die wir aber auch in dem Maße auszubauen und zu erweitern wussten, wie Europa neue Länder aufnahm.

Es ist unsere Freundschaft, die über allem stand, als die Sicherheit Europas gefährdet war, wie 1983, als Frankreich hier im Bundestag durch die Stimme von François Mitterrand seine unverbrüchliche Solidarität mit der Bundesrepublik zum Ausdruck brachte.

Es ist diese Freundschaft, die für die vorbehaltlose Unterstützung Frankreichs zur Wiedervereinigung Deutschlands gesorgt hat.

Es ist diese Freundschaft, die kühne Entscheidungen in der Wirtschaft und der Industrie möglich gemacht hat – außergewöhnliche Projekte wie den Airbus, wie Ariane, die wir noch weiter ausbauen müssen.

Es ist die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, die Schritt für Schritt zur Einführung des Euro geführt hat.

Und es ist ebenfalls die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, die es in den letzten Monaten ermöglicht hat, die Integrität in der Eurozone zu bewahren.

Diese Freundschaft ist also sehr wertvoll für uns; sie ist unverzichtbar; sie ist untrennbar mit dem europäischen Aufbauwerk verbunden.

Heute aber, Frau Bundeskanzlerin, müssen wir neue Perspektiven eröffnen, die dem Vermächtnis, das wir erhalten haben, gerecht werden. Wir müssen – und in diesem Geist wurde der Élysée-Vertrag verfasst – mehr für die Jugend tun, denn sie ist die große Sache unserer Beziehung.

Weil die Jugend unsere Zukunft ist und weil es in unserer Politik genau um sie geht. Weil die Jugend unserer beiden Länder das unschätzbare Glück hat, nie etwas anderes als Frieden und Demokratie erlebt zu haben. Und weil die Jugend heute mit einer wirtschaftlichen und sozialen Krise nie da gewesener Dauer konfrontiert ist, die bei ihr durchaus die Hoffnungen in ihre eigene Zukunft trüben kann.

Aus diesem Grund haben wir in der Erklärung, die wir verabschiedet haben, der Jugend viel Platz eingeräumt, indem wir die Mittel des Deutsch-Französischen Jugendwerks aufgestockt haben, das im Juli sein 50. Jubiläum feiert und das seit seiner Gründung acht Millionen jungen Franzosen und Deutschen eine Förderung gewährt hat. Wir haben beschlossen, den Sprachbereich auszubauen, die Anerkennung von Abschlüssen zu beschleunigen, unsere Berufsausbildungssysteme einander anzunähern, damit die jungen Franzosen die Möglichkeit erhalten, ihren Berufsweg hier in Deutschland fortzusetzen, und die jungen Deutschen in Frankreich.

Wir – Frankreich und Deutschland – werden in den weiteren Gesprächen über den künftigen europäischen Haushalt dafür sorgen, dass das Erasmus-Programm nicht nur finanziell

gestärkt, sondern auch auf junge Leute ausgeweitet wird, die heute keinen Zugang dazu haben, wie Jugendliche aus benachteiligten Milieus oder aus Ausbildungsberufen.

Uns ist auch daran gelegen, ein gemeinsames Projekt Frankreichs und Deutschlands zu vertreten: die Garantie für Jugendliche – für jeden Jugendlichen –, Zugang zu einem Praktikum, einer Ausbildung, einer Berufsausbildung und wenn möglich einer Anstellung zu erlangen. Zur Finanzierung könnte ein Teil der Einnahmen herangezogen werden, die wir durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer erzielen, die Frankreich und Deutschland gemeinsam vorgebracht haben und die mittlerweile vom Wirtschafts- und Finanzrat als wirksam anerkannt wurde.

Für die Jugend – immer wieder für die Jugend – müssen wir dieses außerordentliche Abenteuer Europa fortsetzen, diese institutionelle Innovation, die kein Kontinent der Welt zu schaffen imstande war.

Ja, wir haben die Pflicht, so vorzugehen, dass dieser europäische Gedanke für die Generationen, die uns nachfolgen, eine Idealvorstellung bleibt: nicht nur Frieden zwischen uns schließen, sondern erfolgreich einen Raum des Rechts, der Freiheit, des Wohlstands und der Solidarität schaffen.

Frankreich und Deutschland tragen eine besondere Verantwortung, aufgrund ihrer Stellung, ihrer Geschichte, ihrer Geografie, ihrer wirtschaftlichen Stärke, vor allem aber aufgrund der Erwartungen, die an unsere beiden Länder gerichtet werden. Von der Qualität unserer Beziehung, vom Vertrauen, das uns eint, von der Fähigkeit, einen Kurs für unseren Kontinent zu bestimmen, hängt die Zukunft Europas ab.

Unsere Freundschaft schließt, wie gesagt, niemanden aus. Sie ist offen und drängt niemanden an den Rand. Sie muss Europa mitziehen, das mit uns vorankommen will. „Mit uns“ heißt nicht „hinter uns“; doch es ist an uns, den Weg zu weisen.

Unsere Freundschaft bedeutet auch nicht, dass wir miteinander verschmelzen, uns angleichen, verzichten, sondern ganz im Gegenteil: Indem unsere Länder sie selbst bleiben, können sie sicherer auf das zusteuern, was sie einander näher bringt. Um uns zusammenzutun, müssen wir uns nicht ähneln, aber wir müssen dieselben Ziele verfolgen, um ein ganz

eigenes Wirtschafts- und Sozialmodell zu fördern, um die Umwelt zu schützen, um dieselbe Weltsicht zu vertreten. Denn Europa ist eine Macht. Ja, es ist eine Macht! Aber eine Macht, die anders ist als andere, eine Macht, die zum Frieden beitragen und den universellen Werten dienen will.

Das ist es, was Frankreich derzeit in Mali unternimmt, im Angesicht eines terroristischen Angriffs, der die Zukunft dieses Landes, eines der ärmsten Länder der Welt, gefährdet und der die Stabilität Westafrikas und damit auch die Sicherheit unseres eigenen Kontinents infrage stellt.

Ich danke Deutschland für seine Hilfe und Unterstützung. Für seine politische Unterstützung, die unserer Beziehung gerecht wird und die im Übrigen den Tenor ganz Europas widerspiegelt; aber auch für seine logistische, materielle, finanzielle und humanitäre Hilfe. In einigen Tagen wird eine Geberkonferenz stattfinden. Deutschland und Frankreich werden dort ihrer Rolle gerecht werden.

Dieser Einsatz war notwendig. Später wäre zu spät gewesen. Er geht mit dem internationalen Recht konform und soll die Voraussetzungen für die Umsetzung des Willens des Sicherheitsrats schaffen, die Integrität Malis wiederherzustellen, und zwar mithilfe einer afrikanischen Streitkraft, die ihrerseits Mali und diese Region der Welt langfristig stabilisieren soll.

Frankreich konnte diese Verantwortung übernehmen, da es in Afrika präsent war. Es ist nicht um eines Interesses willen, um eines Einflusses willen dort. Frankreich ist dort, um Hilfe zu leisten, und daher sorgen wir dafür, dass sich dieser Einsatz auszahlt: für Mali, und das wird er; für Afrika, damit es sich seiner eigenen Verantwortung bewusst wird; für Europa, damit es da weiter vorankommt, wo wir uns im Verteidigungsbereich annähern können. Ich wünsche mir, dass Frankreich und Deutschland die Ziele, die vor 50 Jahren im Élysée-Vertrag vorgesehen waren, wieder aufgreifen – in Bezug auf eine gemeinsame Außenpolitik, die Annäherungen unserer Doktrinen und die Umsetzung gemeinsamer Projekte, vor allem in den Bereichen Industrie und Verteidigung.

Unsere Zusammenkunft heute ist die Gelegenheit, um über unsere Freundschaft hinaus auch eine Zielvorstellung zu bekräftigen.

Zunächst müssen wir daran arbeiten, Europa aus der Krise herauszuführen. Aus der Krise der Eurozone – ich denke, wir sind schon auf dem Weg –, auch wenn wir noch weiter daran arbeiten und wachsam und aufmerksam bleiben müssen. Wir haben die Mechanismen eingerichtet, die für Stabilität sorgen. Wir haben einen Wachstumspakt verabschiedet, wir haben Schritte unternommen, um den Ländern zu Hilfe zu kommen, die uns darum gebeten und die nötigen Anstrengungen unternommen hatten, um unsere Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Nun steht noch die Verabschiedung eines Haushalts für Europa aus. Ich spreche hier vor Parlamentariern, die darauf achten, und vor dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, der dafür Sorge tragen muss, dass dieser Haushalt bewilligt werden kann.

Was sind unsere Ziele?

Die Ausgaben kontrollieren, wie überall – und das tun wir bereits –, aber auch Mittel aufbringen, um die Zukunft vorzubereiten. Unsere gemeinsamen Politikbereiche im Auge behalten: Ich meine nicht nur die Gemeinsame Agrarpolitik, die häufig mit Frankreich assoziiert wird – zu Unrecht, da sie ganz Europa dient –, sondern ich meine auch die sogenannten Kohäsionsländer, die einen europäischen Haushalt brauchen.

Wir müssen Europa auch mit den notwendigen Mitteln ausstatten, damit sich solche Krisen, vor allem Bankenkrisen, wie Europa sie erlebt hat, nicht wiederholen; daher auch das Vorhaben einer Bankenunion, das wir verabschiedet haben und das in den kommenden Monaten durch konkrete Entscheidungen und die Schaffung von Institutionen zur Bankenaufsicht umgesetzt werden wird. Auch hier müssen wir noch weitergehen, für Disziplin sorgen – auf der Haushaltsebene, aber auch im Bankenverhalten.

Frankreich und Deutschland müssen noch einmal – über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie über das Projekt, über das wir uns einig sind – dafür sorgen, dass diese Wirtschafts- und Währungsunion auch in eine politische Union mündet. Ich bin offen für jegliche Vorschläge, und Frankreich wird allen Nationen Gehör schenken, die in Europa weitere Schritte der Verbindlichkeit gehen möchten, unter der Bedingung, dass wir gemeinsam Zukunftsprojekte auf den Weg bringen.

Diese Projekte dürfen nicht mehr jene sein, die Anfang der 1960er-Jahre vereinbart wurden, nicht jene aus den 1970er- oder 1980er-Jahren und auch nicht einfach die einheitliche Währung. Wir müssen das europäische Modell, das heißt die europäische Perspektive, erneuern.

Die soziale Marktwirtschaft, die diese Union begründet hat, hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren, während andere Modelle gescheitert sind. Aber dieses Modell muss sich auch weiterentwickeln – mit Blick auf die Schwellenländer, die Umweltanforderungen, die Klimaerwärmung, die demografische Entwicklung, die Überalterung der Bevölkerung und die Notwendigkeit, Menschen ausländischer Herkunft, die heute Bürger unserer beiden Länder sind, zu integrieren. Wir müssen noch stärker gegen jegliche Form der Ungleichheit vorgehen. Unser Modell muss wieder verändert und weiterentwickelt werden. Dafür tragen wir die Verantwortung.

Was können wir uns für die nächsten Jahre vornehmen?

Ich spreche nicht von den nächsten 50 Jahren. Ich weiß nicht, wo wir in 50 Jahren stehen werden – auch wenn ich eine leise Ahnung habe.

Wir müssen dafür sorgen, dass wir beim Europa der Energie gemeinsam vorankommen. Wir verfolgen nicht dieselbe Energiepolitik, aber wir haben denselben Anspruch in Bezug auf den Klimawandel. Wir sind also bereit, Frankreich ist bereit, gemeinsam mit Deutschland und allen Ländern, die es möchten, dieses Europa der Energie zu definieren: Innovation, Forschung, Versorgungsunabhängigkeit, Schutz des Planeten. Das wäre ein erstes Thema, bei dem wir unsere Zusammenarbeit verstärken können.

Das zweite Thema ist das Europa des Verkehrs, sowohl im europäischen Luftraum als auch im Schienenverkehr oder in Sachen umweltfreundliche Fahrzeuge. All dies können wir gemeinsam gestalten. Und noch ein Bereich: das digitale Europa – damit wir einen Vorsprung gewinnen, unsere Gebiete erschließen, für neue Regulierungsmaßnahmen sorgen, vermeiden, dass kulturelle Güter wie herkömmliche Waren gehandelt werden, verhindern, dass geistiges Eigentum missachtet wird. Und schließlich das Europa der künftigen Generationen: Bildung, Forschung, Hochschulen, Berufsausbildung.

Das sind die Bereiche, die ich für die kommenden Jahrzehnte der deutsch-französischen Freundschaft vorschlage.

Meine Damen und Herren, die Freundschaft, die wir heute feiern, ist eine Hommage an die Geschichte, an die Männer und Frauen, die sie gestaltet haben, an die Völker, die sich ihr angeschlossen haben, an alle Initiativen der Bürgerinnen und Bürger, dank derer sich unsere Freundschaft Jahr für Jahr, Generation für Generation immer weiter festigen konnte. Aber unsere Freundschaft muss heute auch ein Appell sein: ein Appell an unsere beiden Länder, sich noch weiter anzunähern; ein Appell an die Bürger, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen; ein Appell an die Jugend, Vertrauen in ihre Zukunft zu haben.

Die Einigkeit von Frankreich und Deutschland, sagte Victor Hugo, der zuweilen hellseherisch war, würde Frieden in der Welt bedeuten. Wir haben Frieden in Europa geschlossen, aber Frieden in der Welt noch nicht.

Wir sollten also die Geschichte würdigen – und den Nobelpreis, der Europa, der europäischen Idee, dem europäischen Aufbauwerk verliehen wurde und der nahezu als Anachronismus betrachtet wurde, sollten wir genießen. Denn er ist der Lohn für die Anstrengungen, die die Generationen vor uns geleistet haben, damit Europa zu einem gemeinsamen Schicksal werden konnte. Dieser Preis nimmt uns in die Pflicht, er treibt uns an, weiter voranzuschreiten, neue Projekte auf den Weg zu bringen, neue Initiativen zu ergreifen.

Dafür möchte ich mich gemeinsam mit Ihnen einsetzen. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen – Vertrauen in unsere Währung, Vertrauen in unsere Wirtschaft, Vertrauen in unser Sozialmodell, Vertrauen in die Werte, die wir hochhalten, Vertrauen in die jungen Menschen. Und wie könnte man mehr Vertrauen haben als so, wie wir hier versammelt sind, Franzosen und Deutsche, um über unsere Freundschaft zu sprechen?

„Das Handeln de Gaulles und Adenauers war visionär“

Ansprache der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel

Sehr geehrte Parlamentspräsidenten!
Sehr geehrter Herr Präsident,
lieber François Hollande!
Sehr geehrter Herr Bundespräsident!
Sehr geehrter Herr Premierminister,
Jean-Marc Ayrault!
Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident!
Sehr geehrter Herr Präsident
des Bundesverfassungsgerichts!
Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den
Regierungen und aus den Parlamenten!

Heute vor 50 Jahren – das ist der Anlass unseres bemerkenswerten Treffens – wurde in Paris der Élysée-Vertrag unterzeichnet. Die beiden Staatsmänner Konrad Adenauer und Charles de Gaulle besiegelten ihn nicht nur mit ihrer Unterschrift, sondern auch mit einer ganz spontanen und herzlichen Umarmung, und diese Umarmung wurde Sinnbild dieses Vertrages.

Lieber François Hollande, ich möchte mich bedanken, dass du mich am 8. Juli des vergangenen Jahres eingeladen hast, auf den Spuren

von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle zu wandeln: als wir in Reims waren und daran gedacht haben, dass 50 Jahre zuvor die große Messe für den Frieden gefeiert wurde, als wir im September des letzten Jahres in Ludwigsburg waren und uns daran erinnert haben, dass Charles de Gaulle vor 50 Jahren eine Rede an die deutsche Jugend gehalten hatte – eine Rede, die bemerkenswert war, nicht nur weil er Deutsch sprach, sondern weil er dieser Jugend Mut machte und sagte: Ihr seid die jungen Menschen eines großen Landes – eines Landes, das große Fehler gemacht hat, das aber auch geschichtlich Großes bewegt hat.

Der Élysée-Vertrag – das war damals die Hoffnung, und heute wissen wir es – hat die deutsch-französischen Beziehungen auf eine völlig neue politische Grundlage gestellt. Er hat der dauerhaften Versöhnung von Deutschen und Franzosen den Weg bereitet, und er bildet für uns heute den Rahmen für tiefe Freundschaft, für unzählige Projekte der Zivilgesellschaft, und dies ist nicht nur für uns in Deutschland und Frankreich von allergrößter Bedeutung, sondern für ganz Europa. Deshalb ist es eine große Freude, dass wir heute hier so zusammen sind. Wir tun dies in einer Zeit, die alles andere ist als einfach. Die Krise im Euro-Raum bestimmt die gegenwärtige Wahrnehmung Europas, und sie bestimmt – das ist noch viel gravierender – das alltägliche Leben vieler Menschen in Europa. Ich glaube, man kann sagen: Sie stellt die Europäische Union vor die größte Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen.

Was lernen wir aus den 50 Jahren deutsch-französischer Freundschaft? Wir lernen daraus: Auch die größten Probleme können überwunden werden, wenn wir uns auf die Kraft von Frieden in Freiheit besinnen und wenn wir den Mut zu Veränderungen haben. Heute wird das oft so leichthin gesagt: Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer hätten einander die Hand zur Versöhnung gereicht und dies im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag besiegelt; als sei das ganz einfach gewesen. Das war es jedoch keineswegs. Wir haben in Reims Menschen getroffen, die dabei waren, als Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in Reims waren. Wir haben sie gefragt: Wie haben Sie sich damals gefühlt? Sie haben gesagt, sie haben nicht an die Versöhnung geglaubt, nach dem, was im Zweiten Weltkrieg vorgefallen ist.

Wir wissen, dass die Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg schon vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages begannen: Kontakte zwischen ehemaligen Widerstandskämpfern, früheste erste Jugendbegegnungen, Städtepartnerschaften, all das hat sehr bald begonnen. Trotzdem haben viele gefragt: Ist Versöhnung im Bewusstsein des schrecklichen Weltkrieges und der immerwährenden Verantwortung Deutschlands für Krieg und Vernichtung wirklich dauerhaft möglich? Kann zwischen Deutschen und Franzosen tatsächlich ein Band der Freundschaft entstehen? Wie vertragen sich diese besonderen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs mit dem europäischen Einigungswerk, das nur wenige Jahre zuvor mit den Römischen Verträgen auf eine neue historische Grundlage gestellt war?

Allzu oft wird vergessen, wie schwer es die politischen Begründer der deutsch-französischen Freundschaft angesichts dieser Bedenken hatten: in ihren Parteien, in ihren Ländern und in einer Welt, die damals durch die Konfrontation von Ost und West geprägt war. Wir müssen uns noch einmal erinnern: Im August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut, kurz darauf standen sich amerikanische und sowjetische Panzer am Checkpoint Charlie gegenüber; die Welt hielt den Atem an. Im Oktober 1962 folgte die Kuba-Krise. Sie brachte die Welt näher als je zuvor oder danach an den Rand einer nuklear geführten Auseinandersetzung. Das war der Hintergrund für die damals geführten Debatten; François Hollande ist eben auf die Präambel eingegangen.

Es gab in Deutschland die Sorge, der deutsch-französische Vertrag könnte als Signal gegen Großbritannien, gegen die USA, gegen die europäische Integration und gegen die NATO verstanden werden; denn in der damaligen Situation waren nicht wenige davon überzeugt, dass es nur ein Entweder-oder geben könnte: entweder Paris oder Washington, entweder europäische oder transatlantische Zusammenarbeit. Glücklicherweise ist es heute, 50 Jahre später, für uns völlig selbstverständlich, dass ein solches Denken begrenzt war und dass natürlich alle drei Säulen unserer außenpolitischen Zusammenarbeit ebenso möglich wie notwendig sind: die deutsch-französische, die europäische und die transatlantische.

Wir wissen heute, dass das Handeln de Gaulles und Adenauers visionär war. Es war wegweisend, und es hat uns unglaubliche Gestaltungsspielräume eröffnet, die auch Verpflichtung sind. Aus vorsichtiger Annäherung erwuchs Freundschaft, der Versöhnung folgte die Neugier auf den Nachbarn auf der jeweils anderen Seite des Rheins. Diese Neugier – das ist auch unsere Aufgabe – muss erhalten bleiben, von Generation zu Generation weitergegeben werden. Denn wer nicht neugierig ist, dem kann man auch durch einen Vertrag nicht befehlen, sich für den anderen zu interessieren.

Jugendaustausch, Städtepartnerschaften, Zusammenarbeit der Wirtschaft, gemeinsame Medienprojekte, Kooperationen in Wissenschaft und Forschung, das sind allerdings die Projekte, die heute die Realität prägen, die zeigen, wie unsere Bürgergesellschaften zusammenarbeiten. Diese persönlichen Kontakte machen es überhaupt erst möglich, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam zu einem besseren Europa beitragen können.

Natürlich sind die Kontakte zwischen den Parlamentariern dabei ganz wichtig. Ich rege an – es gibt ja viele Initiativen –, dass wir uns nicht nur zu Feststunden treffen, sondern dass wir auch in der täglichen Arbeit gerade in der Gestaltung Europas noch sehr viel enger zusammenarbeiten, und das natürlich auch – ich sage das, zumal der Präsident da ist – mit dem Europäischen Parlament.

Meine Damen und Herren, die deutsch-französische Freundschaft ist von überragender Bedeutung eben nicht nur für unsere beiden Völker, sondern, so hat es sich gezeigt, auch für ganz Europa. Ich will daran erinnern, dass 1988, im 25. Jahr des Bestehens des Élysée-Vertrages, der damalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und der damalige Präsident der Französischen Republik mit dem Karlspreis ausgezeichnet wurden. Helmut Kohl und François Mitterrand nahmen diesen Preis gemeinsam entgegen. Es trifft sich gut, dass unser ehemaliger Bundespräsident Richard von Weizsäcker heute hier anwesend ist; denn er hielt damals die Laudatio. Da sagte er über Helmut Kohl und François Mitterrand – ich zitiere ihn –:

„Unvergessen bleibt vor allem ihre Begegnung im September 1984 auf den Schlachtfeldern von Verdun, dort, wo der Vater des Bundeskanzlers im Ersten Weltkrieg eingesetzt und wo der französische Präsident im Zweiten Weltkrieg als junger Soldat verwundet worden war.“

Darüber hinaus benannte Richard von Weizsäcker anlässlich dieser Laudatio zwei zentrale Aufgaben für die weitere gemeinsame deutsch-französische Arbeit: zum einen die Notwendigkeit für einen – ich zitiere noch einmal – „auf die Dauer [...] unaufhaltsame[n] Weg zur Währungsunion und zur politischen Union“ und zum anderen eine gemeinsame Sicherheitspolitik, denn – ich zitiere –: „Niemand darf daran zweifeln, dass wir unsere Freiheit schützen werden, wenn sie bedroht ist.“

Nun versetzen wir uns noch einmal in das Jahr 1988. Das war ein Jahr, bevor die Mauer fiel. Niemand dachte daran, dass das so schnell Realität werden könnte. Helmut Kohl sagte in seiner Antwort, in seiner Dankesrede – ich zitiere ihn –:

„Wenn wir heute auf dem Weg zur Europäischen Union mit neuem Tatendrang vorangehen, handeln wir auch im Interesse der Menschen im anderen Teil unseres Kontinents – und in der Hoffnung, dass sie eines Tages in freier Selbstbestimmung dieses Werk des Friedens mitgestalten können.“

Nicht nur sitzen wir heute zusammen in diesem Parlament, sondern Europa gehört zusammen.

Gut ein Jahr nach der Vergabe des Karlspreises an Kohl und Mitterrand – im Übrigen im 200. Jahr der Französischen Revolution – fiel die Berliner Mauer. Heute sind wir, die Bürgerinnen und Bürger Süd- und Nordeuropas, West- und Osteuropas, in der Europäischen Union, wie wir es zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge gesagt haben, zu unserem Glück vereint.

Deutschland und Frankreich – das ist die besondere Bedeutung – haben sich stets als Antriebskräfte für die Fortentwicklung des europäischen Einigungswerks verstanden. Wir wissen, dass eine gemeinsame deutsch-französische Haltung in einer Union der 27 nicht alles ist, dass aber ohne eine deutsch-französische Einigung Fortschritte kaum, zumindest deutlich schwerer zu erreichen sind. Deshalb bleibt es dabei, dass Deutschland und Frankreich auch in Zukunft genau diese gemeinsame Verantwortung verspüren, einmal für unsere beiden Länder, aber immer im Kontext von Europa.

Das heißt, die Sorgen von damals, Europa würde unter uns leiden, dürfen sich eben genau nicht bestätigen, sondern wir haben die Pflicht, es im Geist für Europa zu machen. Denn wir sind überzeugt, dass dieses Europa unsere gemeinsame Zukunft ist. Das sind wir heute nicht mehr nur aus der Tatsache heraus, dass Europa ein Friedenswerk ist. Das allein wäre Grund genug. Wir alle aber kennen Krieg kaum noch – ich persönlich gar nicht mehr – in Europa.

(Zuruf von der Fraktion Die Linke: Kosovo!)

– Vom Kosovo kennen wir noch Krieg. Wir arbeiten daran, dass es bald keinen mehr gibt.

Ich glaube trotzdem, dass wir innerhalb der Europäischen Union keinen Krieg mehr kennen.

Meine Damen und Herren, gemeinsam werden wir daran arbeiten, dass sich dieses Europa auch im 21. Jahrhundert, angesichts der Globalisierung und einer Welt von sieben Milliarden Menschen, die auch ihre Vorstellungen des Lebens haben, durch Europa selbst behaupten kann, behaupten kann im Blick auf Demokratie, im Blick auf Meinungsfreiheit, im Blick auf Religionsfreiheit, im Blick auf das friedliche Zusammenleben – Werte, die wir gemeinsam leben und über die wir nie diskutieren müssen. Ich habe dies in diesen Monaten immer wieder gesagt, wenn ich in Griechenland oder Portugal war: Ich bin dankbar dafür, dass man dort demonstrieren darf, dass man dort dafür nicht ins Gefängnis kommt, dass man dort seine Meinung sagen darf. Darüber müssen wir in Europa, in der Europäischen Union nicht mehr diskutieren, und das ist ein Fortschritt.

Gemeinsam wirken wir für eine Europäische Union, die geprägt ist von Einigkeit, von Brüderlichkeit, von der Kraft der Freiheit und dem Respekt vor der Würde des einzelnen Menschen. Das ist es, was uns, Deutschland und Frankreich, auch heute leitet. Damit komme ich zurück zu Richard von Weizsäcker, der uns schon 1988 zwei Aufgaben gegeben hat, die aktueller nicht sein könnten: einmal an der Währungsunion zu arbeiten und zum Zweiten die Sicherheitspolitik im Auge zu haben. Wenn wir an die Währungsunion denken, dann will ich auf Jacques Delors zurückkommen, der weitsichtig vor der Einführung

des Euro bereits darauf hingewiesen hat, dass eine engere politische Zusammenarbeit, insbesondere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, von allergrößter Bedeutung ist.

Ja, wir haben einen Fiskalpakt, ja, wir haben einen Pakt für Wachstum, aber wir sind noch nicht am Ende des Weges. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir uns verabredet haben, im Mai für die engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit Vorschläge zu machen, ausgerichtet an unserem Modell der sozialen Marktwirtschaft: auf der einen Seite Wettbewerbsfähigkeit und auf der anderen Seite soziale Sicherheit. Deutschland und Frankreich werden diese Arbeit machen, auch aus ihren unterschiedlichen Gedankengängen heraus, aus ihren unterschiedlichen Traditionen heraus.

Es ist sehr interessant, dass es jetzt in Frankreich sehr große Bemühungen gibt, einen Dialog der Sozialpartner voranzutreiben. Deshalb haben François Hollande und ich uns vorgenommen vorzuschlagen, dass die Sozialpartner in Deutschland und die Sozialpartner in Frankreich gemeinsam über diesen Weg diskutieren, um einen Beitrag zu einer sozialen Marktwirtschaft zu leisten.

Natürlich haben wir eine Verantwortung für eine finanzielle Vorausschau in der Europäischen Union. Wie wollen wir einen Wachstumspakt umsetzen, wenn wir nur jährliche Budgets haben? Deshalb fühlen wir hier eine ganz besondere Verantwortung, nicht um anderen etwas aufzudrängen, aber um unsere unterschiedlichen Interessen zu überwinden, zu einem Kompromiss zu kommen und damit ein Angebot zu machen, damit wir auch in der Europäischen Union diese Aufgabe für die nächsten sieben Jahre lösen können.

Ich bin sehr dankbar, dass wir in unserer gemeinsamen Erklärung an einigen Stellen neue Kapitel aufschlagen konnten, zum Beispiel in der Zusammenarbeit in der Energiepolitik. Hier ist es, glaube ich, außerordentlich wichtig, dass wir mit unseren Erfahrungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien auch in Zukunft gemeinsame Wege beschreiten.

Meine Damen und Herren, ein letztes Beispiel: Wir wollen natürlich bei der Finanzmarktregulierung, bei der Bankenaufsicht und, wie heute glücklicherweise beschlossen, bei der Einführung einer Finanztransaktionsteuer ganz eng zusammenarbeiten. Denn die Menschen in unseren beiden Ländern, in Deutschland und in Frankreich, und in anderen Ländern Europas werden nicht akzeptieren, dass das Wesen der sozialen Marktwirtschaft dadurch zerstört wird, dass unregulierte Kräfte auf der Welt all das, was Menschen mit ihrer Arbeit schaffen, durch Spekulation und völlige Nichtregulierung zerstören können. Das darf es nicht geben. Der Staat ist Hüter der Ordnung, und das ist unser gemeinsames Verständnis.

Das sind unsere Beiträge, um an der politischen Union zu arbeiten. Genauso stehen wir vor völlig neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Richard von Weizsäcker konnte 1988 nicht ahnen, dass wir uns heute mit islamistischen Terroristen in asymmetrischen Auseinandersetzungen befinden, die unsere gesamte Kraft erfordern. Aber es ist für uns selbstverständlich, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam annehmen. Deshalb steht Deutschland an der Seite Frankreichs, wenn es um den Einsatz in Mali geht. Deshalb unterstützen wir Frankreich.

So wie wir verstanden haben, dass unsere Sicherheit heute auch außerhalb unserer europäischen Grenzen zu schützen ist, so möchte ich heute hier sagen: Wir danken unseren Soldatinnen und Soldaten, den französischen und den deutschen, die zu dieser Stunde in Einsätzen sind, und wünschen ihnen allen eine gute Rückkehr nach Hause.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch in Zukunft große Aufgaben zu lösen haben. Es gab gestern für François Hollande und mich die Möglichkeit, mit 200 jungen Leuten über die Zukunft Europas zu diskutieren. Die Art und Weise, wie sie selbstverständlich das nehmen, was wir schon erreicht haben, die Freizügigkeit in der Bewegung, das Erlernen der Sprachen, das Nutzen von europäischen Programmen wie Erasmus und vieles andere mehr, macht mir Mut, dass wir die Kraft haben werden, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen – Deutschland und Frankreich gemeinsam.

Danke, dass wir heute hier zusammen sein können.

Herr Bundestagspräsident,
lieber Norbert Lammert!
Frau Bundeskanzlerin!
Herr Bundespräsident!
Herr Präsident der Republik!
Herr Premierminister!
Herr Bundesratspräsident!
Herr Präsident des Senats!
Meine Damen und Herren Minister!
Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts!
Liebe Kolleginnen und Kollegen des
Bundestages und der Assemblée nationale!

Welch langen Weg haben wir gemeinsam
zurückgelegt!

Wie viele Hindernisse haben wir überwunden,
wie viele vorgebliche Schicksalsfügungen,
wie viel Unheil vermieden!

„Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, dann kommt Europa voran“

Einführung in die gemeinsame Erklärung und Eröffnung der Aussprache
durch den Präsidenten der Assemblée nationale, Claude Bartolone

Gewiss feiern wir heute, am 22. Januar 2013, den 50. Jahrestag unserer Freundschaft. Aber im nächsten Jahr wird seit der ungeheuren Katastrophe, die Europa fast völlig vernichtet und die Zivilisation beinahe für alle Zeiten in Trauer gestürzt hätte, ein ganzes Jahrhundert vergangen sein. Ein Jahrhundert, das mit dem Blut des Chaos, des brudermörderischen Hasses und des zerstörerischen Wahnsinns der Völker geschrieben wurde.

Wer hätte sich in den Stürmen des 20. Jahrhunderts vorstellen können, dass die Vertreter unserer beiden Versammlungen, des deutschen und des französischen Volkes, einige Jahrzehnte später nicht etwa den Jahrestag flüchtiger Siege oder revanchelüsterner Waffenstillstände, sondern einer Versöhnung feiern würden, die das kühnste Versprechen ist und bleibt, das man den verfeindeten Völkern der Welt zum Vorbild geben kann?

Manche fragen uns: „Wozu diese Erinnerungsfeiern?“, als müsste der Lotse auf großer Überfahrt nicht von Zeit zu Zeit auf den Kompass schauen. Diese in zehnjährigem Abstand stattfindenden Treffen sind für unsere Völker ein Weg, die richtige Richtung zu finden, die der Zukunft des europäischen Kontinents und seiner Bewohner.

Manche sagen uns auch: „Zeit, wir sollten uns Zeit lassen.“ Aber Zeit ist nichts ohne Entschlossenheit, und Entschlossenheit ist nichts ohne Vision, die Vision einer Handvoll von Männern und Frauen, die vor allen anderen mehr als den Weg das Ziel kannten und sahen.

Vergessen wir auch nicht die kleinen, alltäglichen, unauffälligen, kaum sichtbaren Initiativen – ich denke an die Städtepartnerschaften –, die es ermöglicht haben, dass die Annäherung zwischen unseren beiden Völkern völlige Normalität geworden ist.

Ja, sowohl die politischen Entscheidungen als auch der Wille der Menschen haben diesen Frieden ermöglicht, der zu einer Versöhnung wurde, die wiederum zu Freundschaft geworden ist, die sich dann zu einer Schicksalsgemeinschaft gewandelt hat.

2013 und noch lange Zeit danach werden Frankreich und Deutschland ihren Weg gemeinsam gehen.

Daher sage ich, wir sollten einem ergriffenen Gedenken ein aktives, ein nützliches Erinnern vorziehen. Wir sind nicht zusammengekommen, um zu feiern, sondern um nach vorn zu blicken; wir haben uns nicht versammelt, um zu gedenken, sondern um den Weg zu weisen. Unsere Freundschaft ist im Hier und Jetzt. Sie befruchtet schon heute unsere beiden nunmehr eng verbundenen Gesellschaften.

Ich denke natürlich an das Deutsch-Französische Jugendwerk, das seit 1963 acht Millionen jungen Menschen die Teilnahme an 300.000 Austauschprogrammen ermöglicht hat, oder an das außergewöhnliche Band, das unsere Gemeinden, unsere Verbände, unsere Unternehmen, unsere Bürger verbindet.

Ich denke auch an die brüderliche, tägliche, natürliche Zusammenarbeit zwischen unseren politischen Institutionen, die unsere beiden Versammlungen voller Energie aufgegriffen haben. Die gemeinsame Erklärung, die wir Ihnen unterbreiten, ist Ausdruck dieses bei unseren Treffen herrschenden vertrauensvollen Klimas, das auch ein gutes Vorzeichen für unsere Jugend und die Zukunft ist.

Unser Treffen heute ist entschieden in die Zukunft und auf die zahllosen Fragen gerichtet, die sich in der Zukunft stellen.

Wir sind in eine neue Welt eingetreten, auf Gedeih und Verderb. Eine Welt voller Gefahren, mit neuen Formen der Armut, der Bildung von Parallelgesellschaften, Klimawandel, Gewalt, aber auch eine großartige Welt angesichts der Verlängerung des Lebens, des wissenschaftlichen Fortschritts, des Entstehens einer echten Umweltbewegung und nationenübergreifender Solidarität.

In dieser neuen Welt teilen unsere Völker dieselben Zweifel. Angesichts eines manchmal brutalen Wettbewerbs, verunsichert durch die Exzesse einer unzureichend regulierten Wirtschaft, ist ihre Versuchung groß, unsere Staaten für ihre Probleme verantwortlich zu machen.

Wir müssen zeigen, dass weder Frankreich noch Deutschland soziales Leid zu ihrem nationalen Schicksal oder dem Schicksal Europas machen wollen.

Unsere Völker haben grundsätzlich die gleichen Ziele: zu zeigen, dass eine Gesellschaft, in der die Entfaltung des Einzelnen möglich ist, eine Gesellschaft, in der es allen gut geht, eine Gesellschaft, in der Gerechtigkeit und Rücksichtnahme auf die Schwächsten nicht nur möglich ist, sondern eine feste Basis für Frieden und Fortschritt bildet.

Das Mittel zur Erreichung dieses Ziels, das von Beginn an die Freundschaft zwischen unseren beiden Nationen begleitet und gefestigt hat, die Seele unserer Freundschaft, das ist Europa! Und an uns ist es jetzt, dieses Projekt wieder stolz und aktiv voranzubringen und den Kampf gemeinsam fortzuführen.

Sobald wir uns damit abfinden, das europäische Projekt auf eine Union der Verfahren und der Finanzen zu reduzieren, eine Union im Niedergang, dann gibt es kein europäisches Projekt, kein Europa mehr.

Das Gespann, das unsere beiden Länder bilden, ist der Motor Europas. Wenn wir gegeneinander arbeiten, fährt Europa sich fest. Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, dann kommt Europa voran.

Wir sind zwar der Motor Europas, aber nicht dessen Führung. Unser Bündnis dient allen und ist offen für alle. Es erdrückt nicht, es zeigt den Weg auf. Die Geschichte ist unser Lehrmeister. Unsere Zusammenarbeit beweist, was durch den Willen erreicht werden kann – und das zu einem Zeitpunkt, an dem es zum guten Ton gehört, mit dem Finger auf die Schwäche der Politik in einer globalisierten Welt zu weisen.

Gemeinsam haben wir auf unserem durch Jahrhunderte der Kriege verwüsteten Kontinent einen dauerhaften Frieden geschaffen.

Wir haben Europa unter den Vorzeichen des Rechts, der Demokratie und der Kultur wiedervereinigt.

Gemeinsam haben wir ein Sozialmodell aufgebaut und bis heute im Wesentlichen erhalten, das in der Welt seinesgleichen sucht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass es erhalten bleibt. Die Verhandlungen über europäische Hilfen für die Schwächsten sind ein Prüfstein, an dem wir nicht versagen dürfen.

Gemeinsam haben wir den Binnenmarkt und den Euro geschaffen. Wir haben die Subprime-Krise im Jahr 2008 und die darauf folgende Staatsschuldenkrise gemeistert.

Gemeinsam suchen wir Wege aus der Rezession, in der Europa versinkt, und Möglichkeiten, die Rückkehr zu starkem, solidarischem und nachhaltigem Wachstum zu fördern.

Ohne Rückkehr zu solchem Wachstum geht nichts in Europa, das wissen wir: weder die Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten bei den überschuldeten Staaten noch der Übergang unserer Gesellschaften zu einer ökologischen Wirtschaft noch ihre Neuorientierung auf Zukunftsindustrien.

Im Laufe der letzten 50 Jahre haben wir bewiesen, dass Krieg, Despotismus und Inflation in Europa kein Schicksal sind. Wir müssen jetzt beweisen, dass auch Stagnation, Arbeitslosigkeit, Prekarität und Unsicherheit kein unabwendbares Schicksal sind.

Gemeinsam müssen wir künftig entschlossen unsere Verteidigung und Sicherheit in die Hand nehmen, in einer Zeit, in der in Afrika und im Nahen Osten Dschihadisten und Drogenhändler in der Offensive sind. Das malische Volk schaut heute auf uns. Das malische Volk wartet auf uns.

„Europa wird in den Krisen geschaffen“, sagte Jean Monnet. Wir können diese Krise nutzen, um einen großen Schritt nach vorn zu tun, um die heute festgefahrene Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden und außerdem eine politische und soziale Union zu gründen, die beweist, dass Europa, dieser „alte Kontinent“, im Strudel der Globalisierung seinen Jungbrunnen finden konnte.

Wir müssen heute Europa schaffen, wie wir gestern den Nationalstaat geschaffen haben. Hierfür muss der französisch-deutsche Motor auf vollen Touren laufen.

Paris und Berlin sind eine Schicksalsgemeinschaft. Eine Unterbrechung ist nicht möglich. Entweder machen wir beide allein Rückschritte, oder wir machen gemeinsam Fortschritte.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Im Januar 1963 schrieben in Frankreich wie in Deutschland die Zeitungen auf ihrer ersten Seite über die Abrüstungsverhandlungen nach dem Schrecken der Kuba-Krise. Das zweigeteilte Deutschland, das Sinnbild einer zweigeteilten Welt, beschritt voller Angst vor einer nuklearen Katastrophe den Weg in die Zukunft und unterschrieb den Élysée-Vertrag, zu einem Zeitpunkt, an dem auf deutschem Boden auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs der Kongress der kommunistischen Parteien zusammentrat …

Damit will ich Ihnen sagen, dass nicht die Welt sich verändert hat: Wir haben die Welt geändert!

Herr Bundestagspräsident, Frau Bundeskanzlerin, Herr Präsident der Republik, meine Damen und Herren Abgeordnete, wir, die hier in Berlin versammelt sind, Franzosen und Deutsche, Söhne und Töchter der Kriege und des Chaos, wir marschieren im Bewusstsein unserer Vergangenheit Hand in Hand entschlossen in die Zukunft.

Parlamentarische Aussprache

Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des Deutschen Bundestages:
Merci beaucoup, Monsieur le Président. Wir eröffnen nun die parlamentarische Aussprache, und ich erteile als Erstem das Wort dem Kollegen Volker Kauder für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Volker Kauder (CDU/CSU):
Meine Herren Präsidenten!
Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Dass wir heute hier sitzen und miteinander ein großes Vertragswerk zwischen unseren Völkern feiern können, werden viele, die über diesen Tag im Fernsehen und im Radio hören, als etwas Normales, als etwas Selbstverständliches betrachten. Deutschland und Frankreich arbeiten eng zusammen. Es gibt wie in jeder guten Beziehung und in jeder Familie Tage, an denen es völlig spannungsfrei ist, und Tage, an denen es etwas kriselt. Aber jeder weiß ganz genau, dass man am Ende immer wieder zusammenkommt.

So war es aber nicht immer. Ich komme aus einem Bundesland in Deutschland, das eine lange Grenze zu Frankreich hat. Es war nicht nur der Rhein, aber auch der Rhein, der uns

„Diese Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich wird für die weitere Entwicklung in Europa gut sein“

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion

getrennt hat. An diesem Rhein haben wir, die erste Nachkriegsgeneration, uns natürlich Gedanken gemacht: Wie soll es in diesem Europa weitergehen? Wir haben die Berichte unserer Eltern und Großeltern über Kriege gehört, über die Dichter geschrieben haben: Der Rhein war rot vom Blut der Deutschen und der Franzosen.

Wir haben uns vorgenommen: Dies darf nicht mehr passieren. Das war die größte Vision unserer Generation: nie wieder Krieg, immer Frieden in Europa.

Wir waren damals, keine 20 Jahre alt, völlig überrascht, als wir auf der Rheinbrücke zwischen Kehl und Straßburg standen und gerufen haben: „Weg mit den Schlagbäumen!“, und auf der anderen Seite standen junge Französinnen und Franzosen – die wir vorher gar nicht kannten –, die genau dasselbe gedacht haben, gefühlt haben und gerufen haben. Wir haben uns dann gefragt: Wie hat es möglich sein können, dass Menschen, die sich eigentlich verstehen und die schon früher immer Frieden und keinen Krieg wollten, über so viele Jahre hinweg einen schlimmen Kampf mit Tod und Vernichtung in diesem Europa geführt haben? Uns war klar, dass es auf unsere Generation ganz entscheidend ankommt, damit der Satz wahr wird: Wir wollen immer Frieden und Zusammenarbeit in Europa, und wir wollen uns so verflechten, dass es gar nicht mehr möglich sein wird, gegen den anderen kriegerisch und gewaltbereit aufzustehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in der heutigen Zeit – natürlich – darüber reden, wie wir dieses Europa stabilisieren, wie wir den Euro stabilisieren, sollten wir immer wieder, finde ich, an den Ausgangspunkt erinnern: Europa darf auch jetzt, da wir eine wichtige Aufgabe haben, nicht zum Europa von Euro und Cent verkommen. Europa ist eine große Friedensgemeinschaft, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, und das müssen wir immer wieder aufs Neue betonen.

Auch wenn dieses Europa nichts anderes erreicht hätte, als diesen Frieden sicherzustellen, müssten wir heute hier in diesem Raum sagen: Wir sind dankbar dafür, was eine, zwei Generationen vor uns mit diesem großartigen Werk erreicht haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, es ist richtig, was gesagt wurde: dass das nur durch die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland möglich war, dass dies vor allem zwei Männer, de Gaulle und Konrad Adenauer, erkannt haben und dass sie sich

nicht haben irremachen lassen durch den Satz, man solle sich transatlantisch orientieren und Großbritannien einbinden und dürfe keinen Sonderweg gehen. Sie sind damals schon keinen Sonderweg gegangen. Aber sie haben gewusst: Wenn es zwischen Deutschland und Frankreich nicht funktioniert, wenn keine Freundschaft entsteht, dann wird Europa nicht gelingen.

Genauso ist es heute. Natürlich ist klar, dass wir auch auf die kleineren Länder Rücksicht nehmen müssen, dass sie genauso Teil von Europa sind. Aber eines ist auch klar: Wenn es zwischen Frankreich und Deutschland dauerhaft kriseln würde, wenn es zwischen Deutschland und Frankreich nicht stimmt, dann hat Europa keine Chance auf eine gute Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen kann man schon den Satz sagen: In Europa kommt es ganz besonders auf uns an, auf Deutsche und Franzosen. „Es kommt auf uns an“ heißt natürlich auch, dass wir in diesem Europa Demokratie, demokratische Legitimierung brauchen. Je weiter wir bei dieser demokratischen Legitimierung, auch durch Beteiligung der Parlamente, sind, desto näher kommen wir auch an die Bevölkerung heran.

Wir, Herr Staatspräsident, haben hier im Deutschen Bundestag ein Niveau der Beteiligung erreicht – auch durch Mitwirkung und Entscheidungen des deutschen Bundesverfassungsgerichts –, das weit über das hinausgeht, was in Frankreich geschieht. Deswegen bitte ich Sie herzlich um Verständnis, dass unsere Bundeskanzlerin, wenn sie zu Verhandlungen nach Brüssel kommt, Ihnen den Satz sagen muss: Ich habe aber auch noch Entscheidungen des Deutschen Bundestages in der Tasche. Das ist keine Bosheit Ihnen gegenüber, sondern das bedingt unser System, Herr Staatspräsident.

Wir sind darauf auch einigermaßen stolz. Bis jetzt kann sich die deutsche Bundesregierung über das Parlament ja auch gar nicht beklagen. Wir haben immer dafür gesorgt, dass die deutsche Regierung handlungsfähig und verhandlungsfähig ist. Es ist sicher auch eine besondere Form der Klugheit der deutschen Bundesregierung, dass sie schon vorausschauend das einkalkuliert, was das Parlament denken könnte.

(Vereinzelt Widerspruch)

Na ja, dann würde ich einmal sagen – am heutigen Tag muss es ja nicht so sein, aber so sind wir Parlamentarier halt –: Das gilt zumindest für die große Breite im Deutschen Bundestag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen natürlich über das, was in der Vergangenheit war, hinausschauen. Es ist viel über das Deutsch-Französische Jugendwerk gesprochen worden. Die jungen Leute können sich an Krieg, Gott sei Dank, nur noch aus Geschichte und Büchern erinnern. Deswegen ist der Satz „Europa ist eine große Friedensversicherung“ für viele nichts mehr, was Leidenschaft, Herr Bundestagspräsident, auslöst. Aber für die jungen Menschen ist es ganz wichtig, dass wir ihnen sagen: Wir werden dafür sorgen, dass dieses Europa zu einer großen Zukunftssicherung und Wohlstandsversicherung für die junge Generation wird.

Es ist ganz entscheidend, dass wir uns vor allem darum kümmern, dass junge Menschen den Start in ein eigenständiges Leben hinbekommen, dass sie Berufsausbildungschancen haben, dass sie Arbeitschancen haben. Ich kann mir gut vorstellen, was in einem jungen Menschen in Spanien oder anderen Ländern, in denen es eine Jugendarbeitslosenquote von 50 Prozent gibt, vor sich geht. Da muss die Begeisterung für Europa schon besonders groß sein, wenn man die Sorge haben muss, keine Perspektive zu haben. Deswegen heißt Europa in der Zukunft für uns vor allem Perspektive, gute Aussichten für eine junge Generation. Das ist die beste Sicherung für eine gute Zukunft in diesem Europa.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher, dass diese Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich für die weitere Entwicklung in Europa gut sein wird. So wünsche ich uns, dass wir uns immer bewusst sind, welchen Schatz wir mit dieser deutsch-französischen Freundschaft pflegen und hegen. Ich wünsche uns alles Gute – persönlich, unseren Völkern und dieser Freundschaft –, und ich wünsche dazu Gottes Segen.

Claude Bartolone,
Präsident der Assemblée nationale:
Das Wort hat Bruno Le Roux, Vorsitzender der Sozialistischen, Republikanischen und Bürgerschaftlichen Fraktion.

Bruno Le Roux (SRC):
Herr Bundestagspräsident!
Herr Präsident der Assemblée nationale!
Frau Bundeskanzlerin!
Herr Präsident der Republik!
Meine Damen und Herren Minister!
Meine Herren Präsidenten des Bundesrats und des Senats!
Meine Damen und Herren Abgeordnete!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Erlauben Sie mir, als Zeichen der Freundschaft und in glücklicher, wenn auch weit zurückliegender Erinnerung an die Partnerschaft meiner Heimatstadt mit Oberursel, die 1964 kurz vor meiner Geburt besiegelt wurde, meine Rede mit einigen Worten auf Deutsch zu beginnen und zu beenden, auch wenn sie nicht ganz richtig ausgesprochen sind.

(Der Redner spricht Deutsch.)

Im Namen aller Abgeordneten meiner Fraktion möchte ich dem Deutschen Bundestag für seine Einladung danken. Für uns ist es eine

„Die Solidarität ist auf unserem Kontinent eine lohnende Investition“

Bruno Le Roux, Vorsitzender der Sozialistischen, Republikanischen und Bürgerschaftlichen Fraktion (SRC)

Ehre und eine große Freude, gemeinsam mit Ihnen in Berlin vereint zu sein. Wir feiern das Jubiläum eines Vertrages, der so viele Fortschritte insbesondere zwischen den jungen Generationen unserer beiden Länder ermöglicht hat. Unsere gemeinsame Sitzung heute ist zwar institutionell; sie ist aber nicht formell. Sie ist Ausdruck unserer gegenseitigen Freundschaft, repräsentiert durch uns als Vertreter unserer beiden Völker.

(Der Redner fährt auf Französisch fort.)

Welch langen Weg haben wir seit dem Versprechen der Gründerväter dieser engen Beziehung, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, zurückgelegt! Wie viele Schritte haben wir gemeinsam getan, seitdem sie uns sagten, gemeinsam seien wir stärker und gemeinsam trügen wir die Verantwortung für Frieden und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent.

Heute sind wir so weit gekommen, dass unsere Freundschaft zur Selbstverständlichkeit geworden ist – selbstverständlich für unsere Generation und sehr wertvoll. Uns obliegt es nun, dafür zu sorgen, dass sie für unsere Kinder nie trivial wird.

Denn nichts ist trivial, wenn es um Deutschland und Frankreich geht. Nichts ist trivial, wenn es um eine so intensive Zusammenarbeit zwischen zwei Völkern geht. Nichts ist trivial, wenn es um das schönste Beispiel an Aussöhnung geht, das der Welt bisher geschenkt wurde.

Meine sehr verehrten Kollegen, die Zeiten haben sich geändert. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich muss nicht mehr aufgebaut werden. Sie besteht.

Daher ist es unsere gemeinsame Aufgabe als Parlamentarier, dem Geist des Werkes unserer Vorgänger treu zu bleiben.

Diese Freundschaft, die wir heute feiern, hat mit Einförmigkeit nichts zu tun. Wir sind und bleiben zwei Völker. Wir sind zwei Nationen mit ihrer jeweiligen Geschichte, ihren Stärken, ihren Schwierigkeiten. Aber wir können eine Projektgemeinschaft gründen. Und wir können diese Gemeinschaft offen für ganz Europa machen. Was wir über die Jugend, die Energie,

die Industriepolitik gehört haben, soll uns ein Fahrplan sein, damit wir den Elan der Gründerväter wiederfinden.

Unsere Freundschaft soll kein Prinzip sein, selbst wenn auch das schon viel ist. Sie soll ein Projekt, tatkräftiges Handeln sein.

Ich rufe daher dazu auf, das ehrgeizige Projekt Élysée-Vertrag fortzuführen – denn es ist ein wirklich ehrgeiziges Projekt.

Möglich wird dies durch parlamentarische und politische Zusammenarbeit und solche Begegnungen, wie wir sie seit gestern erleben.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit strahlt weit über unsere beiden Länder hinaus, denn sie hat Auswirkungen auf unseren gesamten Kontinent. Wir tragen eine große Verantwortung. Nicht, weil unsere Freundschaft exklusiv wäre, sondern weil sie auf den gleichen Grundlagen beruht wie die Europäische Union: Aussöhnung und Zusammenarbeit.

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Frankreich, möchte ich heute auch über Europa sprechen. Ich möchte Ihnen sagen, dass kein Land der Union, keines, irgendetwas zu verlieren hat, wenn wir in Europa mehr Solidarität schaffen. Wenn Europa solidarischer wird, wenn wir zusammenrücken, weil die Situation für alle schwierig ist – wenn auch für einige noch schwieriger –, können alle Länder der Union dabei nur gewinnen. Wenn wir all denen auf unserem Kontinent zu essen geben können, die nichts zu essen haben, dann zeigt Europa seine Stärke, dann zeigt Europa, dass es für die Menschen erbaut wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Solidarität ist auf unserem Kontinent eine Investition. Eine lohnende Investition. Sie ist Voraussetzung für den Erhalt unseres Sozialmodells – und auch des europäischen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein großes Risiko ist der Verlust des Vertrauens in Europa und seine Fähigkeit, für den Fortschritt zu stehen. Aber ich sehe noch eine andere Gefahr, und zwar die Annahme, dass die Integration der Union bereits weit genug gediehen oder die Europäische Union mit solchen Konstruktionsfehlern behaftet sei, dass sie nicht mehr für Fortschritt stehen könne.

Ich verwehre mich gegen diese beiden Thesen. Ja, Europa muss sich noch weiterentwickeln, da unsere Strukturen noch nicht kohärent genug sind. Und ja, Europa kann sich noch

weiterentwickeln auf den Fundamenten, die unsere Vorgänger geduldig errichtet haben. Es sind gute, solide Fundamente. Ich halte sie alle für richtig, auch wenn ich weiß, dass es noch Verbesserungsbedarf gibt.

Deshalb haben sich die sozialistischen Abgeordneten aus Frankreich, die ich hier heute vertrete, gemeinsam mit dem Staatspräsidenten, dem Premierminister und der Regierung der Vertiefung des europäischen Aufbauwerks und der solidarischen Integration verschrieben.

Diese vertiefte Integration – wenn sie denn unter Achtung der Regeln der Demokratie stattfindet – wird die Bedeutung unserer Parlamente in keiner Weise schmälern. Sie geht für die Staaten nicht mit einem Verlust an Souveränität einher, sie ist im Gegenteil ein Weg, im Rahmen der Globalisierung wieder mehr Entscheidungsspielraum zu erlangen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, unsere beiden Länder können sich gemeinsam für dieses zentrale Ziel starkmachen, für Fortschritte in der solidarischen Integration der Europäischen Union.

Wie die deutsch-französischen Beziehungen wurde Europa errichtet, weil die politisch Verantwortlichen und die Völker verstanden haben, dass wir gemeinsam stärker sind. Das ist die Lehre, die wir aus dem europäischen Aufbau ziehen können. Das ist unsere Rolle als Politiker, die aus einer Krise herausfinden müssen, von der alle Völker Europas betroffen sind.

Wir müssen jetzt die notwendigen Schritte unternehmen, die unserer gesamten Union dienen, diesem historischen Werk, das doch so fragil ist, noch immer fragil, weil die Gefahr eines Rückzugs ins nationale Schneckenhaus immer über uns allen schwebt.

Das ist die Herausforderung unserer Zeit: ein Europa aufzubauen, das solidarischer, integrierter und fortschrittlicher ist.

(Der Redner schließt auf Deutsch.)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kanzlerin! Sehr geehrter Herr Präsident der Republik! Heute in Berlin, in diesem feierlichen Moment mit den Vertretern unserer beiden Länder rufe ich uns auf, auch künftig gemeinsam unsere Verantwortung zu übernehmen – für Frankreich, für Deutschland, für die deutsch-französischen Beziehungen und für unser gemeinsames Europa.

Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des Deutschen Bundestages:
Das Wort erhält nun der Kollege
Frank-Walter Steinmeier für die SPD-Fraktion.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):
Herr Präsident des Bundestages!
Monsieur le Président
de l'Assemblée nationale!
Herr Bundespräsident!
Monsieur le Président de la République!
Frau Bundeskanzlerin!
Monsieur le Premier Ministre!
Herr Präsident des
Bundesverfassungsgerichtes!
Herr Präsident des Bundesrates!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor 40 Jahren, im Sommer 1973, fuhr ein junger Mann mit ein paar Freunden über die deutsch-französische Grenze. Es war seine erste richtige Reise ins Ausland. Das Auto, mit dem sie unterwegs waren, war natürlich ein „Deux Chevaux", bei dem die Gangschaltung hakte und die Handkurbel im Kofferraum notwendig war, weil der Anlasser gelegentlich streikte. Sie fuhren an die Côte d'Azur, übernachteten für wenig Geld auf Zeltplätzen und

„Wir stehen zusammen und schauen nach vorne"

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Fraktion

diskutierten bei Rotwein, Käse und Baguette stundenlang mit jungen Franzosen, die sie trafen, über das Leben und den Traum von einer besseren und gerechteren Welt. – Sie ahnen, wer der junge Mann war, von dem ich spreche.

Ich denke gerne an diese Reise und weitere solcher Reisen zurück und bedauere, dass mein Französisch heute deutlich schlechter ist als damals. Das war meine erste handfeste Begegnung mit Europa. Ich gehöre, Volker Kauder, nicht mehr zu der Generation, die die Grenzbäume eingerissen hat. Ich gehöre zu der Generation, die mit einer gewissen Selbstverständlichkeit in dieses neue, in dieses größere Europa hineinwuchs. Dennoch gilt: Frankreich war nicht irgendein Land unter den anderen. Es war ein Schlüsselland für uns. „Deutschland und Frankreich“, das war nicht nur die Überwindung einer jahrhundertelangen Erbfeindschaft. „Deutschland und Frankreich“, das stand nicht nur dafür, dass aus Feinden Freunde werden konnten. „Deutschland und Frankreich“, das war auch ein Schritt heraus aus der, wie wir meinten, alten, ein wenig verzopften Bundesrepublik. Frankreich, das war Jean-Paul Sartre, Serge Gainsbourg, André Gide, Jeanne Moreau. Frankreich, das war Neugier, Offenheit und Freiheit. Frankreich, das war ein Land, in dem man Gleichgesinnte fand, junge Europäer, die ähnlich dachten wie wir, die die Welt verändern wollten wie wir.

Unser Herz schlug links; es schlug für Willy Brandt. Wir wollten Neues ausprobieren, mehr Demokratie wagen. Das Adenauer-Deutschland war für uns Anfang/Mitte der 1970er-Jahre schon fast ein bisschen Vergangenheit. Unsere Gewissheit war, dass sich junge Franzosen auf den gleichen Weg machten wie wir, einen Weg, der Europa verändert hat. Die nächsten Etappen waren beschrieben von Brandt und Pompidou, von Schmidt und Giscard d’Estaing.

Heute weiß ich: Europa verdankt auch den weitsichtigen Konservativen Adenauer und Charles de Gaulle viel. Sie wussten, wie mächtig die Fluten des Nationalismus sind. Sie wussten, dass es hohe Deiche und eine nicht nachlassende Aufmerksamkeit braucht, um diese gefährlichen Springfluten abwehren zu können.

Europa ist nach meiner Überzeugung aber eben mehr als ein Deich gegen die dunklen Mächte der Vergangenheit. Europa war für

mich – damals als junger Mann und heute – viel mehr: die Hoffnung, dass es uns gemeinsam gelingt, eine bessere Zukunft zu bauen.

Ja, es ist richtig, wie Jean-Claude Juncker immer sagt: Wer Europa verstehen will, der muss über einen Soldatenfriedhof gehen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Europa, das ist eben auch die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft, auf sozialen Aufstieg, auf Offenheit, auf Toleranz und auf Solidarität. Wer Europa aus der gegenwärtigen Krise herausführen will, der braucht deshalb mehr als Deichbaukunst. Er braucht einen Bauplan für die Zukunft, Fantasie für Neues und Mut zur Veränderung, und ich würde mir wünschen, dass das unsere heutige Botschaft ist: Wir stehen zusammen, und vor allen Dingen schauen wir nach vorne.

Ich freue mich, dass es im letzten Jahr unsere beiden Parlamente waren, die wichtige Anstöße dafür gegeben haben, wie ein richtiger Weg aus der Krise aussehen könnte. Ich denke an die Ergänzung des Fiskalpaktes um Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

Ich denke an unser Eintreten für die Besteuerung der Finanzmärkte, und ich denke in der Tat an das Thema Jugendarbeitslosigkeit, das wir auf die europäische Agenda gesetzt haben. Wir dürfen nicht zulassen, dass es in Europa Regionen gibt, in denen über 50 Prozent der Jugendlichen ohne Ausbildung und Beschäftigung sind.

Schließlich haben wir auch immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Europa ohne parlamentarische Kontrolle und klare politische Verantwortung ein Irrweg ist. Ja, es ist wahr: Für den europäischen Weg nach vorne gibt es keine Blaupause; aber es gibt einen Kompass, und dieser Kompass heißt Demokratie.

Ich erinnere mich noch gut an den 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages. Damals stand Deutschland an der Schwelle einer großen Reform. Deutschland galt als der kranke Mann Europas, und Frankreich ging es verhältnismäßig gut. Wir haben damals aus Frankreich

keine Belehrungen gehört, sondern Worte der Ermutigung, und ich würde mir wünschen, dass das heute umgekehrt ebenso der Fall ist.

Frankreich ist ein starkes Land mit großartigen Menschen, guten Ideen und verantwortlichen Politikern. Meine klare Botschaft an sie ist: Wir stehen an eurer Seite. Wir glauben an euren Erfolg. Ihr könnt bei den großen Aufgaben, die vor euch stehen, auf die Unterstützung eurer Freunde in Deutschland bauen.

Ein letztes Wort zu dem, was im Augenblick in Afrika geschieht: Ich finde, Frankreich hat mutig gehandelt, indem es sich in Mali einem ungehinderten Vormarsch von Islamisten entgegenstellt. Unsere Gedanken sind mit den französischen Soldatinnen und Soldaten, die ihr Leben in einem gefährlichen Einsatz aufs Spiel setzen. Das tun sie nicht nur für Frankreich und auch nicht nur für die Menschen in Mali, sondern um der Ausbreitung der islamistischen Herrschaft in der südlichen Sahelzone etwas entgegenzusetzen, und das ist unser gemeinsames Interesse.

Ich verstehe deshalb, dass Frankreich bei dieser Aufgabe nicht alleingelassen werden will. Wenn Frankreich jetzt logistische Unterstützung von uns erwartet, damit afrikanische Streitkräfte möglichst bald selbst vor Ort sein können, um den Schutz Malis vor einer islamistischen Übernahme zu gewährleisten, dann sollten wir diese Unterstützung leisten.

Das Gleiche gilt für die Ausbildung der malischen Armee und für Initiativen, die eine hoffentlich dauerhafte Befriedung der Region auch durch wirtschaftliche Entwicklung zum Ziel haben. Bis dahin – das ist mir sehr bewusst – kann es ein langer Weg sein.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, 50 Jahre sind eine lange Zeit. Aber wenn ich nach vorn schaue, sage ich: Eigentlich fangen wir doch gerade erst an.

Herzlichen Dank.

Claude Bartolone,
Präsident der Assemblée nationale:
Das Wort hat Christian Jacob, Vorsitzender der Fraktion Union für eine Volksbewegung.

Christian Jacob (UMP):
Herr Präsident des Deutschen Bundestages!
Herr Präsident der Assemblée nationale!
Herr Bundespräsident!
Frau Bundeskanzlerin!
Herr Präsident der Republik!
Herr Premierminister!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die Zukunft unserer beiden Länder, der Grundstein, auf dem die Einheit Europas errichtet werden kann und muss, und der höchste Trumpf für die Freiheit der Welt bleiben die gegenseitige Achtung, das Vertrauen und die Freundschaft zwischen dem französischen und dem deutschen Volk."

Dies waren die Worte General de Gaulles am Ende seiner berühmten Rede an die deutsche Jugend im September 1962 im Schloss Ludwigsburg. Einige Monate später wurde der Élysée-Vertrag unterzeichnet, der auch 50 Jahre später noch das Gründungsdokument ist, auf dem die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern beruht.

„Die Europäische Union muss für ihre Bürger die Ernährungssicherheit gewährleisten"

Christian Jacob, Vorsitzender der Fraktion Union für eine Volksbewegung (UMP)

Welch großes Glück ist es, den Festakt für den Freundschaftsvertrag hier in Berlin zu begehen, an dem Ort, an dem die Mauer Deutschland auf schändliche Weise teilte! Diesen Vertrag haben wir zuallererst dem Willen zweier Männer zu verdanken, die beide die Geschichte ihrer Länder geprägt und gestaltet haben und unsere Zukunft zu einer gemeinsamen Zukunft gemacht haben: Bundeskanzler Konrad Adenauer und General de Gaulle.

Als Mitglied der Partei, die unmittelbar für das Erbe von General de Gaulle steht, weiß ich einzuschätzen, welchen Weg unsere beiden Länder zurückgelegt haben. Die Freundschaft mit Deutschland ist in den politischen Genen unserer Fraktion verwurzelt. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, heute hier versammelt zu sein. Aber können wir uns eigentlich wirklich noch vorstellen, welch außerordentliche Weitsicht und welch unerschütterlichen Willen diese beiden Männer haben mussten, um dies möglich zu machen? Zwei Staatsmänner, die über ihre persönlichen Lebenswege und Erfahrungen hinausgewachsen sind, um ein einziges Ziel zu verwirklichen: das übergeordnete Interesse ihrer beiden Länder und Europas.

Frankreich und Deutschland sind das Herz des europäischen Aufbaus. Wenn wir uns für die Jugend von morgen wirklich eine stärkere europäische Integration wünschen, so ist dies nur auf der Grundlage eines neuen historischen Abkommens zwischen Frankreich und Deutschland möglich. Eines Abkommens, das den Herausforderungen der modernen Welt gerecht wird. Eines Abkommens ähnlicher Größenordnung wie das von 1963. Eines Abkommens, wie Helmut Kohl und François Mitterrand es für die Schaffung der gemeinsamen Währung abschlossen.

Denn genau darum geht es heute: Welche Rolle soll das deutsch-französische Gespann künftig im europäischen Aufbau spielen? Welchen Herausforderungen muss sich Europa heute stellen?

Die Eurozone ist noch immer extrem anfällig, und wir müssen die Ursachen der Krise bekämpfen, insbesondere den Mangel an Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften, vor allem der französischen.

Die Aufnahme der Schuldenbremse in die Haushaltspolitik der EU-Mitgliedstaaten, wenn auch nicht unbedingt auf Verfassungsebene, ist auf jeden Fall ein wichtiger Schritt. Ein Schritt hin zu einer besseren wirtschaftspolitischen Steuerung. Ein Schritt hin zu mehr Effizienz in der Eurozone.

Aber es gibt noch viel zu tun. Wir müssen uns des Vermächtnisses unserer Gründerväter würdig erweisen. Dafür bedarf es mutigen Handelns. Wir können nicht dauerhaft eine einheitliche Währung haben und trotzdem eine unterschiedliche, manchmal sogar gegenläufige Haushalts-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik betreiben. Seit Langem schon verfolgt Frankreich dieses Ziel. Das war bei Jacques Delors und Valéry Giscard d'Estaing so, und auch für Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy war es eine absolute Notwendigkeit. Um gemeinsam erfolgreich zu sein, werden wir Mut und Glaubwürdigkeit brauchen. Andernfalls drohen wir zu scheitern.

Von der Stabilität und der Dauerhaftigkeit der deutsch-französischen Freundschaft bin ich fest überzeugt. Aber ich muss auch zugeben, dass mich diese gewisse, sagen wir, Zurückhaltung mit Sorge erfüllt. Während der nächsten Jahrzehnte wird das Vertrauen der Völker Deutschlands und Frankreichs in die Union davon abhängen, ob wir in der Lage sind, uns den Herausforderungen zu stellen, vor denen Europa steht.

Manchmal fehlen uns die großen Debatten, die uns zusammenbringen und uns neuen Schwung für die Zukunft geben! Welches sind unsere neuen Ziele? Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist nun fast die Lebensspanne eines Menschen vergangen. Für die nächsten Generationen ist der Frieden eine unschätzbar wertvolle Errungenschaft, aber nicht mehr Ziel an sich. Was werden wir 56 Jahre nach den Römischen Verträgen gemeinsam vorschlagen und entscheiden? Was werden wir 61 Jahre nach der Montanunion und 50 Jahre nach Euratom für eine europäische Energiepolitik vorschlagen?

Was werden wir morgen anbieten, um die großartige Erfolgsgeschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik fortzusetzen? Die Europäische Union muss für ihre Bürger und Verbraucher die Ernährungsunabhängigkeit und -sicherheit gewährleisten, eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Deutschland ist ein bedeutendes Agrarland geworden. Ihr

Land hat verstanden – und Frankreich darf es übrigens nicht vergessen! –, dass ohne eine starke Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft in der heutigen Welt keine politische Stärke mehr möglich ist.

Deshalb werden wir, wie ich hoffe gemeinsam mit Deutschland, dafür kämpfen, das Budget der GAP 2014–2020 auf aktuellem Ausgabenniveau beizubehalten und den Europäischen Rat davon zu überzeugen, dass das Europa von morgen seine Landwirtschaft und seine Bauern nicht opfern darf.

Was werden wir tun, um unseren großen Binnenmarkt zu schützen, der in Zeiten der Globalisierung nicht schutzlos und schwach sein darf?

Was werden wir vorschlagen, um militärisch und diplomatisch die Handlungsfähigkeit zu entwickeln, die unserer Stärke in Wirtschaft und Handel gerecht wird? Wir bekräftigen noch einmal, dass wir entschieden für die Umsetzung einer echten gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik eintreten. Wo zur Stunde die französischen Soldaten an der Front in Mali unsere gemeinsamen Werte verteidigen, hoffe, ich, dass die Union sich endlich ihrer Verantwortung stellt. Wir brauchen Sie, liebe deutsche Freunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa wird für die Völker attraktiv sein, wenn es in der Lage ist, die großen Herausforderungen eines Jahrhunderts zu meistern, in dem sein Schicksal und sein Platz in der Geschichte festgelegt werden. Die Antwort auf diese Frage hängt in erster Linie von unseren beiden Nationen ab, ihrer Fähigkeit, ihre eigenen, unmittelbaren Interessen zurückzustellen, um sich zu einen und gemeinsam Schwung und Strahlkraft zu erlangen: ihre eigene Strahlkraft und die von ganz Europa.

Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des Deutschen Bundestages:
Der Kollege Rainer Brüderle ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

Rainer Brüderle (FDP):
Meine Herren Präsidenten!
Frau Bundeskanzlerin!
Meine Damen und Herren!

Wir feiern heute 50 Jahre Élysée-Vertrag. Der Élysée-Vertrag markiert den offiziellen Beginn der deutsch-französischen Freundschaft.

Die deutsch-französische Freundschaft wird von Millionen Franzosen und Deutschen praktisch gelebt. Ich komme aus dem westlichsten Teil Deutschlands, aus Rheinland-Pfalz, wo die Wurzeln dieser Freundschaft besonders stark sind. Die ersten deutsch-französischen Partnerschaften wurden zwischen den Städten

„Unsere Mitgift für die europäische Entwicklung ist eine hohe Sensibilität für die Stabilität unseres Geldes“

Rainer Brüderle, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Mâcon und Neustadt an der Weinstraße sowie Mainz und Dijon geschlossen. In Rheinland-Pfalz liegt auch die Kaiserpfalz von Ingelheim, der Lieblingsort jenes Mannes, den Sie Charlemagne nennen und wir Karl den Großen. Er ist unser beider Vater, auch wenn es Hunderte von Jahren gedauert hat, bis wir uns als Brüder wieder friedlich und herzlich umarmt haben.

(Zuruf)

Auch als Schwestern, auch Schwester Roth.

Wenn wir in andere Teile der Welt schauen und dort Kriege und Auseinandersetzungen sehen, dann spüren wir, wie viel Glück wir in Europa und mit Europa haben. Das sollten wir immer vor Augen haben. Vor unserer Haustür gibt es schreckliche Ereignisse, etwa in Algerien. Angesichts dessen, was jetzt in Mali geschehen ist, hat Frankreich für die internationale Staatengemeinschaft Verantwortung übernommen. Deutschland steht an Frankreichs Seite. Wir leisten einen Beitrag zur Bekämpfung des Terrors und des Unrechts in Afghanistan und am Horn von Afrika und unterstützen unseren NATO-Partner Türkei.

Die Welt ordnet sich neu. Es ist kein europäisches Zeitalter mehr. Zwei Drittel des weltweiten Wirtschaftswachstums entfallen auf die Schwellenländer. „Emerging Markets“ gibt es in anderen Regionen, in China, Indien, Brasilien und Russland. Europa muss sich anstrengen, hier mitzuhalten. In etwa 30 Jahren haben die große Europäische Union, die 28 Staaten, plus die Vereinigten Staaten von Amerika gerade noch einen Anteil von sieben Prozent an der Weltbevölkerung – Tendenz eher abnehmend. Das muss unsere Herausforderung sein. Europa muss Subjekt der Weltordnung und der Weltentwicklung sein und darf nicht zum Objekt werden. Dazu muss

Europa Stärke entwickeln. Europa ist stark, wenn Deutschland und Frankreich eng zusammenstehen. Europa ist stark, wenn wir volkswirtschaftlich gesund sind, wenn wir wettbewerbsfähig sind, wenn wir mithalten können.

Manche Beobachter außerhalb Europas dachten, dass unsere Währungsunion auseinanderbrechen würde. Aber sie haben sich verspekuliert. Europa hat die Herausforderungen bestanden. Der Euro ist stabil und wird stabil bleiben. Auch hier war das Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich entscheidend.

Ich bitte unsere französischen Freunde – und Freundinnen! – um Verständnis, wenn ich dafür werbe zu verstehen, dass die Sorge der Deutschen vor Geldentwertung und Inflation groß ist. Die Deutschen haben zu Beginn und zum Ende der unseligsten Zeit ihrer Geschichte Inflation, Geldentwertung und eine Währungsreform erlebt. Sie haben zwei Mal ihr Geld verloren. Unsere Mitgift für die europäische Entwicklung ist daher eine hohe Sensibilität für die Stabilität unseres Geldes. Deshalb muss der Euro stabil sein.

Die Marktwirtschaft steuern wir über Preise. Wenn die Preise die Knappheitsrelation der Märkte nicht korrekt widerspiegeln, steuern wir in die falsche Richtung. Geldentwertung und Inflation sind eine soziale Ungerechtigkeit. Sie treffen primär die kleinen Leute, die mit dem Sparbuch, die mit dem Girokonto, die keine Immobilien in Kanada erwerben können. Deshalb ist es für uns gemeinsam ein großes Anliegen, diese Stabilität zu gewährleisten.

Wir sind gemeinsam vorangekommen. Der Fiskalpakt und der Europäische Stabilitätsmechanismus haben uns weitergebracht. Deutschland und Frankreich sind Tempomacher. Es galt immer die Devise: Jeder ist eingeladen, mit Deutschland und Frankreich mitzumachen. Aber wer nicht mitmachen möchte, soll diejenigen, die mehr Integration wollen, nicht daran hindern, dies zu tun. Deshalb muss die Devise sein, weiter voranzukommen, Europa zu bauen, Europa neu zu gestalten.

Wir sind anders. Wir werden nicht zu einer Kopie der Vereinigten Staaten von Amerika werden. Wir sind kulturell anders; es gibt eine andere Vielfalt, eine andere Tradition. Aber genau das kann unsere Stärke ausmachen. Unsere Vielfalt, unsere Pluralität machen uns anpassungsfähiger für die zukünftigen Herausforderungen in der Welt, die mit Sicherheit auf uns zukommen werden.

Für mich ist gerade der Euro das Symbol für unsere Handlungsfähigkeit, für Frieden und Wohlstand in Europa. Es muss unser Leitbild sein, dass Europa weiter kraftvoll vorankommt. Deshalb sage ich: Vive la France! Vive l'Allemagne! Vive l'Europe!

Vielen Dank.

Claude Bartolone,
Präsident der Assemblée nationale:
Das Wort hat Jean-Louis Borloo, Vorsitzender der Fraktion Union der Demokraten und Unabhängigen.

Jean-Louis Borloo (UDI):
Herr Bundespräsident!
Herr Präsident der Republik!
Frau Bundeskanzlerin!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor 60 Jahren noch zerfleischten sich unsere beiden Völker und rissen Europa und die Welt mit. Vor 50 Jahren waren aus den unversöhnlichen Feinden von einst engagierte Streiter für eine gemeinsame Zukunft geworden. Nach jahrhundertelangen Kämpfen und trotz des täglichen Schmerzes und des nicht wiedergutzumachenden Leids der trauernden Familien hatten Frauen und Männer den unvergleichlichen Mut zu verzeihen. Dank Konrad Adenauer und General de Gaulle wurde aus dem Machtverhältnis ein Vertrauensverhältnis. Unsere Freundschaft, Sinnbild der Hoffnung, ist nun der unsichtbare und tragende Stützpfeiler Europas.

Ja, Europa ist sich seiner Vergangenheit bewusst, denn es war die Antwort der Menschen auf das furchtbare und zerstörerische Chaos, das durch Fanatismus ausgelöst wurde. Europa, das auf dem Fundament der deutsch-

„Aus dem Machtverhältnis wurde ein Vertrauensverhältnis“

Jean-Louis Borloo, Vorsitzender der Fraktion Union der Demokraten und Unabhängigen (UDI)

französischen Freundschaft fußt, ist sich seiner Geschichte bewusst, und das ist ja der Kern des Élysée-Vertrages. Zur Stunde, in der französische Soldaten an der Seite der Malier gegen neuen Fanatismus kämpfen, muss das europäische Bewusstsein erneut aktiviert werden. In diesem Kampf ist das politische Engagement Europas entscheidend, damit dringend notwendige, aber auch globale Lösungen für das Problem der Sahelzone gefunden werden. Die europäische Solidarität kann verschiedene Formen annehmen, muss aber bedingungslos sein, natürlich in Notsituationen, aber auch darüber hinaus. Denn ohne eine echte Afrika-Politik wird sich dauerhaft nichts verändern lassen.

Afrika ist für uns die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Afrika, dessen nächstliegende Grenze nur 17 Kilometer von Europa entfernt ist, Afrika, in dem bald zwei Milliarden Menschen leben werden, Afrika, das über riesige Ressourcen verfügt und gleichzeitig, wie wir alle wissen, großen Problemen gegenübersteht –Klima, Politik und Hunger –, ist unser größtes Risiko oder unsere größte Chance. Wir brauchen daher unbedingt eine Europa-Afrika-Strategie, wir brauchen einen globalen Plan: für die Wirtschafts-, die Bildungs- und die Energiepolitik. Wir können dafür sorgen, dass binnen zehn Jahren nicht mehr nur 25 Prozent, sondern 100 Prozent der Bewohner Afrikas Zugang zur Energieversorgung haben. Dies ist eine unerlässliche Bedingung für die Entwicklung Afrikas, die wirtschaftlich sinnvoll ist, Europas Wachstum ankurbeln wird und das beste Mittel im Kampf gegen Fanatismus darstellt.

Liebe Freunde, wir brauchen also keine weiteren Hilfsprogramme, sondern eine Europa-Afrika-Strategie. Unsere Verschiedenheit ist unsere Stärke – lassen wir sie nicht zur Gleichgültigkeit werden. Denn gerade dazu dient ja ein Jahrestag: um innezuhalten, sich auf das Wesentliche zu besinnen und den Weg in die Zukunft zu weisen. Unsere Parteifamilie UDI besteht aus überzeugten Europäern, die für ein vertieftes politisches Europas eintreten – und dies insbesondere in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht.

(Der Redner schließt auf Deutsch.)

Als Erben von Robert Schuman, Jean Monnet, Valery Giscard d'Estaing und Simone Veil wissen wir, dass die deutsch-französische Freundschaft die Seele und der Stabilisator dieses Konstrukts ist. Meine Freunde, vielen Dank. Es lebe die deutsch-französische Freundschaft!

Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des Deutschen Bundestages:
Das Wort hat nun der Kollege Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

Dr. Gregor Gysi (Die Linke):
Meine Herren Präsidenten!
Liebe Präsidenten, ich habe so wenig Zeit, dass ich Sie gemeinsam ansprechen muss.
Sehr geehrter Herr Premierminister!
Liebe Frau Bundeskanzlerin!

Heute kann ich keine Auseinandersetzung zu konkreter Politik führen; dazu ist die Zeit zu kurz. Es ist zu Recht betont worden, dass vor 50 Jahren vom damaligen Staatspräsidenten General Charles de Gaulle und von Altbundeskanzler Konrad Adenauer durch Abschluss des Élysée-Vertrages eine wichtige Tat vollbracht wurde.

„Wir wollen keine Nation, die über uns steht, aber auch keine, die unter uns steht“

Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion Die Linke

Ich will aber betonen: Die noch wichtigere Tat ist durch beide Völker vollbracht worden, weil sie nämlich wirklich zueinandergefunden haben.

Ich muss betonen, dass die Leistung des französischen Volkes in der damaligen Zeit etwas größer zu bewerten ist. Sie wissen: Der letzte Krieg zwischen Deutschland und Frankreich war am Ende der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Nazidiktatur war noch zu frisch, auch die Verbrechen, die in Frankreich begangen worden sind. Das deutsche Volk wünschte sich Aussöhnung; das ist gut verständlich. Aber im französischen Volk gab es auch Vorbehalte. Sie haben diese Vorbehalte überwunden und die Versöhnung mit Deutschland gesucht. Das ist bravourös und muss gewürdigt werden.

Meine Familie ist auch betroffen. Meine Schwester und ich haben unsere Großmutter Erna Gysi überhaupt nur kennengelernt, weil es Frankreich gab; denn sie hatte im Nazideutschland keine Chance zu überleben und fand im nicht besetzten Teil Frankreichs Unterschlupf. Dort lebte sie auch nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu ihrem Tode in Paris. Sie war wirklich eine sehr intelligente, sehr gebildete und sehr humorvolle Frau. Ich danke Frankreich, dass wir die Chance hatten, sie kennenzulernen.

Auch meine Eltern haben übrigens in Frankreich Unterschlupf gefunden, mussten dann allerdings nach Nazideutschland zurück, aber nicht, weil Frankreich das wollte, sondern weil ihre Partei das beschloss. Dazu sage ich gar nichts weiter. Glücklicherweise haben sie überlebt, sonst hätte es meine Schwester und mich nicht gegeben, und Letzteres hat zumindest für mich eine gewisse Relevanz.

Jetzt muss ich noch etwas aus meiner Familie erzählen. Meine Tochter – das ist die neue Zeit – lernt seit ihrem fünften Lebensjahr Französisch. Sie ist jetzt 16 Jahre alt, und alle, die Französisch können, sagen mir, dass sie gut Französisch spricht. Das Problem ist: Ich spreche gar nicht Französisch. Deshalb fährt sie gerne mit mir nach Frankreich, geht sehr gerne mit mir in ein Restaurant, spricht mit den Kellnerinnen und Kellnern und liest die Karte. Ich sitze wie ein Dummkopf daneben. Wenn Sie mich etwas besser kennen würden, würden Sie ahnen, wie sehr sie das genießt.

Ich muss zugeben, die Französinnen und Franzosen können eines besser als wir Deutschen: protestieren. Dabei denke ich nicht nur an den Sturm auf die Bastille oder an die Pariser Kommune, sondern etwa auch daran, dass Millionen durch Paris marschierten, als der Kündigungsschutz für Hochschulabsolventen abgeschafft werden sollte für zwei Jahre.

Ich weiß, dass man in Frankreich hervorragend zu Abend essen kann, aber ich muss Ihnen sagen: das Frühstück!

Wissen Sie, es gibt in Frankreich kleine Hotels, da kriegt man ein Croissant, einen Klacks Butter und einen Klacks Marmelade. Das ist ja ganz nett, aber noch kein Frühstück.

Wir Deutschen können besser frühstücken, und ich glaube letztlich: Nur gut gefrühstückt kann man auch richtig protestieren.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir können gegenseitig voneinander lernen. Wir sollten Folgendes lernen: Wir wollen keine Nation, die über uns steht, aber auch keine, die unter uns steht. Wir wollen Gleichberechtigung.

Wir brauchen ein demokratisches, ein soziales, ein ökologisch nachhaltiges, ein solidarisches und ein friedliches Europa der Bevölkerungen. Dafür müssen wir streiten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu der jungen Generation sagen. Es wächst eine Jugend heran, die sich Krieg zwischen unseren Ländern gar nicht mehr vorstellen kann, obwohl der letzte Krieg noch gar nicht so lange her ist. Sie denken bei dem Stichwort „Krieg zwischen Deutschland und Frankreich“, man rede über das Mittelalter. Wenn wir eines schafften, nämlich dass für sie Krieg zwischen Deutschland und Frankreich so absurd erscheint, dass sie selbst dann, wenn es einen Idioten geben sollte, der dazu aufruft, einfach nicht hingingen, dann hätten wir etwas geschafft.

Merci.

Claude Bartolone,
Präsident der Assemblée nationale:
Ich weiß nicht, ob der nächste Redner ein Frühstücksexperte ist, aber das Wort hat François de Rugy für die Ökologische Fraktion.

François de Rugy (Écologiste):

(Der Redner beginnt auf Deutsch)

Sehr geehrte Herren Präsidenten
Lammert und Bartolone!
Herr Präsident der
Bundesrepublik Deutschland!
Frau Bundeskanzlerin!
Herr Präsident der Französischen Republik!
Herr Premierminister!
Meine Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Anlässlich dieses schönen Jahrestages des Élysée-Vertrages könnten wir lange Reden über die Geschichte halten. Meine Rede soll aber höchstens drei Minuten dauern. Kehren wir zum Wesentlichen zurück.

Ich fahre jetzt auf Französisch fort; das geht nämlich schneller.

(Der Redner fährt auf Französisch fort.)

„Die Kompetenzen des einen können auch dem anderen dienlich sein“

François de Rugy, Vorsitzender der Ökologischen Fraktion (Écologiste)

Europa leidet noch immer an den wirtschaftlichen, aber auch politischen Folgen einer nie da gewesenen Finanzkrise. Es kommt vor, dass die Franzosen und die Deutschen sich nicht einig sind über die Wege aus dieser Krise, nicht einmal innerhalb ihrer politischen Lager. Eines ist aber sicher: Wenn die Versuchung besteht, Alleingänge zu unternehmen, oder wenn es keine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland gibt, kommt niemand dauerhaft voran.

Die Grünen sind seit 30 Jahren im Deutschen Bundestag vertreten, wir haben es in Frankreich erst vor einem Jahr ins Parlament geschafft; das ist für mich ein Zeichen der Annäherung zwischen unseren Ländern. Wir arbeiten mit Renate Künast und Jürgen Trittin an gemeinsamen Vorschlägen. Wir wünschen uns, dass diese Annäherungen in den kommenden Jahren, ja sogar schon bis Ende des Jahres, konkreten Niederschlag finden.

Erlauben Sie mir ein Wort zu einer brandaktuellen Frage. Frankreich wünscht sich heute für Mali breite Unterstützung in Europa. Mit Blick darauf, das heißt in der Außen- und Sicherheitspolitik, muss der Élysée-Vertrag noch konkreter umgesetzt werden. Lassen Sie mich als längerfristigen Themenbereich die Energiewende ansprechen. Meine Damen und Herren Bundestagsabgeordnete, zunächst möchten wir Ihnen sagen, dass Sie mit der Besiegelung des Atomausstiegs die richtige Wahl getroffen haben.

In diesem wie in anderen Bereichen gibt es große Unterschiede zwischen uns. Aber in dieser Unterschiedlichkeit kann auch die Kraft liegen. Die Kompetenzen des einen können auch dem anderen dienlich sein. Wir unterstützen die Idee einer europäischen Energiegemeinschaft mit Deutschland und Frankreich als tragenden Säulen, um das ehrgeizige Ziel eines neuen Energiemodells aus 100 Prozent erneuerbaren Energien zu erreichen.

Umweltschutz, stärker vom Parlamentarismus geprägte Institutionen, Verhandlungskultur und sozialer Kompromiss: Für die Écologistes mag Deutschland vielleicht kein Vorbild sein, das es eins zu eins nachzuahmen gilt, aber es ist ein Modell, das uns oft inspiriert und bereichert, und für unseren Teil wollen wir das. Für die nächsten Jahre zählen wir stark auf unsere deutschen Partner, damit wir Vorreiter der Vertiefung der fiskalischen, sozialen und ökologischen Konvergenz für Europa sein können. Wenn wir mit Frankreich und Deutschland anfangen, geben wir uns die Mittel zum Erfolg an die Hand.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des Deutschen Bundestages:
Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Trittin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen):
Meine Herren Präsidenten!
Frau Bundeskanzlerin!

Dass wir heute die deutsch-französische Freundschaft feiern können, ist ein großartiges Ereignis. Dieses großartige Ereignis haben wir dem Mut, der Arbeit und dem Engagement von weitsichtigen Politikern zu verdanken. Sie wurden hier genannt: Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Es ist aber auch dem Mut derjenigen zu verdanken, die damals, teilweise ganz tatkräftig und praktisch, Grenzzäune abmontiert haben.

„Wir brauchen eine durch Mehrheitsentscheidungen geprägte Außen- und Sicherheitspolitik“

Jürgen Trittin, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Arbeit und Engagement haben unzählige Menschen geleistet; die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland haben unzählige Menschen gelebt, bei Städtepartnerschaften und beim Schüleraustausch. Diese Freundschaft löst die Vision vom Frieden zwischen den Völkern ein. Die deutsch-französische Freundschaft bildet das Rückgrat eines gemeinsamen Europas. Wir haben uns beide immer als Antriebskräfte einer europäischen Idee verstanden. Wir müssen gemeinsam dieses Europa motivieren voranzugehen – voranzugehen zu mehr Europa.

Wir müssen das tun, weil der Kern der europäischen Idee die Demokratie, der Gemeinsame Markt und die Solidarität ist. Ohne dieses gemeinsame Europa gäbe es nicht diesen Frieden; ich glaube auch nicht, dass wir ohne dieses gemeinsame Europa zum Beispiel die blutigen Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland so reibungslos überwunden hätten.

Wir müssen uns auf diesem Weg zu mehr Europa immer wieder selber überprüfen. Wir Deutsche müssen überprüfen, ob es richtig ist, dass man aus dieser Krise Europas, die eine institutionelle, eine ökonomische, aber mehr und mehr auch eine Krise der Legitimation ist, tatsächlich nur durch Sparen herauskommt oder ob nicht Präsident Hollande recht hat, der sagt, dass wir mehr in Beschäftigung in Europa investieren müssen. Man darf sich nicht in der Krise kaputtsparen.

Wir müssen unsere gemeinsamen Anstrengungen beim EU-Budget darauf konzentrieren: Wir müssen in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren, in eine effiziente, sparsame, erneuerbare und – das füge ich hinzu – atommüllfreie Energieversorgung, um die Abhängigkeit von Importen zu mindern, Inflation vorzubeugen und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Deutschland und Frankreich bringen heute in einer verstärkten Zusammenarbeit die Finanztransaktionsteuer ein – endlich. Ich glaube, dass es keine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik geben kann, die sich nur auf die Ausgaben konzentriert. Zu einem Gemeinsamen Markt gehört eine gemeinsame Steuerpolitik, die über die Erhebung von einfachen, indirekten Steuern hinausgeht. Wir brauchen einen Steuerpakt, und wir brauchen einen Pakt gegen Steuerflucht und Steuervermeidung. Die EU-Kommission schreibt, dass zurzeit 1.000 Milliarden Euro jährlich durch fehlende Steuern verloren gehen.

Wir müssen dies gemeinsam tun, und zwar – da bin ich einig mit allen, die das vorher gesagt haben – mehr und mehr durch Mehrheitsentscheidungen. Wir brauchen eine gemeinsame Steuerpolitik; aber wir brauchen auch eine durch Mehrheitsentscheidungen geprägte Außen- und Sicherheitspolitik. Das würde uns noch mehr in der Situation helfen, in der wir gerade – Stichwort Mali – sind. Den Angriff radikaler Islamisten hat Frankreich

mit seinem Militäreinsatz zunächst gestoppt. Die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union, die EU, wir alle wollen einen politischen Prozess zur Stabilisierung Malis.
Es ist Frankreichs Verdienst, dass Mali nicht überrollt worden ist. Nun gilt es, so schnell wie möglich zu einer multilateralen Krisenbewältigung zurückzufinden. Die Staaten Westafrikas müssen befähigt werden, selbst für die Sicherheit und Stabilität in der Region zu sorgen. Dazu wird Deutschland seinen Beitrag leisten.

Gemeinsame Verantwortung heißt auch, die Lasten zu teilen, auch in schlechten Zeiten. Die Freundschaft unserer Länder ist eine großartige Leistung. Wir wollen gemeinsam weiter dafür streiten und uns mit aller Kraft für diese Freundschaft einsetzen. Das ist zum Wohle Frankreichs, zum Wohle Deutschlands und zum Wohle Europas.

Merci.

Claude Bartolone,
Präsident der Assemblée nationale:
Das Wort hat Joël Giraud für die Zentristische, Republikanische, Demokratische und Progressive Fraktion.

Joël Giraud (RRDP):
Herr Bundestagspräsident!
Herr Präsident der Assemblée nationale!
Herr Bundespräsident!
Herr Präsident der Republik!
Frau Bundeskanzlerin!
Herr Premierminister!
Liebe Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Frankreich!

In Nevers, einer Stadt, die später auch unter Francois Mitterrand und Pierre Bérégovoy Geschichte schrieb, richtete sich am 20. September 1954 Ministerpräsident Pierre Mendes-

„Mehr denn je treten wir heute für die Idee des europäischen Föderalismus ein“

Joël Giraud, Mitglied der Zentristischen, Republikanischen, Demokratischen und Progressiven Fraktion (RRDP)

France, einer der führenden Köpfe des französischen Radikalsozialismus, mit folgenden Worten an die überlebenden Resistance-Kämpfer der Region, die im Zweiten Weltkrieg einen hohen Tribut hatten zahlen müssen: „Es ist nun an der Zeit, die Herausforderungen anzugehen, die wir bis jetzt zurückgestellt haben [...]. Die Uhr ist auch ohne unser Zutun weitergelaufen und macht Entscheidungen notwendig [...]. Unsere Antwort darauf ist vor allem die Bekräftigung des aufrichtigen Willens zu einer endgültigen Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland [...]. Die deutsch-französische Aussöhnung ist eine Voraussetzung für politische Stabilität in Europa sowie für seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung."

Zum ersten Mal nahm ein französischer Regierungschef ohne Wenn und Aber die Hand an, die Bundeskanzler Konrad Adenauer seit 1949 ausstreckte. Pierre Mendes-France fügte sogleich hinzu: „Für eine aufrichtige, echte, dauerhafte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist jedoch etwas anderes von Nöten als ein Tête-à-Tête zwischen zwei Nationen."

Neun Jahre also vor der Unterzeichnung des Vertrages, dessen 50-jähriges Bestehen wir heute feiern, aber 25 Jahre nach der Rede Aristide Briands vor dem Völkerbund, in der dieser ein Memorandum über die Schaffung eines europäischen Staatenbundes vorlegte, das nicht angenommen wurde, wurde der Grundstein für Europa auf dem Fundament der deutsch-französischen Aussöhnung gelegt.

Mehr denn je treten wir heute für die Idee des europäischen Föderalismus ein, trotz der Hindernisse, denen eine solche Integration aufgrund der unüberwindbaren Verschiedenheit der europäischen Gesellschaften gegenübersteht. Denn dem wiedererstarkenden Nationalismus, dem Egoismus und dem Souveränismus, die eine Beleidigung für den Frieden und die Demokratie sind, wird das föderale Europa immer mit Wissen, Innovation, der Jugend, der Entwicklung des Menschen und dem Laizismus begegnen.

Hat Europa nicht in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 2012 in wirtschaftlicher Hinsicht eine weitere Hürde auf dem Weg zum europäischen Föderalismus genommen, als die Europäischen Union das Abkommen über eine einheitliche Bankenaufsicht verabschiedet hat? Dank dieses Abkommens konnte die Eurokrise eingedämmt werden, und Europa hat sich in dieser Nacht entschieden, einen Schritt in Richtung Föderalismus zu tun.

Nun müssen wir uns die notwendigen Instrumente an die Hand geben, damit wir unsere wirtschaftliche und finanzielle Souveränität durch die Ernennung eines europäischen Wirtschaftsministers und die Schaffung eines Finanzplatzes im Herzen der Europäischen Union, in Paris oder in Frankfurt, der über die gemeinsame Währung wachen kann, gewährleisten können.

(Der Redner schließt auf Deutsch.)

Meine Damen und Herren, man spricht oft von den Menschenmassen, die General de Gaulle anlässlich seiner Reise in die Bundesrepublik Deutschland im September 1962 zugejubelt haben. Aber erinnert man sich noch der vielen Transparente bei seinem Empfang, auf denen geschrieben stand: „Hoch lebe das föderale Europa!“?

Im Namen dieser deutschen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, die in der französisch-deutschen Versöhnung eine Hoffnung für einen europäischen Föderalismus sahen, sind wir Abgeordneten der Fraktion der Zentristischen Linken hier in den Bundestag gekommen, um die Botschaft eines föderalen Europas, einer reellen zivilen, politischen und verbindenden Macht zu überbringen, die Botschaft eines wahren territorialen Europas.

Vielen Dank – und: Es lebe unsere Freundschaft!

Claude Bartolone,
Präsident der Assemblée nationale:
Das Wort hat André Chassaigne,
Vorsitzender der Fraktion der Demokratischen
und Republikanischen Linken.

André Chassaigne (GDR):
Sehr geehrte Präsidenten!
Frau Bundeskanzlerin!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf also als Letzter in dieser Sitzung sprechen. Mir stehen die letzten drei, vier Minuten dieser Sitzung zu, in der wir sehr bewegt die deutsch-französische Freundschaft würdigen und den Élysée-Vertrag feiern und mit neuem Leben erfüllen.

Dieser Vertrag hat die Annäherung unserer beiden Länder besiegelt und damit den Beweis erbracht, dass die dunklen Seiten unserer gemeinsamen Geschichte kein Schicksal waren. 19 Jahre früher, im Februar 1944, hatte ein kommunistischer Widerstandskämpfer namens Missak Manouchian wenige Stunden vor seiner Erschießung an seine Frau geschrieben: „Im Augenblick des Todes erkläre ich, dass ich keinen Hass gegen das

„Es ist höchste Zeit für einen Neuanfang“

André Chassaigne, Vorsitzender der Fraktion der Demokratischen
und Republikanischen Linken (GDR)

deutsche Volk oder irgendjemanden sonst hege […]. Das deutsche Volk und alle anderen Völker werden nach dem Krieg, der nicht mehr lange dauern kann, in Frieden und Brüderlichkeit leben."

Die Geschichte unserer beiden Völker hat ihm recht gegeben. Und somit ist diese Aussöhnung auch eine Ehrung all derjenigen, die sich für Frieden und Freundschaft unter den Völkern einsetzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, „es ist das süße Gesetz der Menschen, die Feinde in Brüder zu verwandeln", wie der Dichter Paul Éluard schrieb. Erinnern wir uns daran, dass diese Freundschaft ihre Wurzeln auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Ideen hatte, die auf beiden Seiten des Rheins von Menschen wie Rosa Luxemburg und Jean Jaurès verbreitet wurden. Und lange vor ihnen hatte Victor Hugo in einer visionären Rede vor der Assemblée nationale am 1. März 1871 das Schicksal Europas eng mit der Verbrüderung Frankreichs mit dessen Schwesterland Deutschland verknüpft.

Um diese Freundschaft weiter mit Leben zu erfüllen, müssen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen. Und genau das sieht unsere gemeinsame Erklärung vor, die den Fackelstab dieses kostbaren Vermächtnisses an die Jugend übergeben will.

Dieses Gefühl der Verantwortung setzt voraus, dass wir gemeinsam die Hürden überwinden, die der Brüderlichkeit und der Solidarität zwischen den Völkern im Wege stehen. Die exorbitante Macht der Finanzmärkte und die zunehmende soziale Kluft in den Gesellschaften bergen in sich ein Spaltungspotenzial, das wir bekämpfen müssen. Die aktuelle wirtschaftliche und soziale Krise, die durch Sparpläne und wachsende soziale Ungleichheit zwischen den Staaten und den Bürgern noch verschlimmert wird, bringt zulasten der europäischen Völker Egoismus und nationale Abschottung hervor. Für alle ist der Wirtschaftskrieg leider zur Realität geworden. Die französischen, deutschen und europäischen Arbeitnehmer zahlen einen hohen Preis dafür.

Mögen der Mut, der lange Atem und die Kraft, die damals zur Unterzeichnung des Élysée-Vertrages geführt haben, uns heute Inspiration dabei sein, um der europäischen Einigung einen neuen Kurs zu geben und eine neue Zukunft aufzubauen. Wie mein Kollege und Genosse Gysi sagte: Es ist höchste Zeit für einen Neuanfang, für eine neue Zukunft, die Zukunft eines sozialen und solidarischen Europas, das die Interessen seiner Völker und deren Souveränität besser respektiert.

Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des Deutschen Bundestages:
Herzlichen Dank, merci beaucoup pour toutes les contributions. Ich schließe die Aussprache.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Claude Bartolone stelle ich die Zustimmung unserer beiden Parlamente zu der gemeinsamen Erklärung aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages fest. In dieser besonderen Zusammenkunft bekräftigen wir mit den Worten dieser gemeinsamen Erklärung des Deutschen Bundestags und der Assemblée nationale unseren Willen, in parlamentarischer Zusammenarbeit die deutsch-französische Freundschaft in Europa weiterzutragen und zu fördern.

Ich danke Ihnen allen, ganz besonders dir, lieber Claude Bartolone, und bitte Sie nun, sich für unsere Nationalhymnen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich – Nationalhymnen – Beifall)

La séance est close. Die Sitzung ist geschlossen.

Schlussworte des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert

Marseillaise, Nationalhymne der Französischen Republik

Allons enfants de la Patrie,
Le jour de gloire est arrivé !
Contre nous de la tyrannie,
L'étendard sanglant est levé, *(bis)*
Entendez-vous dans les campagnes
Mugir ces féroces soldats ?
Ils viennent jusque dans vos bras
Égorger vos fils, vos compagnes !

Refrain :

Aux armes, citoyens
Formez vos bataillons
Marchons, marchons !
Qu'un sang impur
Abreuve nos sillons !

Auf, Kinder des Vaterlands!
Der Tag des Ruhms ist da.
Gegen uns wurde der Tyrannei
blutiges Banner erhoben. *(zweimal)*
Hört Ihr im Land
das Brüllen der grausamen Krieger?
Sie rücken uns auf den Leib,
eure Söhne, eure Frauen zu köpfen!

Refrain:

Zu den Waffen, Bürger!
Schließt die Reihen,
vorwärts, marschieren wir!
Das unreine Blut
tränke unserer Äcker Furchen!

Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland

Einigkeit und Recht und Freiheit
für das deutsche Vaterland.
Danach lasst uns alle streben,
brüderlich mit Herz und Hand.
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand.
Blüh im Glanze dieses Glückes,
blühe, deutsches Vaterland!

Gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale aus Anlass des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages

22. Januar 2013

Gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale

50 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages steht Europa vor großen ökonomischen und politischen Herausforderungen. Für deren Bewältigung sind eine handlungsfähige Europäische Union und die enge Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedstaaten, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, unverzichtbar.

Die Geschichte unserer Länder und des europäischen Kontinents ist über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg keine Geschichte des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit gewesen, sondern eine von Rivalitäten und Kriegen, die Millionen von Menschen Leben, Gesundheit, Heimat und Vermögen gekostet hat. Trotz des mit den Verbrechen der Nationalsozialisten von Deutschen über Europa gebrachten Leids war Frankreich in den 1950er und 1960er Jahren bereit zur Versöhnung und zur Integration Deutschlands in ein gemeinsames Europäisches Haus. Der dadurch gelungene Aufbruch in eine neue, gemeinsame Zukunft gilt heute weltweit als Beispiel für Versöhnung und Partnerschaft. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist heute zu einer selbstverständlichen und verlässlichen Grundlage des europäischen Integrationsprozesses geworden. Die Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist damit zugleich ein Beispiel dafür, nationale

Egoismen zu überwinden und sich auch und gerade in schwierigen Zeiten zu partnerschaftlichen, konstruktiven Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu bemühen. Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale wenden sich mit einem Appell an die Jugend Europas, das Vermächtnis der deutsch-französischen Freundschaft zu bewahren, zu pflegen und fortzuentwickeln.
Mittlerweile haben wir zwischen den Parlamenten, den Regierungen, öffentlichen Einrichtungen, den Armeen, den Städten und der Jugend ein dichtes Netzwerk der Kooperation etabliert:

– halbjährige deutsch-französische Gipfeltreffen,
– regelmäßige Ministertreffen,
– gemeinsame Sitzungen der Präsidien und der Fachausschüsse beider Parlamente,
– Personalaustausch von Mitarbeitern aus Ministerien und Parlamenten, – gemeinsame diplomatische Vertretungen und Kulturbüros im Ausland, – mehrere hundert Partnerschaften zwischen unseren Städten und Regionen,
– über acht Millionen Jugendliche aus beiden Ländern in Austauschprogrammen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes,
– die deutsch-französische Hochschule mit 5000 Studierenden und 142 Studiengängen,
– die Deutsch-Französische Brigade als integrierte militärische Einheit.

Deutschland und Frankreich haben als starke Wirtschaftsnationen in Europa, die zusammen über mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union verfügen und im Binnenmarkt eng verflochten sind, ein besonderes Interesse, aber auch besondere Möglichkeiten, die weitere Gestaltung der EU voranzubringen und Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union zu erhalten. Der Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion bilden damit die unverzichtbare wirtschaftliche Grundlage für ein starkes und politisch handlungsfähiges Europa. Wir müssen Lehren aus der schweren Finanzkrise ziehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen für den Erfolg des europäischen Modells im globalen Wettbewerb. Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung brauchen eine gemeinsame Wirtschafts- sowie eine eng abgestimmte Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik. Die Europäische Union muss außerdem ihre Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel und im Hinblick auf die Gewährleistung hoher Umweltschutzstandards fortführen.

I. Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale rufen dazu auf, die deutsch-französische Zusammenarbeit auch und gerade in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen für ein weiteres und tieferes Zusammenwachsen der Europäischen Union sowie ihre stärkere demokratische Verankerung zu nutzen. Dieses Zusammenwachsen darf nicht auf Wirtschafts- und Währungsfragen reduziert werden, sondern muss vor allem der Jugend in Europa eine neue Perspektive für Bildung, Beschäftigung und Wachstum geben.

II. Die Parlamente haben einen wesentlichen Anteil am Gelingen dieses Vorhabens und bekräftigen den Willen, in eine neue Etappe der Zusammenarbeit beider Parlamente einzutreten. Wir beabsichtigen, die Kooperation beider Parlamente weiter zu vertiefen:

1. Wir werden in regelmäßig stattfindenden Treffen der Präsidien, der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten, anderer Fachausschüsse und der Parlamentariergruppen der beiden Parlamente Fragen gemeinsamen Interesses, insbesondere die wichtigsten Themen der europäischen Agenda, behandeln.

2. Wir werden zu besonders wichtigen Themen, wie der Energiewende, Arbeitsgruppen mit Abgeordneten beider Parlamente bilden, wie in der Vergangenheit zu den Themen Jugend, kulturelle Vielfalt und Wirtschafts- und Finanzkrise.

3. Wir beauftragen die zuständigen Ausschüsse unserer Parlamente hinsichtlich des Beitritts von Kandidatenländern zur Europäischen Union insbesondere vor dem Beginn und zum Abschluss von Beitrittsverhandlungen gemeinsame Stellungnahmen zu erarbeiten.

4. Wir werden unseren Einsatz bei der Begleitung von im demokratischen Wandel befindlichen Ländern verstärken, gegebenenfalls auch durch gemeinsame Delegationsreisen unserer beiden Parlamente, und parlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern entwickeln, die dies wünschen.

5. Wir ermutigen zum Zwecke der Vertiefung der interparlamentarischen Arbeit und der Stärkung eines demokratischen Raumes auf der Ebene der Union die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der beiden Parlamente.

6. Wir werden die Zusammenarbeit auch auf der Ebene der Parlamentsverwaltungen stärken. Insbesondere werden wir den regelmäßigen, auch längerfristigen Austausch von Mitarbeitern beider Parlamente fortführen.

7. Wir ergänzen in enger Abstimmung mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk die in beiden Parlamenten bestehenden Jugendprogramme durch regelmäßige Treffen von jungen Menschen aus Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern. Diese Initiativen können auch in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament durchgeführt werden.

8. Wir setzen uns ein für die Weiterentwicklung von Schulaustauschprogrammen, die intensive Förderung des gegenseitigen Spracherwerbs ab dem Kindergarten/der école maternelle, sowie für die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der integrierten Studiengänge und zwischen den Universitäten. Wir fördern den Einsatz ehrgeiziger europäischer Politiken zugunsten der Beschäftigung junger Menschen und für den Studierendenaustausch im Hochschulbereich, insbesondere durch Stärkung der Erasmus- und Sokrates-Programme.

9. Wir setzen uns für die Verabschiedung von Maßnahmen ein, die den Austausch zwischen unseren beiden Völkern sowie das Leben unserer im jeweiligen Nachbarland ansässigen Mitbürger erleichtern, insbesondere im Bereich des Familienrechts, der Anerkennung der Abschlüsse und der beruflichen Qualifikationen sowie der schulischen und universitären Mobilität.

10. Wir fördern den Ausbau gemeinsamer Kulturinstitute sowie europäischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen außerhalb der Europäischen Union.

Weitere Informationen

[…]

Großes Glück

Klimatisch gesehen stellen Schnee und frostige Temperaturen die Organisatoren aus Berlin und Paris, die das Treffen monatelang minutiös vorbereitet haben, an diesem 22. Januar vor große Herausforderungen. Als der Großteil der Mitglieder der Assemblée nationale um 11.14 Uhr mit einem Airbus 340, einem der Symbole deutsch-französischer Zusammenarbeit, in Berlin landet, sind die Stimmung und die Vorfreude auf das große Ereignis bereits bestens. „Das ist wirklich ein geschichtsträchtiger Moment und ein großes Glück, diesen Tag hier gemeinsam erleben zu können“, sagt der Abgeordnete William Dumas aus dem Département Gard bei seiner Ankunft vor dem Westportal des Reichstagsgebäudes. Dann eilt auch er auf die Fraktionsebene im dritten Stock, wo sich die politischen Gruppierungen treffen.

Zeit für ein erstes Kennenlernen oder die Wiederbegegnung mit deutschen Kollegen. Viele der Abgeordneten kennen sich aus der gemeinsamen Arbeit etwa der Europa- und Verteidigungsausschüsse oder aus den halbjährlich stattfindenden deutsch-französischen Regierungskonsultationen – ein wichtiger Teil des Élysée-Vertrages, aber auch der gemeinsamen Erklärung beider Länder aus dem Jahr

Mehr als eine runde Zahl

Deutsche und französische Abgeordnete begehen gemeinsames Jubiläum in Berlin
aus: Das Parlament Nr. 6/7

2003. Sie wurde verabschiedet, als die deutschen Parlamentarier den 40. Jahrestag des Vertrages mit ihren französischen Kollegen in Versailles begingen.

Gegeneinladung

Zehn Jahre später sitzen einige von ihnen wieder gemeinsam an runden, festlich gedeckten Tischen an einem Ort, der mit seiner nüchternen Moderne kaum gegensätzlicher wirken könnte als das Schloss von Versailles, aber doch auch voller Symbolik ist: der Halle des Paul-Löbe-Hauses. In dem großen kathedralenförmigen Bau dominieren eigentlich Beton, Glas und Metall. An diesem Tag geben die festlich in cremefarben gehaltenen Tische, der rote Teppichboden und das warme Licht dem Raum eine festliche, fast heitere Atmosphäre. Von der großen Halle des Paul-Löbe-Hauses schaut man auf der einen Seite auf das Bundeskanzleramt, das nach der Wiedervereinigung gebaut wurde. Auf der anderen Seite fällt der Blick auf die Spree, wo auf der gegenüberliegenden Uferseite einst die Mauer mit Stacheldraht, Kolonnenwegen und Beobachtungstürmen verlief. „Dieser Saal zeigt, dass Menschen, Männer und Frauen, die Geschichte verändern können“, sagt der französische Parlamentspräsident Claude Bartolone beim gemeinsamen Mittagessen. Ein Hauch von Geschichte weht auch, als deutsche und französische Abgeordnete nach dem Essen im Plenarsaal Platz nehmen. Er ist eigens für den Festakt neu umgebaut worden. Die traditionelle blaue Bestuhlung nach Fraktionen wurde durch schwarze, leichter wirkende Stuhlreihen ersetzt. Hinter dem Rednerpult haben an diesem Nachmittag die beiden Parlamentspräsidenten, der Direktor beim Bundestag, Horst Risse, und seine französische Kollegin, Corinne Luquiens, Platz genommen. Ein französischer Plenarassistent mit weißer Fliege und elegantem schwarzen Frack gießt für den ersten Redner ein Glas Wasser ein.

Die Abgeordneten im Saal stehen dort in deutsch-französischen Grüppchen beieinander, Küsschen links und Küsschen rechts, viele machen noch schnell ein Erinnerungsfoto mit der Handykamera, bevor um 14.16 Uhr der Gong ertönt. Alles erhebt sich, und spontaner Applaus kommt auf. Die beiden Parlamentspräsidenten sowie Bundespräsident Joachim Gauck, Frankreichs Staatspräsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel werden kurz darauf mit ande-

ren Vertretern der Verfassungsorgane zu einer Sonderstuhlreihe geleitet. Dann ein kurzer Moment der Stille, der spüren lässt, dass dies keine Sitzung wie jede andere ist. „Wer ein Gespür für die Bedeutung von 50 Jahren in der jüngeren europäischen Geschichte hat, kann das nicht nur für eine runde Zahl oder ein beliebiges Ereignis halten“, sagt der Bundestagspräsident zur Begrüßung.

Er erinnert daran, dass es in jeder langjährigen stabilen Beziehung „Phasen der Leidenschaft und der Vernunft“ gebe. Im Augenblick befänden sich beide Länder eher in einer „Phase der leidenschaftlichen Vernunft als der romantischen Verliebtheit“. Lammert stellt fest: „Das muss kein Nachteil sein.“ Mit der Normalisierung der Beziehungen könne man „sehr gut leben, besser als jemals zuvor in der deutschen Geschichte“.

Auch der französische Staatspräsident ruft ins Gedächtnis, dass „Deutschlands und Frankreichs Schicksale“ eng miteinander verbunden sind. Neben der Vergangenheit mahnt er „neue Perspektiven“ für die Zukunft an. Die Jugend und das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) spielten dabei für die beiderseitigen Beziehungen eine ganz besondere Rolle. Denn, warnt Hollande, „der Jugend droht die Krise“, und er kündigt eine weitere Harmonisierung der Berufsbildungssysteme beider Länder an.

Um die deutsch-französische Freundschaft zu erhalten, bedarf es nach Meinung von Bundeskanzlerin Merkel immer auch der „Neugier auf den Nachbarn“. „Diese Neugier muss erhalten bleiben, von Generation zu Generation weitergeben werden“, fordert sie. Denn ein Vertrag könne eben nicht „befehlen, sich für den anderen zu interessieren“. Deutschland und Frankreich verspürten auch in Zukunft „eine gemeinsame Verantwortung, einmal für unsere beiden Länder, aber immer im Kontext von Europa“, sagt sie.

Auch Claude Bartolone ist sich sicher, man könne sich nur gemeinsam weiterentwickeln. Entscheidend sei dabei vor allem, das europäische Integrationsprojekt voranzubringen: „Die Seele unserer Freundschaft ist Europa.“ Angesichts der aktuellen Diskussion um die Eurokrise fordert er aber auch mehr Wachstum: „Ohne Rückkehr zum Wachstum erreichen wir nichts in Europa.“ Wie viel in den

beiderseitigen Beziehungen schon erreicht wurde, wo aber noch vieles verbessert werden kann, zeigt auch die anschließende Aussprache, in der unter anderem die Vorsitzenden aller Fraktionen beider Parlamente zu Wort kommen. Danach nehmen die Parlamentarier die gemeinsame Erklärung (17/12100) an, in der Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit beider Länder festgelegt sind. Während die vorherige Debatte schon fast an den politischen Alltag erinnert, kommt beim letzten Teil der Sitzung das auf, was im parlamentarischen Geschäft selten zu erleben ist: ein Moment des Innehaltens – und auch der Rührung. Sie ist einigen der Abgeordneten ins Gesicht geschrieben, als sie in Begleitung von fünf Bläsern erst die Marseillaise und dann die deutsche Nationalhymne singen.

Kraft der Musik

Die verbindende Kraft der Musik empfinden viele Abgeordnete noch einmal beim anschließenden Konzert auf Einladung von Bundespräsident Joachim Gauck in der Berliner Philharmonie. Neben Beethovens Ouvertüre zu Goethes „Egmont“ erklingt dort Camille Saint-Saëns’ „Orgelsinfonie“. Beides Stücke, in denen Trauer und Freude, Zorn und Zärtlichkeit zum Ausdruck kommen – Musik, die bei vielen der Zuhörer ihre ganz persönliche deutsch-französische Geschichte zum Klingen bringt.

Der Bundespräsident wendet sich in seiner Rede vor allem an die anwesenden 150 deutschen und französischen Jugendlichen – Enkel und Urenkel der deutsch-französischen Freundschaft. Er freue sich, dass sie sich Krieg nicht mehr vorstellen könnten. „Politik kann und darf Geschichte nicht löschen“, mahnt Gauck. Sie könne aber „Widersprüche zähmen, Verbindendes entdecken und stärken, Gemeinsamkeiten gestalten“. „Politik kann Raum schaffen für Begegnung, für Heilung und Versöhnung.“

In diesem Sinne bittet er, an die Mitglieder der Assemblée nationale gewandt, eines als Gewissheit mit nach Paris zu nehmen: „Ja, wir Deutschen wollen Europa. Und eines ist sicher, wir wollen es immer und nur in tiefer und fester Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland.“
Annette Sach

Claude Bartolone, Präsident der Assemblée nationale, Bundestagspräsident Norbert Lammert, François Hollande, Präsident der Französischen Republik, (vorne v. l.) sowie Premierminister Jean-Marc Ayrault, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck (dahinter v. l.).

Le Président de l’Assemblée nationale Claude Bartolone, le Président du Bundestag Norbert Lammert, le Président de la République française François Hollande (premier plan, de g. à dr.), le Premier Ministre Jean-Marc Ayrault, la Chancelière fédérale Angela Merkel et le Président fédéral Joachim Gauck (deuxième plan, de g. à dr.)

Sie führen ein anderes Leben, sprechen verschiedene Sprachen und gehören unterschiedlichen politischen Lagern an. Auf den ersten Blick haben der französische Abgeordnete Matthias Fekl (PS) und sein deutscher Kollege Andreas Mattfeldt (CDU/CSU) nicht viele Gemeinsamkeiten. Dennoch eint beide eines: mit ihren deutsch-französischen Wurzeln und binationalen Familiengeschichten sind sie „Kinder des Élysée-Vertrages“ – ohne den Schulterschluss beider Länder wären ihre Leben anders verlaufen.

Besonderer Vertrag

Andreas Mattfeldt ist sich sogar ganz sicher: „Ohne den Élysée-Vertrag würde es mich nicht geben. Das ist definitiv so“, sagt er. Sein Vater kam 1968 im Rahmen einer Städtepartnerschaft nach Deutschland. Dort lernte er seine Mutter kennen und lieben. Im Jahr darauf, 1969, wurde Mattfeldt in Verden an der Aller geboren. Seinen Vater und seine französische Familie hat der Industriekaufmann aber erst 35 Jahre später „kennen-, schätzen und lieben gelernt“.

Kinder des Élysée-Vertrages

Die Abgeordneten Andreas Mattfeld und Matthias Fekl erleben die deutsch-französischen Beziehungen auf sehr persönliche Weise – in ihren Familien
aus: Das Parlament Nr. 6/7

Auch Matthias Fekl wurde in Deutschland geboren, 1977 in Frankfurt am Main. Seine französische Mutter und sein deutscher Vater vermittelten ihm schon früh die Liebe zum Nachbarland jenseits des Rheins. Kindheit und Jugend verbrachte Fekl in West-Berlin. Eines der prägendsten Ereignisse deutscher Geschichte, den Fall der Mauer, hat er dort selber erlebt: „Am Morgen danach habe ich mit meinem Vater und meinem Bruder als Mauerspecht kleine Teile von der Mauer abgeschlagen“, erinnert er sich. Umso interessanter ist, wo Fekl seine Heimat sieht: „Ich fühle mich einfach als Franzose, auch wenn ich die doppelte Staatsbürgerschaft habe“, sagt er.

Klassischer Karriereweg

Ein Beweis dafür ist auch sein klassisch französischer Karriereweg: Nach dem Abitur in Berlin studierte er an mehreren französischen Elite-Universitäten und entschied sich für die Laufbahn eines Verwaltungsrichters. Als leitender Mitarbeiter und Berater, unter anderem vom französischen Senatspräsidenten Jean-Pierre Bel, lernte er das politische Geschäft von der Pike auf, sowohl in Paris, aber auch in der so genannten Provinz, seinem heutigen Wahlkreis Lot-et-Garonne im Süden Frankreichs.

Mehr als 1.500 Kilometer nördlich hat Andreas Mattfeldt seine politische Karriere begonnen. Nach dem Abitur und einer Ausbildung zum Industriekaufmann arbeitete er mehrere Jahre lang in der Lebensmittelindustrie. 1990 trat der Vater zweier Töchter in die CDU ein. Seit 2009 sitzt er für die Partei im

Bundestag. Sein französischer Vater, ein Journalist, hat ihm dabei geholfen, auch wenn der eigentlich ein Anhänger von Präsident Hollande ist. Beide diskutieren gerne und leidenschaftlich über Politik. Nicht immer sind sie einer Meinung, „aber er hilft dabei im Wahlkampf, meine Bilder aufzuhängen. Da sind eben die Familienbande“, sagt Mattfeldt.

Dabei erinnert er sich vor allem auch an seinen französischen Großvater. „Als er bei einem Familienfest neben mir saß, waren alle verwundert, in welch gutem Deutsch er mit mir sprach.“ Der Großvater erzählte, dass er in den ersten Kriegswochen gefangen und zur Zwangsarbeit nach Thüringen geschickt worden war. In solchen Momenten denkt Mattfeldt, dass sich sein deutscher und sein französischer Großvater im Krieg hätten begegnen und töten können. „Das hat schon etwas unwirkliches, wenn man heute darüber nachdenkt“, sagt er. Auch für Fekl hat die Erinnerung an die Geschichte eine starke Bedeutung. Er ist überzeugt: „Gedenkfeiern wie die zum Élysée-Vertrag sind wichtig und starke politische Zeichen. Aber sie sind nicht ausreichend.“ Seiner Meinung nach braucht das deutsch-französische Verhältnis „starke neue Initiativen“. Als ein solches Projekt kann er sich beispielsweise einen deutsch-französischen Zivildienst vorstellen. Aber auch im Bereich der Forschung und in Fragen der Energiepolitik sieht der junge französische Parlamentarier eine Menge neues Potenzial.

Der deutsche Abgeordnete Andreas Mattfeldt (CDU/CSU) ist seit 2009 Mitglied des Bundestages.

Andreas Mattfeldt est membre du groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag depuis 2009.

Seite an Seite

Gerade die Energiepolitik ist für den Abgeordneten Mattfeldt ein Beispiel dafür, dass es trotz vieler bereits bestehender Kontakte zwischen beiden Ländern noch viel Erklärungsbedarf gibt. Sein französischer Vater etwa verstehe die „deutsche Angst gegenüber der Kernkraft überhaupt nicht", erzählt er. Auch die Frage einer Rentenreform wird diesseits und jenseits des Rheins ganz anders diskutiert.

Trotz mancher Meinungsunterschiede „gibt es zwischen beiden Ländern einen enormen Vertrauensvorschuss, weil wir gleiche Interessenlagen haben", weiß Mattfeldt. Frankreich wisse, gerade auch mit Blick auf die Situation in Mali, „dass sie uns in jedem Fall an ihrer Seite wissen". Und auch Fekl ist sich sicher: „Keine unserer beiden Nationen kann die Herausforderung der Zukunft alleine regeln. Zu zweit können Deutschland und Frankreich viel mehr erreichen."
Alexander Heinrich/Annette Sach

Der französische Abgeordnete Matthias Fekl (PS) ist seit 2012 Mitglied der Assemblée nationale.

Depuis 2012, Matthias Fekl est membre du groupe SRC à l'Assemblée nationale.

22.1.1963 Bundeskanzler Konrad Adenauer und Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle unterzeichnen im Pariser Élysée-Palast den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit – den „Élysée-Vertrag“. Die Vertragspartner vereinbaren regelmäßige Treffen der Regierungsvertreter, die Absprache in der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit in der Kultur- und Jugendpolitik. In einer zusätzlichen Erklärung werden die Ziele benannt: die Aussöhnung der in jahrhundertelanger „Erbfeindschaft“ verbundenen Staaten, die Begründung einer echten Freundschaft zwischen den beiden Völkern, insbesondere der Jugend, und der Aufbau eines einigen Europas. Dem Vertrag vorausgegangen waren mehrere Initiativen zur Zusammenarbeit in Europa: 1952 wurde die Montanunion ins Leben gerufen, die auf dem Schuman-Plan für eine Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion fußte. Im Januar 1958 traten die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Kraft.

4./5.7.1963 Bei den ersten deutsch-französischen Konsultationen in Bonn wird die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) beschlossen. Seither haben etwa acht Millionen Deutsche und Franzose an rund 300.000 Austauschprogrammen und Begegnungen teilgenommen.

Chronik

aus: Das Parlament Nr. 6/7

10.2.1972 Beide Seiten vereinbaren die Einrichtung deutsch-französischer Gymnasien und die Schaffung des deutsch-französischen Abiturs („AbiBac“). Die gegenseitige Anerkennung der „Allgemeinen Hochschulreife“ und des französischen „baccalauréat“ folgt 1986.

11.10.1983 Erstes Deutsch-Französisches Jugendparlament: Rund 100 junge Deutsche und Franzosen diskutieren mit Abgeordneten aus Bundestag und Assemblée nationale.

22.9.1984 Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl gedenken in Verdun gemeinsam der in beiden Weltkriegen gefallenen deutschen und französischen Soldaten.

22.1.1988 Anlässlich des 25. Jahrestages wird der Élysée-Vertrag um Zusatzprotokolle erweitert, die unter anderem zur Gründung eines gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsrats, eines Umwelt- und Kulturrats sowie eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats führen.

30.5.1992 Der von Deutschland und Frankreich ins Leben gerufene Fernsehsender „Arte“ mit Sitz in Straßburg geht auf Sendung.

5.1.1993 Das Eurocorps nimmt seinen Dienst am offiziellen Sitz in Straßburg auf, ihm gehören zu Beginn 40.000 Soldaten aus Deutschland und Frankreich an.

21.2.1998 In Posen treffen sich erstmals die Präsidenten Frankreichs und Polens und der deutsche Bundeskanzler im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“.

22.1.2003 Am 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages findet das erste Treffen des Deutsch-Französischen Ministerrates im Élysée-Palast statt. Seither kommen halbjährlich die Kabinette beider Staaten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Höhepunkt der Feierlichkeiten ist die erste gemeinsame Sitzung der Abgeordneten der Assemblée nationale und des Bundestages in Versailles. Unter anderem beschließen die Abgeordneten dort regelmäßige gemeinsame Präsidiumssitzungen, eine stärkere Kooperation von Ausschüssen sowie den Austausch von Beamten.

8.7.2012 Bei einer Gedenkfeier in der Kathedrale von Reims erinnern Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident François Hollande an einen wichtigen symbolischen Akt der deutsch-französischen Freundschaft vor 50 Jahren. In der Kathedrale von Reims hatten am 8. Juli 1962 die beiden Staatsmänner de Gaulle und Adenauer gemeinsam an einer Messe teilgenommen und damit ihren Willen zur Versöhnung bekräftigt.
Alexander Heinrich

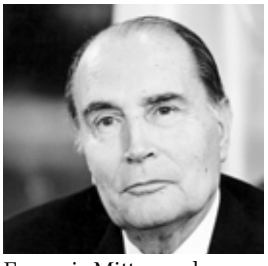
Konrad Adenauer

Helmut Kohl

Gerhard Schröder

Angela Merkel

Charles de Gaulle


François Mitterrand

Jacques Chirac

François Hollande

www.bundestag.de
Internetauftritt des Deutschen Bundestages.

www.bundestag.de/htdocs_f/index.html
Französische Version des Internetauftritts des Bundestages.

www.bundestag.de/kulturundgeschichte/parlamentspreise/dt_fr_preis/index.html
Internetseite des deutsch-französischen Parlamentspreises des Bundestages.

www.assemblee-nationale.fr
Internetauftritt der Assemblée nationale.

www.assemblee-nationale.fr/14/evenements/50ans.asp
Artikel „50e anniversaire du Traité de l'Élysée“ und Videos zu den Jubiläumsfeierlichkeiten auf der Internetseite der Assemblée nationale.

www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&ids=2085900&instance=m187&mask=search&contentArea=details
Videobeitrag über die Feierlichkeiten zu den Jubiläen 1973 bis 2003.

Informationen im Internet

www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41394955_kw45_50_jahre_elysee/index.html
Artikel über das „Goldene Jubiläum“ des Élysée-Vertrages.

www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&ids=2119530&instance=m187&mask=search&contentArea=details
Videobeitrag über die Eröffnung der Doppelausstellung „Gebogene Neonlichtbänder und Collagen aus Murmeln“ mit Werken des Franzosen François Morellet und der Berlinerin Gunda Förster im Kunst-Raum des Bundestages.

www.das-parlament.de/2013/01-03
Artikel „Ein Erfolgsmodell wird 50“ und Sonderthema zum Jubiläum des Élysée-Vertrages in „Das Parlament“.

www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2013/01/2013-01-22-deu-franz-erlkaerung.html
Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée-Vertrages (Pressemitteilung der Bundesregierung) als Download.

Impressionen des Tages
Impressions de la journée

Der Plenarsaal des Bundestages im Reichstagsgebäude wird so umgebaut, dass alle Abgeordneten der Assemblée nationale und des Deutschen Bundestages einen Sitzplatz finden.

La salle plénière du Bundestag, dans le bâtiment du Reichstag, est transformée de manière à pouvoir accueillir l'ensemble des députés de l'Assemblée nationale et du Bundestag allemand.

Bundestagspräsident Norbert Lammert im Gespräch mit deutschen und französischen Jugendlichen.

Le Président du Bundestag Norbert Lammert débat avec des jeunes allemands et français.

Jurysitzung für den deutsch-französischen Parlamentspreis.

Séance du jury du Prix parlementaire franco-allemand.

Bundestagspräsident Norbert Lammert und der Präsident der Assemblée nationale, Claude Bartolone, (v. l.) beim bilateralen Präsidententreffen im Reichstagsgebäude.

Le Président du Bundestag Norbert Lammert (g.) et le Président de l'Assemblée nationale Claude Bartolone (dr.) lors de la rencontre bilatérale des Présidents dans le bâtiment du Reichstag.

Deutsche und französische Plenarassistenten während der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Assemblée nationale.

Des huissiers de séance allemands et français durant la séance commune du Bundestag et de l'Assemblée nationale.

Das Reichstagsgebäude in Berlin, Tagungsort der gemeinsamen Sitzung.

Le bâtiment du Reichstag à Berlin, où se tient la séance commune du Bundestag et de l'Assemblée nationale.

Sicherheitskontrolle im Vorfeld der gemeinsamen Sitzung.

Contrôle de sécurité avant l'ouverture de la séance commune.

Französische Abgeordnete fotografieren das Reichstagsgebäude.

Des députés français photographient le bâtiment du Reichstag.

Die Fahne der Europäischen Union, die Tricolore und die deutsche Fahne am Osteingang des Reichstagsgebäudes.

Le drapeau de l'Union européenne, le Tricolore français et le drapeau allemand devant l'entrée Est du bâtiment du Reichstag.

Aufbau für das Mittagsbankett in der Halle des Paul-Löbe-Hauses.

Aménagement du hall du bâtiment Paul-Löbe pour le déjeuner.

Gemeinsames Mittagsbankett in der Halle des Paul-Löbe-Hauses.

Déjeuner dans le hall du bâtiment Paul-Löbe.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (l.) und sein französischer Amtskollege Claude Bartolone (M.) im Gespräch mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (r).

Le Président du Bundestag Norbert Lammert et son homologue français Claude Bartolone en conversation avec l'ancien Président fédéral Richard von Weizsäcker (de g. à dr.).

Bundestagspräsident Norbert Lammert begrüßt Bundespräsident Joachim Gauck (v. l.) vor der gemeinsamen Sitzung.

Le Président du Bundestag Norbert Lammert (g.) accueille le Président fédéral Joachim Gauck (dr.) avant la séance commune.

Dienstwagen vor dem Reichstagsgebäude im Berliner Parlamentsviertel.

Les voitures officielles attendent devant le bâtiment du Reichstag, dans le quartier parlementaire de Berlin.

Am Ende der gemeinsamen Sitzung
singen alle die Nationalhymnen.

La séance commune s’achève par
les hymnes nationaux.

Die Abgeordneten auf dem Weg in die Philharmonie in Berlin; Bundespräsident Joachim Gauck hatte anlässlich des Jubiläums zu einem Konzert eingeladen.

Les députés se rendent à la Philharmonie de Berlin, à l'invitation du Président fédéral Joachim Gauck, pour un concert donné à l'occasion des 50 ans du Traité de l'Élysée.

Au revoir: Abflug der französischen Abgeordneten vom Berliner Flughafen Tegel.

Auf Wiedersehen : les députés français reprennent l'avion à l'aéroport de Berlin-Tegel.

Élysée-Vertrag
Traité de l’Élysée

Bundeskanzler Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, Präsident Frankreichs, unterzeichnen den Élysée-Vertrag am 22. Januar 1963 (v. l.).

Le Chancelier Konrad Adenauer (g.) et le Président de la République Charles de Gaulle (dr.) signant le « Traité de l'Élysée » le 22 janvier 1963.

Gemeinsame Erklärung

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer, und der Präsident der Französischen Republik, General de Gaulle, haben sich

- zum Abschluß der Konferenz vom 21. und 22. Januar 1963 in Paris, an der auf deutscher Seite der Bundesminister des Auswärtigen, der Bundesminister der Verteidigung und der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen; auf französischer Seite der Premierminister, der Außenminister, der Armeeminister und der Erziehungsminister teilgenommen haben,

- in der Überzeugung, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neugestaltet,

- in dem Bewußtsein, daß eine enge Solidarität die beiden Völker sowohl hinsichtlich ihrer Sicherheit als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, miteinander verbindet,

- angesichts der Tatsache, daß insbesondere die Jugend sich dieser Solidarität bewußt geworden ist, und daß ihr eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft zukommt,

- in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist,

mit der Organisation und den Grundsätzen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, wie sie in dem heute unterzeichneten Vertrag niedergelegt sind, einverstanden erklärt.

GESCHEHEN zu Paris am 22. Januar 1963 in zwei Urschriften in deutscher und französischer Sprache.

Der Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Adenauer

Der Präsident
der Französischen Republik

Ch. de Gaulle

VERTRAG
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Im Anschluss an die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Französischen Republik vom 22. Januar 1963 über die Organisation und die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wurden die folgenden Bestimmungen vereinbart :

I. Organisation

1. Die Staats- und Regierungschefs geben nach Bedarf die erforderlichen Weisungen und verfolgen laufend die Ausführung des im folgenden festgelegten Programms. Sie treten zu diesem Zweck zusammen, sooft es erforderlich ist und grundsätzlich mindestens zweimal jährlich.

2. Die Aussenminister tragen für die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit Sorge. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen. Unbeschadet der normalen Kontakte über die Botschaften treten diejenigen leitenden Beamten der beiden Aussenministerien, denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten obliegen, allmonatlich abwechselnd in Bonn und Paris zusammen, um den Stand der vorliegenden Fragen festzustellen und die Zusammenkunft der Minister vorzubereiten. Ferner nehmen die diplomatischen Vertretungen und die Konsulate der beiden Staaten sowie ihre ständigen Vertretungen bei den internationalen Organisationen die notwendige Verbindung in den Fragen gemeinsamen Interesses auf.

3. Zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten finden regelmässige Zusammenkünfte auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und der Jugendfragen statt. Sie beeinträchtigen in keiner Weise die Tätigkeit der bereits bestehenden Organe - Deutsch-Französische Kulturkommission, Ständige Gruppe der Generalstäbe -, deren Tätigkeit vielmehr erweitert wird. Die Aussenminister sind bei diesen Zusammenkünften vertreten, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten.

   a) Der Verteidigungs- und der Armeeminister treten wenigstens einmal alle drei Monate zusammen. Ferner trifft sich der französische Erziehungsminister in den gleichen Zeitabständen mit derjenigen Persönlichkeit, die auf deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen.

   b) Die Generalstabschefs beider Staaten treten wenigstens einmal alle zwei Monate zusammen; im Verhinderungsfalle werden sie durch ihre verantwortlichen Vertreter ersetzt.

   c) Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen oder sein Vertreter trifft sich wenigstens einmal alle zwei Monate mit dem französischen Hohen Kommissar für Jugend und Sport.

4. In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Aussenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht

darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren und in regelmässigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erstatten. Die Kommission hat ferner die Aufgabe, zweckmässige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben.

II. Programm

A. Auswärtige Angelegenheiten

1. Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Aussenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen. Diese Konsultation betrifft unter anderem folgende Gegenstände :

   - Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der europäischen politischen Zusammenarbeit;
   - Ost-West-Beziehungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich;
   - Angelegenheiten, die in der Nordatlantikvertragsorganisation und in den verschiedenen internationalen Organisationen behandelt werden und an denen die beiden Regierungen interessiert sind, insbesondere im Europarat, in der Westeuropäischen Union, in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen.

2. Die auf dem Gebiet des Informationswesens bereits bestehende Zusammenarbeit wird zwischen den beteiligten Dienststellen in Bonn und in Paris und zwischen den Vertretungen in Drittstaaten fortgeführt und ausgebaut.

3. Hinsichtlich der Entwicklungshilfe stellen die beiden Regierungen ihre Programme einander systematisch gegenüber, um dauernd eine enge Koordinierung durchzuführen. Sie prüfen die Möglichkeit, Vorhaben gemeinsam in Angriff zu nehmen. Da sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite mehrere Ministerien für diese Angelegenheit zuständig sind, wird es Sache der beiden Aussenministerien sein, die praktischen Grundlagen dieser Zusammenarbeit gemeinsam festzulegen.

4. Die beiden Regierungen prüfen gemeinsam die Mittel und Wege dazu, ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Marktes in anderen wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik, zum Beispiel der Land- und Forstwirtschaftspolitik, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportfragen, der industriellen Entwicklung ebenso wie der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken.

B. <u>Verteidigung</u>

I. Auf diesem Gebiet werden nachstehende Ziele verfolgt :

1. Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen. Es werden deutsch-französische Institute für

operative Forschung errichtet.

2. Der Personalaustausch zwischen den Streitkräften wird verstärkt; er betrifft insbesondere die Lehrkräfte und Schüler der Generalstabsschulen; der Austausch kann sich auf die zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten erstrecken. Zur Erleichterung dieses Austausches werden beide Seiten um den praktischen Sprachunterricht für das in Betracht kommende Personal bemüht sein.

3. Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren.

   Zu diesem Zweck untersuchen gemischte Kommissionen die in beiden Ländern hierfür betriebenen Forschungsvorhaben und nehmen eine vergleichende Prüfung vor. Sie unterbreiten den Ministern Vorschläge, die diese bei ihren dreimonatlichen Zusammenkünften prüfen und zu deren Ausführung sie die notwendigen Richtlinien geben.

II. Die Regierungen prüfen die Voraussetzungen, unter denen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann.

C. Erziehungs- und Jugendfragen :

Auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der Jugendfragen werden die Vorschläge, die in den französischen und deutschen Memoranden vom 19. September und 8. November 1962 enthalten sind, nach dem oben erwähnten Verfahren einer Prüfung unterzogen.

1. Auf dem Gebiet des Erziehungswesens richten sich die Bemühungen hauptsächlich auf folgende Punkte:

   a) Sprachunterricht

      Die beiden Regierungen erkennen die wesentliche

Bedeutung an, die der Kenntnis der Sprache des anderen in jedem der beiden Länder für die deutsch-französische Zusammenarbeit zukommt. Zu diesem Zweck werden sie sich bemühen, konkrete Massnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen.

Die Bundesregierung wird in Verbindung mit den Länderregierungen, die hierfür zuständig sind, prüfen, wie es möglich ist, eine Regelung einzuführen, die es gestattet, dieses Ziel zu erreichen.

Es erscheint angebracht, an allen Hochschulen in Deutschland einen für alle Studierenden zugänglichen praktischen Unterricht in der französischen Sprache und in Frankreich einen solchen in der deutschen Sprache einzurichten.

b) Frage der Gleichwertigkeit der Diplome

Die zuständigen Behörden beider Staaten sollen gebeten werden, beschleunigt Bestimmungen über die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, der Prüfungen, der Hochschultitel und -diplome zu erlassen.

c) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung

Die Forschungsstellen und die wissenschaftlichen Institute bauen ihre Verbindungen untereinander aus, wobei sie mit einer gründlicheren gegenseitigen Unterrichtung beginnen; vereinbarte Forschungsprogramme werden in den Disziplinen aufgestellt, in denen sich dies als möglich erweist.

2. Der deutschen und französischen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Insbesondere wird der Gruppenaustausch weiter ausgebaut.

Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht. Diesem Werk wird ein deutsch-französischer Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt, der der Begegnung und dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und jungen Arbeitern zwischen beiden Ländern dient.

III. Schlussbestimmungen

1. In beiden Ländern werden die erforderlichen Anordnungen zur unverzüglichen Verwirklichung des Vorstehenden getroffen. Die Aussenminister stellen bei jeder ihrer Zusammenkünfte fest, welche Fortschritte erzielt worden sind.

2. Die beiden Regierungen werden die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit laufend unterrichtet halten.

3. Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der die Verteidigung betreffenden Bestimmungen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

4. Die beiden Regierungen können die Anpassungen vornehmen, die sich zur Ausführung dieses Vertrages als wünschenswert erweisen.

5. Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald jeder der beiden Vertragschliessenden dem anderen mitgeteilt hat, dass die dazu erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Geschehen zu Paris am 22. Januar 1963
in zwei Urschriften, jede in deutscher
und französischer Sprache, wobei jeder
Wortlaut gleichermassen verbindlich ist.

Der Bundeskanzler
der Bundesrepublik
Deutschland

Der Präsident
der Französischen Republik

Der Bundesminister
des Auswärtigen der
Bundesrepublik Deutschland

Der französische
Premierminister

Der französische
Aussenminister

DECLARATION COMMUNE

Le Dr Konrad ADENAUER, Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne et le Général de GAULLE, Président de la République Française,

à l'issue de la conférence qui s'est tenue à Paris les 21 et 22 janvier 1963 et à laquelle ont assisté, du côté allemand, le Ministre des Affaires Etrangères, le Ministre de la Défense et le Ministre de la Famille et de la Jeunesse; du côté français, le Premier Ministre, le Ministre des Affaires Etrangères, le Ministre des Armées et le Ministre de l'Education Nationale,

Convaincus que la réconciliation du peuple allemand et du peuple français, mettant fin à une rivalité séculaire, constitue un événement historique qui transforme profondément les relations entre les deux peuples,

Conscients de la solidarité qui unit les deux peuples tant du point de vue de leur sécurité que du point de vue de leur développement économique et culturel,

.../.

Constatant en particulier que la jeunesse a pris conscience de cette solidarité et se trouve appelée à jouer un rôle déterminant dans la consolidation de l'amitié germano-française,

Reconnaissant qu'un renforcement de la coopération entre les deux pays constitue une étape indispensable sur la voie de l'Europe unie, qui est le but des deux peuples,

Ont donné leur accord à l'organisation et aux principes de la coopération entre les deux Etats, tels qu'ils sont repris dans le traité signé en date de ce jour./.

Fait à Paris, le 22 janvier 1963, en double exemplaire en langue allemande et en langue française.

Le Chancelier fédéral
de la République fédérale d'Allemagne,

Le Président
de la République Française,

T R A I T E

ENTRE LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

ET LA REPUBLIQUE FRANCAISE

SUR LA COOPERATION GERMANO-FRANCAISE

A la suite de la Déclaration Commune du Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne et du Président de la République Française en date du 22 janvier 1963, sur l'organisation et les principes de la coopération entre les deux Etats, les dispositions suivantes ont été agréées:

I - ORGANISATION.-

1 - Les Chefs d'Etat et de Gouvernement donneront en tant que de besoin les directives nécessaires et suivront régulièrement la mise en oeuvre du programme fixé ci-après. Ils se réuniront à cet effet chaque fois que cela sera nécessaire et, en principe, au moins deux fois par an.

2 - Les Ministres des Affaires Etrangères veilleront à l'exécution du programme dans son ensemble. Ils se réuniront au moins tous les trois mois. Sans préjudice des contacts normalement établis par la voie des Ambassades, les hauts fonctionnaires des deux Ministères des Affaires Etrangères, chargés respectivement des affaires

.../.

politiques, économiques et culturelles, se rencontreront chaque mois alternativement à Bonn et à Paris pour faire le point des problèmes en cours et préparer la réunion des Ministres. D'autre part, les missions diplomatiques et les consulats des deux pays ainsi que leurs représentations permanentes auprès des organisations internationales prendront tous les contacts nécessaires sur les problèmes d'intérêt commun.

3 - Des rencontres régulières auront lieu entre autorités responsables des deux pays dans les domaines de la défense, de l'éducation et de la jeunesse. Elles n'affecteront en rien le fonctionnement des organismes déjà existants - Commission Culturelle Germano-Française, Groupe Permanent d'Etat-Major - dont les activités seront au contraire développées. Les Ministres des Affaires Etrangères seront représentés à ces rencontres pour assurer la coordination d'ensemble de la coopération.

a) Les Ministres de la Défense ou des Armées se réuniront au moins une fois tous les trois mois. De même le Ministre français de l'Education Nationale rencontrera, suivant le même rythme, la personnalité qui sera désignée du côté allemand pour suivre le programme de coopération sur le plan culturel.

b) Les Chefs d'Etat-Major des deux pays se réuniront au moins une fois tous les deux mois; en cas d'empêchement, ils seront remplacés par leurs représentants responsables.

c) Le Ministre fédéral de la Famille et de la Jeunesse ou son représentant rencontrera, au moins une fois tous les deux mois, le Haut Commissaire français à la Jeunesse et aux Sports.

4 - Dans chacun des deux pays, une commission interministérielle sera chargée de suivre les problèmes de la coopération. Elle sera présidée par un haut fonctionnaire

.../.

des Affaires Etrangères et comprendra des représentants de toutes les administrations intéressées. Son rôle sera de coordonner l'action des ministères intéressés et de faire périodiquement rapport à son Gouvernement sur l'état de la coopération germano-française. Elle aura également pour tâche de présenter toutes suggestions utiles en vue de l'exécution du programme de coopération et de son extension éventuelle à de nouveaux domaines.

II - PROGRAMME.-

1 - Les deux Gouvernements se consulteront, avant toute décision, sur toutes les questions importantes de politique étrangère, et en premier lieu sur les questions d'intérêt commun, en vue de parvenir, autant que possible, à une position analogue. Cette consultation portera entre autres sur les sujets suivants:

- problèmes relatifs aux communautés européennes et à la coopération politique européenne;
- relations Est-Ouest, à la fois sur le plan politique et sur le plan économique;
- affaires traitées au sein de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et des diverses organisations internationales auxquelles les deux Gouvernements sont intéressés, notamment le Conseil de l'Europe, l'Union de l'Europe Occidentale, l'Organisation de Coopération et de Développement Economique, les Nations-Unies et leurs institutions spécialisées.

2 - La collaboration, déjà établie dans le domaine de l'information, sera poursuivie et développée entre les services intéressés à Bonn et à Paris et entre les Missions dans les pays tiers.

.../.

3 - En ce qui concerne l'aide aux pays en voie de développement, les deux Gouvernements confronteront systématiquement leurs programmes en vue de maintenir une étroite coordination. Ils étudieront la possibilité d'entreprendre des réalisations en commun. Plusieurs départements ministériels étant compétents pour ces questions, du côté allemand comme du côté français, il appartiendra aux deux Ministères des Affaires Etrangères de déterminer ensemble les bases pratiques de cette collboration.

4 - Les deux Gouvernements étudieront en commun les moyens de renforcer leur coopération dans d'autres secteurs importants de la politique économique, tels que la politique agricole et forestière, la politique énergétique, les problèmes de communications et de transports et le développement industriel, dans le cadre du Marché Commun, ainsi que la politique des crédits à l'exportation.

B) Défense.

I - Les objectifs poursuivis dans ce domaine seront les suivants:

1 - Sur le plan de la stratégie et de la tactique, les autorités compétentes des deux pays s'attacheront à rapprocher leurs doctrines en vue d'aboutir à des conceptions communes. Des instituts germano-français de recherche opérationnelle seront créés.

2 - Des échanges de personnel entre les armées seront multipliés; ils concerneront en particulier les professeurs et les élèves des Ecoles d'Etat-Major; ils pourront comporter des détachements temporaires d'unités entières. Afin de faciliter ces échanges, un effort sera fait de part et d'autre pour l'enseignement pratique des langues chez les stagiaires.

.../.

3 - En matière d'armements, les deux Gouvernements s'efforceront d'organiser un travail en commun dès le stade de l'élaboration des projets d'armements appropriés et de la préparation des plans de financement.

A cette fin, des Commission mixtes étudieront les recherches en cours sur ces projets dans les deux pays et procèderont à leur examen comparé. Elles soumettront des propositions aux Ministres qui les examineront lors de leurs rencontres trimestrielles et donneront les directives d'application nécessaires.

II - Les Gouvernements mettront à l'étude les conditions dans lesquelles une collaboration germano-française pourra être établie dans le domaine de la défense civile.

C) Education et Jeunesse.-

En matière d'éducation et de jeunesse, les propositions contenues dans les memoranda français et allemand des 19 septembre et 8 novembre 1962 seront mises à l'étude, selon les procédures indiquées plus haut.

1 - Dans le domaine de l'éducation, l'effort portera principalement sur les points suivants:

a) Enseignement des langues:

Les deux Gouvernements reconnaissent l'importance essentielle que revêt pour la coopération germano-française la connaissance dans chacun des deux pays de la langue de l'autre. Ils s'efforceront, à cette fin, de prendre des mesures concrètes en vue d'accroître le nombre des élèves allemands apprenant la langue française et celui des élèves français apprenant la langue allemande.

Le Gouvernement fédéral examinera, avec les Gouvernements des LÄnder, compétents en la matière, comment il est possible d'introduire une réglementation qui permette d'atteindre cet objectif.

.../.

Dans tous les établissements d'enseignement supérieur, il conviendra d'organiser un enseignement pratique de la langue allemande en France et de la langue française en Allemagne, qui sera ouvert à tous les étudiants.

b) Problème des équivalences.

Les autorités compétentes des deux pays seront invitées à accélérer l'adoption des dispositions concernant l'équivalence des périodes de scolarité, des examens, des titres et diplômes universitaires.

c) Coopération en matière de recherche scientifique.

Les organismes de recherches et les instituts scientifiques développeront leurs contacts en commençant par une information réciproque plus poussée; des programmes de recherches concertées seront établis dans les disciplines où cela se révèlera possible.

2- Toutes les possibilités seront offertes aux jeunes des deux pays pour resserrer les liens qui les unissent et pour renforcer leur compréhension mutuelle. Les échanges collectifs seront en particulier multipliés.

Un organisme destiné à développer ces possibilités et à promouvoir les échanges sera créé par les deux pays avec, à sa tête, un conseil d'administration autonome. Cet organisme disposera d'un fonds commun germano-français qui servira aux échanges entre les deux pays d'écoliers, d'étudiants, de jeunes artisans et de jeunes travailleurs.

III - DISPOSITIONS FINALES.-

1 - Les directives nécessaires seront données dans chaque pays pour la mise en oeuvre immédiate de ce qui précède. Les Ministres des Affaires Etrangères feront le point des réalisations acquises à chacune de leurs rencontres.

2 - Les deux Gouvernements tiendront les Gouvernements des autres Etats membres des communautés européennes in-

.../.

formés du développement de la coopération germano-française.

3 - A l'exception des clauses concernant la défense, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

4 - Les deux Gouvernements pourront apporter les aménagements qui se révèleraient désirables pour la mise en application du présent Traité.

5 - Le présent Traité entrera en vigueur dès que chacun des deux Gouvernements aura fait savoir à l'autre que, sur le plan interne, les conditions nécessaires à sa mise en oeuvre ont été remplies.

Fait à Paris, le 22 janvier 1963, en double exemplaire en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Le Chancelier fédéral
de la République fédérale d'Allemagne,

Le Président
de la République Française,

Le Ministre fédéral des Affaires Etrangères de la République fédérale d'Allemagne,

Le Premier Ministre Français,

Le Ministre français des Affaires Etrangères,

ÉLYSÉE-VERTRAG
TRAITÉ DE L'ÉLYSÉE
50
Einladung

Der Präsident
des Deutschen Bundestages

ASSEMBLÉE NATIONALE

Der Präsident
der Assemblée nationale

laden Sie zu einer gemeinsamen Sitzung mit Ansprachen
des Staatspräsidenten der Französischen Republik und
der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages
am Dienstag, dem 22. Januar 2013,
um 14.15 Uhr im Reichstagsgebäude in Berlin ein.

Bitte beachten Sie die Hinweise auf der Rückseite.

Le Président
du Bundestag allemand

ASSEMBLÉE NATIONALE

Le Président
de l'Assemblée nationale

ont l'honneur de vous inviter à la séance commune au cours de laquelle
le Président de la République française et
la Chancelière de la République fédérale d'Allemagne
prendront la parole,
à l'occasion du 50e anniversaire de la signature du Traité de l'Élysée,
le mardi 22 janvier 2013,
à 14 h 15, dans le bâtiment du Reichstag, à Berlin.

Veuillez consulter les indications au verso.

Les 50 ans du Traité de l'Élysée – 50 ans d'amitié franco-allemande

La France et l'Allemagne ont célébré le cinquantenaire du Traité de l'Élysée par la proclamation d'une année franco-allemande et à travers de nombreuses manifestations. Dans la salle plénière du bâtiment du Reichstag, à Berlin, l'Assemblée nationale française, le Bundestag allemand et les gouvernements des deux pays ont célébré l'amitié franco-allemande. 50 ans plus tôt, le 22 janvier 1963, le Président de la République Charles de Gaulle et le Chancelier fédéral Konrad Adenauer signaient au Palais de l'Élysée le « Traité entre la République française et la République fédérale d'Allemagne sur la coopération franco-allemande », connu comme Traité de l'Élysée.

Une étape essentielle vers l'entente franco-allemande

Après les guerres effroyables et les rivalités irréconciliables, le Traité de l'Élysée constitua un moment essentiel dans la politique d'entente franco-allemande. Il avait été précédé d'étapes importantes de rapprochement, comme le Plan Schuman de 1950, qui déboucha sur la création de la Communauté européenne du charbon et de l'acier en 1951, et le traité sur la Sarre, qui conduisit en 1956 à l'intégration politique de la Sarre dans la République fédérale d'Allemagne. Dans le Traité de l'Élysée, de Gaulle et Adenauer

s'assurèrent mutuellement de leur conviction « que la réconciliation du peuple allemand et du peuple français, mettant fin à une rivalité séculaire, constitue un événement historique ». Le renforcement de la coopération entre les deux pays était considéré comme une étape indispensable sur la voie de l'Europe unie.

Consultations au plus haut niveau et travail avec la jeunesse

Le Traité de l'Élysée rend obligatoires les consultations – au plus haut niveau, entre le Président de la République et le Chancelier, mais aussi au niveau des ministres et des hauts fonctionnaires – sur les questions de politique étrangère et de sécurité et pour la politique de la jeunesse et de la culture. C'est surtout le travail autour de la jeunesse qui devait permettre de jeter des ponts pour l'avenir entre les deux pays. Dès juillet 1963, l'Office franco-allemand pour la jeunesse fut ainsi créé. Dans les années qui suivirent, on vit aussi apparaître les jumelages entre villes et associations, la coopération entre universités ou encore des entreprises communes, comme la chaîne de télévision Arte. Une brigade formée de soldats français et allemands fut également fondée.

Des retrouvailles solennelles dans le bâtiment du Reichstag

Dans les années 1970, le Président Valéry Giscard d'Estaing et le Chancelier Helmut Schmidt renforcèrent l'unification européenne par des initiatives telles que la création du Conseil européen et du système monétaire européen. En 1988, le Chancelier Helmut Kohl et le Président François Mitterrand complétèrent le Traité par deux protocoles additionnels, qui créaient un Conseil économique et financier franco-allemand et un Conseil franco-allemand de défense et de sécurité.

Le 22 janvier 2003, les parlements célèbrent le quarantième anniversaire du Traité de l'Élysée à travers un événement exceptionnel : une séance commune de l'Assemblée nationale et du Bundestag allemand à Versailles, et la réunion d'un Parlement franco-allemand de la jeunesse, à Berlin, le 23 janvier. Dix ans plus tard, le 22 janvier 2013, le bâtiment du Reichstag à Berlin a été le théâtre de la rencontre des deux parlements et des deux gouvernements. L'Allemagne et la France ont commémoré le 50e anniversaire de la signature du Traité de l'Élysée par une séance commune du Bundestag et de l'Assemblée nationale, ainsi que par une série d'autres manifestations. Pour la première fois de son histoire, le Bundestag a accueilli l'ensemble des membres d'un parlement étranger.

Le Deutscher Dom, sur la place du Gendarmenmarkt à Berlin, illuminé aux couleurs franco-allemandes pour les 50 ans du Traité de l'Élysée.

Der Deutsche Dom am Berliner Gendarmenmarkt, festlich illuminiert aus Anlass des Jubiläums.

Ouverture de la séance
par le Professeur Norbert Lammert,
Président du Bundestag allemand

Allocution
de Monsieur François Hollande,
Président de la République française

Allocution
de Madame Angela Merkel,
Chancelière de la République fédérale
d'Allemagne

Introduction à la déclaration commune et ouverture du débat
par Monsieur Claude Bartolone,
Président de l'Assemblée nationale

Débat

Adoption de la déclaration commune

Hymnes nationaux

Programme de la séance commune du Bundestag allemand et de l'Assemblée nationale

Berlin, 22 janvier 2013

Claude Bartolone et le Président du Bundestag Norbert Lammert accueillent le Président François Hollande et la Chancelière Angela Merkel à l'entrée du bâtiment du Reichstag (de g. à dr.).

Claude Bartolone und Bundestagspräsident Norbert Lammert begrüßen Präsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel am Eingang des Reichstagsgebäudes (v. l.).

Séance commune du Bundestag allemand et de l'Assemblée nationale

Berlin, 22 janvier 2013

Monsieur le Président de la
République française *(en français)*,
Monsieur le Président de la
République fédérale d'Allemagne,
Madame la Chancelière,
Monsieur le Premier Ministre *(en français)*,
Monsieur le Président du Sénat *(en français)*,
Monsieur le Président du Bundesrat,
Monsieur le Président de la
Cour constitutionnelle fédérale,
chers collègues,
chers invités,

Au nom également du Président de l'Assemblée nationale, M. Claude Bartolone, je vous salue cordialement, toutes et tous, à la séance commune de l'Assemblée nationale et du Bundestag allemand dans le bâtiment du Reichstag à Berlin, à l'occasion du 50e anniversaire du Traité de l'Élysée du 22 janvier 1963.

50 années de Traité de l'Élysée, 50 années d'amitié franco-allemande : quiconque de sensible à ce que signifie un demi-siècle dans l'histoire européenne récente ne saurait y voir uniquement un chiffre rond ou même un événement quelconque. Le demi-siècle écoulé marque au contraire un tournant historique

« La bonne entente franco-allemande reste essentielle à l'avenir de l'Europe. »

Ouverture de la séance par le Professeur Norbert Lammert, Président du Bundestag allemand

fondamental dans les relations entre nos pays, dans l'histoire de l'Europe. C'est pourquoi j'ai très grand plaisir à saluer sur la tribune d'honneur M. Martin Schulz, Président du Parlement européen, ainsi que d'autres membres du Parlement européen en leur qualité de représentants de tous les Européens rassemblés au sein de l'Union.

Nous nous réjouissons de la participation d'ambassadeurs et d'envoyés d'un grand nombre de pays membres de la Communauté européenne ou lui étant extérieurs, de la participation de nombreux invités d'honneur, toutes et tous étant présents à mon esprit en même temps que je mentionne les noms de Richard von Weizsäcker et de Rita Süssmuth.

Mesdames, Messieurs, il y a dix ans, nos deux parlements se réunissaient à Versailles à l'invitation de nos amis français – noble geste de dépassement des humiliations historiques réciproques de 1871 et de 1919, associées de part et d'autre au nom de Versailles.

Aujourd'hui, nous siégeons à Berlin, capitale d'une Allemagne réunifiée dont l'unité étatique n'existerait pas sans la réconciliation entre nos deux pays. Depuis longtemps déjà, nous nous sommes accoutumés à une situation de paix permanente, d'amitié et de coopération au sein d'une Union européenne d'États démocratiques que les citoyens de nos pays, pour la plupart d'entre eux, considèrent depuis longtemps comme une évidence en soi parce qu'ils n'ont jamais connu de circonstances autres dans leur biographie personnelle.

En 1963, la première génération d'après-guerre n'était même pas encore arrivée à majorité. Konrad Adenauer et Charles de Gaulle ont signé le Traité – j'extrais cette citation de leur déclaration commune d'alors – en étant…

« … convaincus que la réconciliation du peuple allemand et du peuple français, mettant fin à une rivalité séculaire, constitue un événement historique qui transforme profondément les relations entre les deux peuples… »

Adenauer naquit peu d'années après la guerre franco-allemande de 1870/71. Comme lui, dans ce même laps de temps de 50 petites années, plusieurs générations de Français et d'Allemands connurent deux guerres mondiales aux conséquences désastreuses pour les deux pays. Aujourd'hui, les relations entre les deux peuples se sont profondément transformées. De même que par le passé l'Europe devait se disposer à la vieille rivalité qui surgissait toujours et à nouveau entre la France et

l'Allemagne, de même à l'avenir peut-elle et doit-elle s'appuyer en confiance sur le partenariat et la coopération entre ces deux grands pays voisins.

Qui entend mesurer l'importance de 50 années d'amitié entre deux pays considérés pendant des siècles en Europe comme des rivaux permanents ou même des ennemis héréditaires, devrait peut-être se remémorer les paroles proprement incantatoires de Winston Churchill au sortir de la Seconde Guerre mondiale :

Le premier pas vers une refondation de la famille des peuples européens doit être un partenariat entre la France et l'Allemagne.

Tels furent les propos de Churchill dans son célèbre discours adressé à la jeunesse européenne en 1946 à Zurich. Dès le début des années 1950, avec la Communauté européenne du charbon et de l'acier développée par Robert Schuman, la France et l'Allemagne allaient suivre cette exhortation, aussi audacieuse que visionnaire pour l'époque, lancée par un insigne Premier ministre britannique.

Mesdames, Messieurs, lors de la signature du Traité de l'Élysée en 1963, nous espérions que s'engagerait effectivement une nouvelle étape dans l'histoire des relations franco-allemandes. Nous savons aujourd'hui – et nous le savons bien mieux encore qu'alors – combien deviendraient importantes la réconciliation et l'amitié franco-allemandes, non seulement pour les relations entre nos deux pays, mais aussi pour l'Europe dans son entier. La bonne entente franco-allemande reste essentielle à l'avenir de l'Europe, et ce d'autant plus que ces deux pays ont des intérêts, des traditions et des conceptions qui, n'étant pas toujours identiques, peuvent parfaitement diverger.

Chers collègues, toute relation stable et de longue durée traverse des phases de passion et des phases de raison. Dans l'instant présent, nos deux pays se trouvent dans une phase – disons – plutôt de raison passionnelle que d'amour romantique transi. Cela n'est pas nécessairement un inconvénient. Nos voisins en Europe et nos partenaires dans le monde peuvent très bien s'accommoder de la normalisation de nos relations, mieux que jamais encore dans l'histoire européenne.

À la célébration de 50 ans d'amitié et de coopération, nous joindrons aujourd'hui un appel à la jeunesse européenne. Ce qu'il adviendra à l'avenir de ce précieux héritage dépend d'elle,

des jeunes Français et Allemands qui fréquentent actuellement l'école ou l'université, qui suivent la meilleure formation professionnelle possible en entreprise. Emblématique est notamment, à cet égard, l'histoire de la réussite sans précédent de l'Office franco-allemand pour la jeunesse, dont on peut se féliciter qu'il associe de plus en plus souvent et toujours plus étroitement des jeunes des pays d'Europe centrale et orientale, ainsi que des États méditerranéens, aux activités et programmes communs, entre autres le Forum de la jeunesse qui, depuis samedi, réunit 150 participants ici à Berlin pendant trois jours. Depuis cette tribune, je souhaiterais transmettre nos salutations cordiales et conjointes aux participants de ce Parlement de la jeunesse.

Chers collègues, honorés invités, pour la génération d'aujourd'hui, les liens étroits d'amitié et la liberté de circulation dans toute l'Europe sont tout à fait normaux ; ils ne sont pas une évidence. Ils ne le sont pas à la lumière de l'histoire mouvementée de nos deux peuples, et pas davantage ils ne le sont aujourd'hui dans les relations internationales. Albert Camus, le grand écrivain français dont nous commémorons le 100e anniversaire cette année, a pu dire :

« L'homme n'est rien en lui-même. Il n'est qu'une chance infinie. Mais il est le responsable infini de cette chance. » *(en français)*

Voilà, me semble-t-il, une belle devise pour les 50 années à venir.

Au vu de l'histoire européenne, le Traité franco-allemand de 1963 a bien évidemment une valeur en soi, mais en outre il ouvre précisément des chances d'avenir presque sans limites. Or, c'est à nous tous, Français comme Allemands, qu'il échoit d'être des partenaires fiables et conjointement responsables dans une Europe unie.

Mesdames, Messieurs, chers collègues, à vous toutes et tous, je souhaite cordialement la bienvenue et je vous remercie pour votre participation à cette séance solennelle de nos deux parlements.

J'invite maintenant Monsieur le Président de la République puis Madame la Chancelière à faire leurs allocutions.

Monsieur le Président de la République,
Madame la Chancelière,
Monsieur le Président du Bundestag,
Monsieur le Président de
l'Assemblée nationale,
Monsieur le Président du Sénat,
Mesdames, Messieurs les Parlementaires
de nos deux pays,

Je mesure le moment exceptionnel que nous vivons : la réunion de nos deux parlements avec les responsables des gouvernements, les deux Présidents de la République et le privilège qui m'est donné de m'exprimer ici, au nom de la France, au Bundestag. Je veux une nouvelle fois saluer M^me^ la Chancelière pour l'accueil qu'elle nous a réservé pendant ces deux jours, pour célébrer un Traité signé il y a cinquante ans par deux hommes d'État, Konrad Adenauer et le général de Gaulle, qui eurent l'audace, le courage, la passion de penser qu'il était possible, non seulement de réconcilier nos deux peuples, mais d'unir les destins de la France et de l'Allemagne dans un Traité qui pouvait, en lui-même, offrir les conditions de l'amitié. Ce pari a été réussi au-delà même des intentions de ceux qui l'avaient signé.

« Cette amitié doit être offerte à tous les pays européens. »

Allocution de Monsieur François Hollande, Président de la République française

Tout au long de ces cinquante ans, ceux qui leur ont succédé – les chefs de gouvernement, les Présidents de la République – ont veillé à cultiver, à entretenir l'amitié entre nos deux pays, en y ajoutant à chaque étape de nouveaux projets, pas simplement conçus pour la France et l'Allemagne, mais pour l'Europe elle-même. C'est-à-dire à faire que ce qui nous avait permis de nous retrouver soit l'occasion de réunir aussi l'Europe.

Cette amitié a été motrice durant ces cinquante dernières années. Cela ne veut pas dire qu'elle n'ait pas connu des vicissitudes ou des orages ! Il faut cesser de voir l'amitié franco-allemande comme un long parcours tranquille.

Dès le Traité de l'Élysée signé, le général de Gaulle, dont chacun connaissait la hauteur de vue, mais aussi le caractère, avait considéré que le Bundestag avait en partie dénaturé le Traité en y ajoutant un préambule qui rappelait la force de la relation transatlantique. C'est dire si l'amitié franco-allemande mérite à chaque étape d'être entretenue et comprise !

Je dis souvent que cette amitié doit être offerte à tous les pays européens. Certains s'inquiètent quand notre relation n'est pas au niveau que nous souhaitons tous. Mais ils se préoccupent aussi lorsque nous sommes trop unis, de crainte que cela vienne peser sur leurs propres choix. Or, en réalité, cette amitié entre la France et l'Allemagne a toujours été au service de la construction européenne et des valeurs que nous partageons, mais que nous avons su étendre et élargir à mesure que l'Europe elle-même accueillait de nouveaux pays.

C'est notre amitié qui a prévalu quand la sécurité de l'Europe a pu être menacée, comme en 1983 lorsque la France proclama ici, au Bundestag, par la voix de François Mitterrand, sa solidarité sans faille avec l'Allemagne fédérale. C'est cette amitié qui a déterminé l'appui sans réserve de la France à la réunification de l'Allemagne.

C'est cette amitié aussi qui a permis de faire des choix audacieux dans le domaine économique et industriel, des réalisations exceptionnelles comme Airbus, comme Ariane, que nous devons encore amplifier.

C'est l'amitié entre la France et l'Allemagne qui a permis, étape par étape, la création de l'euro.

C'est encore l'amitié entre la France et l'Allemagne qui a permis ces derniers mois de préserver l'intégrité de la zone euro.

Cette amitié nous est donc précieuse ; elle nous est indispensable ; elle est indissociable de la construction européenne.

Mais aujourd'hui, Madame la Chancelière, nous avons à ouvrir de nouvelles perspectives, à la hauteur de l'héritage que nous avons reçu. Nous devons le faire – et c'était l'esprit originel du Traité de l'Élysée – pour la jeunesse, car elle est la grande affaire de notre relation.

Parce que la jeunesse est à la fois notre avenir mais aussi l'enjeu des politiques que nous engageons. Parce que la jeunesse de nos deux pays a la chance inestimable de n'avoir jamais rien connu d'autre que la paix et la démocratie. Et parce que la jeunesse d'aujourd'hui affronte une crise économique et sociale d'une durée inédite, qui assombrit donc l'espoir qu'elle peut nourrir par rapport à son propre avenir.

C'est la raison pour laquelle, dans la déclaration que nous avons adoptée, nous avons donné une large place à la jeunesse, à travers l'élargissement des moyens qui sont donnés à l'Office franco-allemand pour la jeunesse, qui célèbrera son cinquantième anniversaire au mois de juillet et qui, depuis sa création, a permis, je le rappelle, à huit millions de jeunes Français et de jeunes Allemands de bénéficier de son soutien. Nous avons décidé de multiplier les filières linguistiques, d'aller encore plus vite vers la reconnaissance des diplômes, de rapprocher nos systèmes de formation professionnelle, pour que les jeunes Français se voient offrir la possibilité de suivre une partie de leur parcours ici en Allemagne, et les jeunes Allemands en France.

Nous – la France et l'Allemagne – ferons en sorte, dans la discussion qui va se prolonger sur le futur budget européen, que le programme Erasmus soit non seulement consolidé, mais encore élargi à des jeunes qui, aujourd'hui, n'y ont pas accès, notamment des jeunes des milieux populaires, ou issus des filières de l'apprentissage.

Nous aurons aussi à cœur de défendre un projet commun entre la France et l'Allemagne : la garantie pour les jeunes – pour chaque jeune – de pouvoir accéder à un stage, à une formation, à un apprentissage, si possible à un emploi. Pour trouver les financements correspondants, nous pourrons utiliser une partie des recettes obtenues par l'introduction de la taxe sur les transactions financières que la France et l'Allemagne ont portée ensemble et qui est aujourd'hui reconnue comme effective par le Conseil économique et financier.

C'est pour la jeunesse – toujours pour la jeunesse ! – que nous devons poursuivre cette aventure exceptionnelle qu'est l'Europe, cette innovation institutionnelle qu'aucun continent au monde n'a su créer.

Oui, nous avons le devoir de faire que reste une utopie pour les générations qui vont nous succéder cette idée européenne : non pas simplement faire la paix entre nous, mais réussir à créer un espace de droit, de liberté, de prospérité et de solidarité.

La France et l'Allemagne ont une responsabilité particulière, par leur place, leur histoire, leur géographie, leur puissance économique, mais surtout par l'attente qui est placée en nos deux pays. De la qualité de notre relation, de la confiance qui nous unit, de la capacité à fixer un cap pour notre continent, dépend l'avenir de l'Europe.

Cette amitié, je l'ai dit, n'est pas exclusive. Elle est ouverte et n'écarte personne. Elle doit entraîner l'Europe qui veut avancer avec nous. « Avec nous » ne veut pas dire « derrière nous » ; mais c'est nous qui devons montrer la voie.

Notre amitié n'est pas non plus une confusion, un alignement, un renoncement, bien au contraire : c'est en restant eux-mêmes que nos pays peuvent aller plus sûrement vers ce qui les rapproche. Pour nous rassembler, il ne nous est pas demandé de nous ressembler, mais de nous réunir autour d'une volonté commune, pour promouvoir un modèle économique et social original, pour protéger l'environnement, pour partager une même vision du monde, car l'Europe est une puissance. Oui, elle est une puissance ! Mais une puissance différente des autres, une puissance qui veut contribuer à la paix et servir des valeurs universelles.

C'est ce qu'entreprend aujourd'hui la France au Mali, face à une agression terroriste qui met en péril l'avenir de ce pays, l'un des plus pauvres du monde, et qui met aussi en cause la stabilité de l'Afrique de l'Ouest, donc la sécurité même de notre continent.

Je remercie l'Allemagne pour son soutien et son appui. Pour son soutien politique, qui a été à la hauteur de notre relation, et qui est d'ailleurs celui de toute l'Europe à notre initiative, mais aussi pour son appui logistique, matériel, financier, humanitaire. Il y aura dans quelques jours une conférence des donateurs ; l'Allemagne comme l'Europe y joueront tout leur rôle.

Cette intervention était nécessaire. Plus tard aurait été trop tard. Elle s'inscrit dans la légalité internationale et vise à permettre l'adoption, mais surtout la traduction de la volonté qui a été celle du Conseil de sécurité d'assurer le rétablissement de l'intégrité du Mali, grâce à une force africaine qui, elle, stabilisera pour longtemps le Mali et cette région du monde.

La France a pu prendre cette responsabilité parce qu'elle était présente en Afrique. Elle n'est pas là pour chercher un intérêt, une influence. Elle est là pour porter secours et donc nous faisons en sorte que cette intervention soit utile. Utile au Mali, et elle le sera ; utile à l'Afrique pour que celle-ci prenne conscience de ses propres responsabilités ; utile à l'Europe pour que celle-ci aille plus loin vers ce qui peut la rapprocher en matière de défense. Je souhaite que la France et l'Allemagne reprennent les objectifs qui étaient prévus dans le Traité de l'Élysée, il y a cinquante ans, pour une politique étrangère commune, pour rapprocher nos doctrines, pour mettre en œuvre des projets communs, notamment en matière d'industrie de défense.

Notre rencontre d'aujourd'hui est l'occasion d'affirmer, au-delà de notre amitié, une ambition.

Nous devons d'abord travailler pour faire sortir l'Europe de la crise. De la crise de la zone euro – je pense que nous y sommes déjà –, même s'il faut y travailler encore, et rester vigilants et attentifs. Nous avons introduit les mécanismes qui permettent la stabilité. Nous avons approuvé un pacte de croissance, nous avons aussi agi pour venir en aide à des pays qui nous le demandaient et qui avaient fait un effort pour solliciter notre concours. Il nous reste encore à adopter un budget pour l'Europe. Je parle devant des parlementaires qui y sont attentifs, et devant le Président du Parlement européen qui aura à faire en sorte que ce budget puisse être approuvé.

Quelles sont nos intentions ?

Maîtriser la dépense, comme partout – et nous le faisons –, mais aussi dégager des moyens pour préparer l'avenir. Être attentifs à nos politiques communes : je ne parle pas seulement de la politique agricole commune, que l'on identifie souvent à la France – à tort, car elle est au service de toute l'Europe –, je pense aussi aux pays dits « de la cohésion », qui ont besoin d'un budget européen.

Nous devons aussi donner à l'Europe les moyens de ne plus connaître les crises, notamment bancaires, qu'elle a traversées, d'où le projet d'Union bancaire que nous avons adopté et qui se traduira dans les prochains mois par des décisions concrètes et par la création d'institutions qui assureront la supervision des banques. Là encore, nous devons aller plus loin, faire qu'il y ait des disciplines : en matière budgétaire, mais aussi de comportements bancaires.

Nous devons une fois encore, France et Allemagne – à travers l'approfondissement de l'Union économique et monétaire et le projet sur lequel nous sommes d'accord –, faire que cette Union économique et monétaire débouche aussi sur l'Union politique. Je suis prêt à recevoir toutes les propositions, et la France sera à l'écoute de toutes les Nations qui voudront aller plus loin dans l'engagement européen, à la condition que nous portions ensemble des projets d'avenir.

Ces projets ne peuvent plus être ceux qui avaient été définis au début des années soixante, pas davantage ceux des années soixante-dix ou quatre-vingt, pas même la seule monnaie unique. Nous devons rénover le modèle européen, donc la perspective européenne.

L'économie sociale de marché qui a fondé cette Union conserve toute sa pertinence, là où d'autres modèles ont échoué. Mais ce modèle-là aussi doit évoluer face aux pays émergents, à l'exigence environnementale, au réchauffement climatique, à nos évolutions démographiques, au vieillissement de la population, à la nécessité d'intégrer les personnes d'origine étrangère qui sont aujourd'hui citoyennes de nos deux pays. Nous devons lutter encore davantage contre les inégalités de toute sorte. Notre modèle doit donc de nouveau connaître des mutations, des évolutions, et nous en avons la responsabilité.

Sur quoi pouvons-nous nous retrouver pour les prochaines années ?

Je ne dis pas les cinquante prochaines : je ne sais pas où nous serons dans cinquante ans – même si j'en ai quelque idée…

Nous avons à faire en sorte que, sur l'Europe de l'énergie, nous puissions avancer ensemble. Nous n'avons pas la même politique énergétique, mais nous avons la même exigence par rapport au réchauffement climatique. Donc nous sommes prêts, la France est prête, avec l'Allemagne et tous les pays qui le voudront, à définir cette Europe de l'énergie : innovation, recherche, indépendance de nos approvisionnements, préservation de la planète, voilà un premier sujet sur lequel nous pouvons coopérer davantage.

Le deuxième sujet est l'Europe des transports, tant sur le plan du ciel européen que sur celui de l'espace ferroviaire ou des véhicules propres. Tout cela, nous pouvons le faire ensemble. Autre domaine : l'Europe du numérique, pour prendre de l'avance, équiper nos territoires, assurer de nouvelles régulations, éviter que les biens culturels soient des marchandises comme les autres, empêcher que les droits d'auteur soient méconnus. Europe des générations futures, enfin : éducation, recherche, enseignement supérieur, formation professionnelle.

Voilà les domaines que je propose pour les prochaines décennies de l'amitié franco-allemande et de l'Union européenne.

Mesdames et Messieurs,

L'amitié que nous célébrons aujourd'hui est un hommage à l'Histoire, aux hommes et aux femmes qui l'ont réalisée, aux peuples qui y ont adhéré, à toutes ces initiatives citoyennes qui ont permis que notre amitié se renforce année après année, génération après génération.

Mais notre amitié doit être aujourd'hui un appel. Un appel à nos deux pays pour qu'ils se rapprochent encore davantage. Un appel aux citoyens, pour qu'ils prennent en main leur destin. Un appel aussi à la jeunesse, pour qu'elle ait confiance en son avenir.

L'Union de la France et de l'Allemagne, disait Victor Hugo qui était souvent prophétique, ce serait la paix du monde. Nous avons fait la paix en Europe, mais pas encore la paix dans le monde.

Nous devons donc saluer ce qu'a été l'Histoire, et ce prix Nobel qui a été remis à l'Europe, à l'idée européenne, à la construction européenne, et qui a été regardé presque comme un anachronisme, nous devons le savourer, car il récompense les efforts qu'ont accomplis les générations qui nous ont précédés pour que l'Europe soit aujourd'hui un destin commun. Ce prix nous oblige, nous conduit à aller de l'avant, à porter de nouveaux projets, à prendre de nouvelles initiatives.

Cette ambition, c'est celle que je veux offrir avec vous. C'est la confiance que nous devons retrouver : confiance dans notre monnaie, confiance dans notre économie, confiance dans notre modèle social, confiance dans les valeurs que nous portons, confiance dans la jeunesse. Et comment être plus confiants que lorsque nous sommes ici réunis, Français et Allemands, pour parler de notre amitié ?

Messieurs les Présidents des Parlements,
Monsieur le Président de la République,
cher François Hollande,
Monsieur le Président fédéral,
Monsieur le Premier Ministre
Jean-Marc Ayrault,
Monsieur le Président du Bundesrat,
Monsieur le Président de la Cour
constitutionnelle fédérale,
chers collègues membres des gouvernements
et des parlements de nos deux pays,

Il y a cinquante ans qu'était signé à Paris le Traité de l'Élysée et c'est pour y rendre hommage que nous sommes réunis aujourd'hui. Ce traité, les deux hommes d'État Konrad Adenauer et Charles de Gaulle l'ont scellé non seulement par leur signature mais aussi par l'accolade chaleureuse qu'ils se sont donnée spontanément. Cette accolade est restée le symbole de ce traité.

« L'action de De Gaulle et d'Adenauer était nourrie par une vision. »

Allocution de Madame Angela Merkel, Chancelière de la République fédérale d'Allemagne

Cher François Hollande, je voudrais te remercier de m'avoir invitée l'année dernière à revenir sur les traces de Konrad Adenauer et de Charles de Gaulle, à Reims le 8 juillet, pour commémorer la grand-messe qui y avait eu lieu cinquante ans auparavant et de m'avoir accompagnée à Ludwigsburg en septembre où nous avons célébré le cinquantenaire du discours remarquable que Charles de Gaulle avait adressé en allemand à la jeunesse allemande pour lui prodiguer ses encouragements. Il avait dit : vous êtes les enfants d'un grand peuple, d'un peuple qui a parfois commis de grandes fautes mais qui a aussi réalisé de grandes choses dans l'Histoire.

Le Traité de l'Élysée a placé les relations franco-allemandes sur des fondements politiques entièrement nouveaux, tel était l'espoir qui l'accompagnait à l'époque et qui s'est concrétisé au fil du temps comme nous le savons. Le traité a ouvert la voie à une réconciliation durable entre Allemands et Français. Il définit pour nous aujourd'hui le cadre d'une amitié profonde et d'une multitude de projets au niveau de la société civile. Cela revêt une importance primordiale non seulement pour nos deux pays, l'Allemagne et la France, mais aussi pour l'Europe dans son ensemble. Notre joie n'en est donc que plus grande d'être réunis ici aujourd'hui, et cela, à une époque qui est loin d'être facile. En effet, l'image que l'on se fait actuellement de l'Europe est marquée par la crise qui frappe la zone euro. Cette crise marque également, et cela est bien plus alarmant, la vie quotidienne de beaucoup de personnes en Europe. Je pense que l'on peut dire qu'elle place l'Union européenne devant le plus grand défi qu'elle ait jamais connu.

Mais quels enseignements pouvons-nous tirer de ces cinquante années d'amitié franco-allemande ? Elles nous montrent qu'il est possible de résoudre même les problèmes les plus graves si l'on prend conscience de la force qui émane de la paix dans la liberté et si l'on a le courage du changement. Aujourd'hui, on a souvent vite fait de dire que le Président de Gaulle et le Chancelier Adenauer s'étaient tendu la main en signe de réconciliation et qu'ils avaient consacré ce geste dans le traité d'amitié franco-allemand. Comme si cela avait été si simple. Loin de là. À Reims, nous avons rencontré des personnes qui avaient assisté à l'époque à la visite de Charles de Gaulle et de

Konrad Adenauer. Nous leur avons demandé quel avait été leur sentiment à ce moment là. Elles nous ont répondu qu'après tout ce qui s'était passé pendant la Seconde Guerre mondiale, elles n'avaient pas cru à la réconciliation.

Nous savons toutefois que des contacts avaient déjà été noués entre Allemands et Français avant la signature du Traité de l'Élysée, soit entre anciens résistants, soit à travers les premières rencontres de jeunes ou les premiers jumelages de villes. Tout cela avait commencé très tôt. Et pourtant nombreux étaient ceux qui, ayant à l'esprit les atrocités de la guerre mondiale et la responsabilité perpétuelle de l'Allemagne s'agissant de la guerre et de la destruction, se demandaient si une véritable réconciliation était possible à long terme. Était-il réellement possible de voir se tisser des liens d'amitié entre Allemands et Français ? Comment les relations particulières qui existaient entre l'Allemagne et la France cadraient-elles avec l'unification européenne que les Traités de Rome venaient d'asseoir sur de nouveaux fondements historiques quelques années auparavant ?

On oublie trop souvent toutes les difficultés que les bâtisseurs politiques de l'amitié franco-allemande ont rencontrées face à ces inquiétudes au sein de leurs partis, dans leurs pays et dans un monde alors marqué par la confrontation entre l'Est et l'Ouest. Rappelons-nous : août 1961 avait vu la construction du mur de Berlin. Peu de temps après, les chars américains et soviétiques se faisaient face à Checkpoint Charlie. Le monde retenait son souffle. Suivit la crise de Cuba en octobre 1962. Jamais auparavant, et plus jamais par la suite, le monde ne devait se trouver si près du précipice dans lequel l'aurait entraîné un conflit nucléaire. Voilà le contexte dans lequel se sont déroulés ces débats à l'époque. François Hollande vient d'évoquer le préambule du traité.

En Allemagne, d'aucuns craignaient que le traité franco-allemand ne soit interprété comme un signal à l'encontre de la Grande-Bretagne, des États-Unis, de l'intégration européenne et de l'OTAN. Car, dans la situation de l'époque, nombreux étaient ceux qui étaient convaincus qu'il ne pouvait y avoir qu'une alternative et qu'il fallait choisir entre Paris et Washington, entre la coopération européenne et la coopération transatlantique. Il est heureux qu'aujourd'hui, cinquante ans plus tard,

nous comprenions parfaitement qu'une telle théorie avait ses limites et que notre coopération dans le domaine de la politique étrangère repose sur trois piliers à la fois possibles et nécessaires : le pilier franco-allemand, le pilier européen et le pilier transatlantique.

Mais aujourd'hui, nous savons aussi que l'action de De Gaulle et d'Adenauer était nourrie par une vision, qu'elle était porteuse d'avenir et qu'elle nous oblige autant qu'elle nous a ouvert d'incroyables marges de manœuvre. Le rapprochement prudent se transforma en amitié. La réconciliation fit place à la curiosité à l'égard du voisin vivant sur l'autre rive du Rhin. Cette curiosité, il faut la préserver, et c'est là aussi notre mission, et la transmettre de génération en génération.

En effet, si quelqu'un n'est pas curieux, ce n'est pas par un traité qu'on pourra lui ordonner de s'intéresser aux autres.

Les échanges de jeunes, les jumelages de villes, la coopération des milieux économiques, les projets médiatiques communs, la coopération dans le domaine des sciences et de la recherche : voilà les projets qui caractérisent la réalité actuelle et qui montrent comment nos sociétés civiles coopèrent l'une avec l'autre. C'est surtout grâce à ces contacts personnels que l'Allemagne et la France peuvent contribuer ensemble à la construction d'une Europe meilleure.

Les contacts entre parlementaires revêtent eux aussi bien sûr une grande importance. Je suggère, parmi les nombreuses initiatives qui sont lancées, que nous ne nous rencontrions pas uniquement lors de célébrations solennelles mais que nous pratiquions une coopération encore beaucoup plus étroite dans notre travail quotidien, précisément dans la construction de l'Europe et bien sûr également avec le Parlement européen, dont le Président est parmi nous aujourd'hui.

Mesdames et Messieurs, l'amitié franco-allemande joue un rôle exceptionnel, non seulement pour nos deux peuples mais aussi pour l'Europe dans son ensemble comme nous en avons fait l'expérience. Je voudrais rappeler qu'en 1988, année du vingt-cinquième anniversaire du Traité de l'Élysée, le prix Charlemagne avait été décerné conjointement au Chancelier de la République fédérale

d'Allemagne et au Président de la République française. Helmut Kohl et François Mitterrand avaient reçu ce prix ensemble.

Je suis heureuse que Richard von Weizsäcker, notre ancien Président fédéral, soit des nôtres aujourd'hui, car c'est lui qui prononça à l'époque l'éloge des lauréats. Que dit il ? Je le cite : « En particulier leur rencontre » – il parlait d'Helmut Kohl et de François Mitterrand – « au mois de septembre 1984 sur les champs de bataille de Verdun est restée gravée dans notre mémoire. C'est là en effet qu'au cours de la Première Guerre mondiale avait combattu le père du Chancelier fédéral, et là aussi que le Président français, alors jeune soldat, avait été blessé au cours de la Seconde Guerre mondiale ». Dans cet éloge, Richard von Weizsäcker définissait également deux missions centrales pour la coopération franco-allemande : d'une part, la nécessité d'avancer sur « le chemin […] inévitable à long terme qui doit nous mener à l'union monétaire et politique » et, d'autre part, « dans la voie d'une politique commune en matière de sécurité » car « nul ne doit douter du fait que nous protégerons notre liberté si elle est menacée ».

Replaçons-nous un instant encore dans le contexte de 1988. C'était un an avant la chute du mur. Personne ne songeait alors que cela deviendrait si vite réalité. Helmut Kohl déclarait dans son discours de remerciement : « En avançant aujourd'hui avec un élan nouveau sur la voie de l'Union européenne, nous agissons également dans l'intérêt des hommes dans l'autre partie de notre continent – et dans l'espoir qu'un jour, ils pourront participer par libre autodétermination à la réalisation de cette œuvre de paix. »

Un peu plus d'un an après la remise du Prix Charlemagne à Helmut Kohl et François Mitterrand, et au moment même, d'ailleurs, du bicentenaire de la Révolution française, le mur de Berlin tombait. Aujourd'hui, notre chance pour nous, citoyennes et citoyens d'Europe du Sud et du Nord, de l'Ouest et de l'Est, c'est d'être unis au sein de l'Union européenne, comme nous l'avons déclaré solennellement à l'occasion du 50e anniversaire des Traités de Rome.

L'Allemagne et la France, c'est la particularité, se sont toujours considérées comme des forces motrices du développement de la construction européenne. Nous savons qu'une position franco-allemande commune ne fait pas tout dans l'Union des 27 mais que sans accord

franco-allemand, il n'est guère possible ou du moins nettement plus difficile d'accomplir des progrès. C'est pourquoi rien ne change à cet égard, l'Allemagne et la France éprouveront encore à l'avenir cette même responsabilité commune – vis-à-vis de nos deux pays mais aussi et toujours dans le contexte européen.

Cela signifie que l'inquiétude manifestée naguère que l'Europe pourrait souffrir à cause de nous ne doit en aucun cas se confirmer mais qu'au contraire, nous avons le devoir d'agir dans l'esprit européen. Car nous sommes convaincus que l'Europe est notre avenir commun. Pas uniquement parce que l'Europe est une œuvre de paix – même si ce serait une raison suffisante : parmi nous, beaucoup n'ont pratiquement pas connu la guerre en Europe. Personnellement, je ne l'ai pas connue.

(Interpellation de La Gauche : Kosovo !)

– Nous connaissons encore la guerre au Kosovo. Nous mettons tout en œuvre pour qu'il n'y en ait bientôt plus.

Je crois tout de même que nous ne connaissons plus de guerre au sein de l'Union européenne. –

Mesdames et Messieurs, nous travaillerons de concert pour qu'au XXIe siècle aussi, l'Europe, dans un monde de sept milliards d'habitants qui ont leur propre conception de la vie, puisse se construire par elle-même, en termes de démocratie, en termes de liberté d'expression, en termes de liberté de religion et en termes de coexistence pacifique. Ce sont des valeurs que nous vivons ensemble et que nous ne remettons jamais en question. Je n'ai cessé de le dire, ces mois passés, lorsque j'étais en Grèce ou au Portugal : je me félicite que l'on ait le droit de manifester dans ces pays, que l'on n'y aille pas en prison pour cette raison et que l'on puisse y exprimer son opinion. Ce n'est plus un sujet de discussion en Europe et au sein de l'Union européenne. Et c'est un progrès.

Ensemble, nous œuvrons pour une Union européenne qui soit empreinte d'unité et de fraternité, de la force de la liberté et du respect de la dignité de l'individu. C'est ce qui nous guide, l'Allemagne et la France, encore

aujourd'hui. Sur ce thème, j'en reviens à Richard von Weizsäcker, qui nous confiait dès 1988 deux missions on ne peut plus actuelles : premièrement, travailler à l'Union monétaire, deuxièmement, garder à l'esprit la politique de sécurité. Concernant l'Union monétaire, je voudrais évoquer Jacques Delors qui avait signalé avec perspicacité, dès avant l'introduction de l'euro, qu'une coopération politique plus étroite – notamment en matière de politique économique – était de la plus haute importance.

Oui, nous avons un pacte budgétaire, oui, nous avons un pacte de croissance, mais nous ne sommes pas encore au bout du chemin. C'est pourquoi je suis heureuse que nous ayons convenu de formuler en mai des propositions pour une coopération économique plus étroite sur le modèle de notre économie sociale de marché, compétitivité d'une part et sécurité sociale de l'autre. L'Allemagne et la France accompliront ce travail en se basant aussi sur leurs différences d'approches et de traditions.

Il est très intéressant que d'intenses efforts soient déployés à l'heure actuelle en France pour faire avancer un dialogue des partenaires sociaux. C'est la raison pour laquelle François Hollande et moi avons l'intention de proposer aux partenaires sociaux en Allemagne et aux partenaires sociaux en France d'examiner ensemble cette piste pour apporter une contribution à une économie sociale de marché.

Nous avons bien entendu une responsabilité concernant l'avenir financier de l'Union européenne. Comment voudrions-nous mettre en œuvre un pacte de croissance si nous ne disposions que de budgets annuels ? C'est pourquoi nous sentons là une responsabilité toute particulière. Il n'est pas question d'imposer quelque chose à qui que ce soit mais de dépasser nos divergences d'intérêts, de parvenir à un compromis et de faire ensuite une offre qui permette de résoudre cette tâche au sein de l'Union européenne pour les sept prochaines années.

Je suis très heureuse que nous ayons pu ouvrir de nouveaux chapitres dans certains passages de notre déclaration commune, par exemple dans notre coopération en matière de politique énergétique. Continuer à l'avenir à emprunter des chemins communs grâce à nos expériences en matière de développement des énergies renouvelables revêt à cet égard une importance primordiale.

Mesdames, Messieurs, un dernier exemple : nous souhaitons naturellement travailler en très étroite coopération concernant la régulation des marchés financiers, la supervision bancaire et, comme cela a été heureusement décidé aujourd'hui, l'introduction d'une taxe sur les transactions financières. Car les citoyens de nos deux pays, en Allemagne et en France, tout comme dans d'autres pays européens, n'accepteront pas que l'essence même de l'économie sociale de marché soit détruite parce que partout sur la planète, des forces non régulées peuvent anéantir, par la spéculation et l'absence totale de régulation, tout ce que les hommes et les femmes créent par leur travail. Cela ne doit pas se produire. L'État est le garant de l'ordre ; c'est là notre conception commune.

Ce sont là nos contributions pour travailler à l'union politique. De même, nous faisons face à des défis entièrement nouveaux en matière de sécurité. Richard von Weizsäcker ne pouvait pas deviner, en 1988, que nous serions aujourd'hui confrontés à des terroristes islamistes dans des conflits asymétriques qui mobilisent toutes nos forces. Relever ensemble ces défis va pourtant de soi, à nos yeux. C'est pourquoi l'Allemagne est aux côtés de la France concernant l'intervention au Mali. C'est pourquoi nous soutenons la France.

Tout comme nous avons compris que notre sécurité doit aujourd'hui être également défendue en dehors des frontières de l'Europe, j'aimerais dire aujourd'hui devant vous : nous remercions nos soldats, français et allemands, qui sont à cette heure en opération, et leur souhaitons à tous de rentrer sains et saufs chez eux.

Mesdames, Messieurs, chers collègues, de grands chantiers nous attendent encore. François Hollande et moi avons eu l'occasion, hier, de discuter de l'avenir de l'Europe avec 200 jeunes. Leur façon d'appréhender avec tant de naturel ce que nous avons accompli – la liberté de circulation, l'apprentissage des langues, l'utilisation des programmes européens comme Erasmus et bien plus encore – est pour moi une source d'encouragement : un signe que nous aurons la force de relever les défis de l'avenir. L'Allemagne et la France, de concert.

Merci d'être là, ensemble, aujourd'hui.

Monsieur le Président du Bundestag,
cher Norbert Lammert,
Madame la Chancelière fédérale,
Monsieur le Président de la
République fédérale d'Allemagne,
Monsieur le Président de la
République française,
Monsieur le Premier Ministre,
Monsieur le Président du Bundesrat,
Monsieur le Président du Sénat,
Mesdames et Messieurs les Ministres,
Monsieur le Président de la Cour
constitutionnelle allemande,
chers collègues du Bundestag
et de l'Assemblée nationale,

Que de chemin parcouru ensemble !

Que d'obstacles franchis, de prétendues fatalités évitées, de mauvaises destinées esquivées !

« Lorsque nous unissons nos efforts, c'est l'Europe qui va de l'avant. »

Introduction à la déclaration commune et ouverture du débat par Monsieur Claude Bartolone, Président de l'Assemblée nationale

Ce 22 janvier 2013, nous célébrons certes cinquante ans d'amitié. Mais, l'année prochaine, un siècle se sera écoulé depuis l'immense cataclysme qui fut si près de tuer l'Europe et d'endeuiller à jamais la civilisation. Un siècle écrit à l'encre du sang des chaos, des haines fratricides et des folies meurtrières des hommes.

Qui, au cœur des tempêtes du XX^{e} siècle, aurait pu imaginer que les représentants de nos deux assemblées, des deux peuples allemand et français, célébreraient quelques décennies plus tard, non pas l'anniversaire de victoires fugaces ou de trêves sourdes de revanche, mais celui d'une réconciliation qui demeure la promesse la plus audacieuse que l'on puisse brandir devant les peuples ennemis de la planète ?

Certains nous disent : « À quoi bon commémorer ? », comme si le navigateur lancé dans une grande traversée n'avait pas besoin de poser de temps en temps le regard sur sa boussole. Ces rencontres, une fois tous les dix ans, sont une façon pour nos peuples de trouver le bon cap, celui de l'avenir du continent européen et de ses habitants.

Certains nous disent aussi : « Le temps, donnons-nous le temps… », mais le temps n'est rien sans la détermination, et la détermination n'est rien sans la vision, la vision d'une poignée d'hommes et de femmes qui ont su avant d'autres, qui ont vu avant d'autres, plus que le chemin, la destination.

N'oublions pas non plus les petites initiatives du quotidien, discrètes, presque imperceptibles – je pense aux jumelages de villes –, qui ont permis de faire entrer le rapprochement de nos deux peuples dans une extraordinaire banalité.

Oui, ce sont à la fois des choix politiques et des volontés populaires qui ont conduit à bâtir cette paix qui s'est transformée en réconciliation, cette réconciliation en amitié, et cette amitié en communauté de destin.

En 2013, et pour longtemps encore, dès lors que nous le décidons, France et Allemagne marchent ensemble.

C'est pourquoi je suggère qu'au souvenir ému nous préférions la mémoire active, la mémoire utile. Nous ne sommes pas unis pour célébrer, mais pour préparer ; nous ne sommes pas rassemblés pour commémorer, mais pour éclairer. Car notre amitié se conjugue au présent. Elle irrigue déjà l'ensemble de nos deux sociétés, désormais intimement liées.

Je pense, bien sûr, à l'Office franco-allemand pour la jeunesse, qui a permis à huit millions de jeunes de bénéficier de trois cent mille programmes d'échanges depuis 1963, ou encore à l'extraordinaire trame tissée entre nos collectivités, entre nos associations, entre nos entreprises, entre nos citoyens.

Je pense aussi à la coopération fraternelle, quotidienne, naturelle de nos autorités politiques, dont nos assemblées se sont emparées avec énergie. La déclaration commune que nous vous soumettons reflète ce climat de confiance qui préside à nos rencontres, et qui est de bon augure pour notre jeunesse et pour l'avenir.

Car notre rencontre d'aujourd'hui est résolument tournée vers l'avenir et les innombrables questions qu'il nous pose.

Nous sommes entrés dans un monde nouveau, pour le meilleur et pour le pire.

Un monde de périls, avec de nouvelles formes de pauvreté, de replis identitaires, de dérèglements climatiques, de violences, mais un monde extraordinaire, avec l'allongement de la vie, le progrès scientifique, la naissance d'une véritable cause environnementale et de solidarités transnationales.

Dans ce monde nouveau, nos peuples partagent les mêmes doutes. Confrontés à une concurrence parfois sauvage, ébranlés par les excès d'une économie insuffisamment régulée, la tentation est grande pour eux de jeter leurs souffrances à la figure de nos Républiques.

À nous de démontrer que ni la France ni l'Allemagne n'entend faire de la souffrance sociale son destin national et son dessein européen.

Car nos peuples partagent aussi les mêmes aspirations fondamentales : démontrer qu'une société d'épanouissement individuel, de bien-être collectif, de justice et d'attention aux plus fragiles, non seulement est possible, mais constitue le plus solide socle de la paix et du progrès.

L'instrument de ce dessein, c'est celui qui a, dès le début, accompagné et noué l'amitié de nos deux Nations : l'âme de notre amitié, c'est l'Europe ! Et il nous incombe à présent de retrouver la fierté de porter ce projet, dans une démarche active, dans un compromis combatif.

Le jour où nous nous résignerons à réduire le projet européen à une Union procédurale et comptable figée dans le déclin, ce jour-là, il n'y aura plus de projet européen ; ce jour-là, il n'y aura plus d'Europe.

Le couple que forment nos deux pays est le moteur de l'Europe. Lorsque nous nous opposons, c'est l'Europe qui s'enlise. Lorsque nous unissons nos efforts, c'est l'Europe qui va de l'avant.

Nous sommes le moteur de l'Europe, mais nous n'en sommes pas le directoire. Notre alliance est au service de tous et est ouverte à tous. Elle n'écrase pas, elle entraîne. L'Histoire nous l'enseigne. Notre coopération témoigne de ce que peut accomplir la volonté, à l'heure où il est de bon ton de pointer la faiblesse du politique dans la mondialisation.

Ensemble, nous avons établi une paix durable sur notre continent, dévasté pendant des siècles par les guerres. Nous avons réunifié l'Europe sous le drapeau du Droit, de la Démocratie et de la Culture.

Ensemble, nous avons édifié, et jusqu'à présent, pour l'essentiel, préservé, un modèle social sans équivalent dans le monde. Demeurons attentifs à ce qu'il le reste. Les négociations sur l'aide européenne aux plus démunis sont un rendez-vous que nous ne saurions manquer.

Ensemble, nous avons créé le marché unique et l'euro. Nous avons su faire face à la crise des *subprimes* en 2008, puis à celle des dettes souveraines qui en fut le prolongement.

Ensemble, nous cherchons à sortir de la récession dans laquelle s'enfonce l'Europe, et à favoriser le retour à une croissance forte, solidaire et durable.

Sans le retour à une telle croissance, rien n'est possible en Europe, nous le savons : ni le retour à l'équilibre des comptes des États surendettés, ni la transition de nos sociétés vers l'économie verte, ni leur redéploiement vers les industries d'avenir.

Au cours de ces cinquante dernières années, nous avons démontré qu'il n'y a pas de fatalité à la guerre, au despotisme, à l'inflation en Europe. Nous devons démontrer maintenant qu'il n'y a pas davantage de fatalité à la stagnation, au chômage, à la précarité, aux insécurités.

Ensemble, nous devons désormais aussi assumer pleinement notre défense et notre sécurité, à l'heure où l'offensive de djihadistes et de narcotrafiquants se déchaîne en Afrique et au Proche-Orient. Le peuple malien nous regarde aujourd'hui. Le peuple malien nous attend.

« L'Europe ne progresse que sous l'aiguillon de ses crises », disait Jean Monnet. Nous pouvons mettre à profit cette crise pour accomplir un bond en avant : parachever l'Union économique et monétaire, aujourd'hui au milieu du gué, mais aussi fonder une Union politique et sociale capable de démontrer que, dans le tourbillon de la mondialisation, l'Europe, ce « vieux continent », a su trouver son élixir de jeunesse.

Il nous faut faire Europe, comme hier nous avons su faire Nation. Pour cela, le moteur franco-allemand doit tourner à plein régime.

Paris et Berlin ont destin lié. Il n'y a pas de pause possible. Ou bien nous régresserons chacun de notre côté, ou bien nous progresserons ensemble.

Mesdames et Messieurs, j'en termine.

En janvier 1963, en France comme en Allemagne, les unes des journaux titraient sur les négociations relatives au désarmement, au lendemain de la terrible alerte de la crise des missiles. Symbole d'un monde alors coupé en deux et tremblant de la menace d'une apocalypse nucléaire, l'Allemagne divisée explorait les voies de l'avenir en signant le Traité de l'Élysée, au moment même où se réunissait sur son sol, de l'autre côté du rideau de fer, le congrès des partis communistes…

Tout cela pour vous dire que le monde n'a pas changé : nous avons changé le monde !

Monsieur le Président du Bundestag, Madame la Chancelière, Monsieur le Président de la République, Mesdames et Messieurs les Députés, en étant rassemblés ici, à Berlin, Français et Allemands, fils et filles des guerres et des chaos, nous marchons encore, conscients du passé, résolument tournés vers l'avenir, main dans la main.

Débat

Pr Norbert Lammert,
Président du Bundestag allemand :
Merci beaucoup, Monsieur le Président. Nous ouvrons à présent le débat parlementaire et je donne en premier lieu la parole à notre collègue Volker Kauder, pour le groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag allemand.

M. Volker Kauder (CDU/CSU) :
Messieurs les Présidents,
mes chers collègues,

Nombre de ceux qui nous suivent aujourd'hui à la radio ou à la télévision jugeront normal et évident que nous puissions être ici réunis et célébrer ensemble la signature d'un traité majeur entre nos peuples. La France et l'Allemagne coopèrent étroitement. Comme dans toute bonne relation, comme dans toute famille, il est des jours où tout va pour le mieux et d'autres où la crise couve. Mais chacun sait bien qu'au bout du compte, on se retrouve toujours.

Or, il n'en a pas toujours été ainsi. Je viens d'un land d'Allemagne qui partage une longue frontière avec la France. Si le Rhin n'est pas seul à nous avoir séparés, il y a toutefois

« L'amitié entre la France et l'Allemagne servira le développement futur en Europe. »

Volker Kauder, président du groupe CDU/CSU

contribué. Et sur cette frontière du Rhin, nous avons bien entendu – nous, les enfants de la première génération d'après-guerre – réfléchi à la façon de continuer à vivre dans cette Europe. Nous avons entendu les récits de guerre de nos parents et de nos grands-parents, nous avons lu les poètes qui parlaient d'un Rhin rouge du sang des Allemands et des Français. – Nous avons décidé que cela ne pouvait plus se reproduire. Telle était la vision majeure de notre génération : plus jamais de guerre, la paix à tout jamais en Europe.

À l'époque, âgés alors de moins de 20 ans, nous avions été tout à fait surpris de nous retrouver sur le pont enjambant le Rhin entre Kehl et Strasbourg à crier « À bas les barrières ! » et de voir sur l'autre rive des jeunes Françaises et Français – que nous ne connaissions pas jusque là – qui avaient eu la même idée, le même sentiment, et qui scandaient le même slogan. Nous nous sommes alors demandé comment il avait été possible que des gens qui se comprenaient, qui auparavant déjà voulaient la paix et non la guerre, aient pu ainsi semer pendant tant d'années les germes sinistres de la guerre et de la destruction sur le continent européen. Et nous avons compris qu'il revenait à notre génération de concrétiser cette idée : nous voulons la paix et la coopération en Europe et nous voulons tisser entre nous des liens tels que tout conflit armé, tout recours à la force deviendrait tout simplement impossible.

Mesdames et Messieurs, mes chers collègues, si à l'époque actuelle, nous parlons de la façon la plus naturelle qui soit de la manière de stabiliser l'Europe, de stabiliser l'euro, nous ne devrions selon moi jamais oublier le point de départ de tout cela : aujourd'hui, en dépit de l'ampleur de la mission qui nous incombe, l'Europe ne peut se réduire à l'euro et au marché. L'Europe est une grande communauté de paix, mes chers collègues, et nous ne devons avoir de cesse de le rappeler.

Même si l'Europe n'avait rien amené d'autre que l'assurance de cette paix, nous aurions dû nous réunir ici en ce jour et remercier les deux générations qui nous ont précédés pour le travail exceptionnel qu'elles ont accompli. Oui, Mesdames et Messieurs, ce qui a été dit est exact : tout cela n'a été possible que grâce à la réconciliation entre la France et l'Allemagne et parce que deux hommes plus que tout autre, le général de Gaulle et Konrad Adenauer, en

ont pris conscience et ne se sont pas laissés entraîner par ceux qui plaidaient pour l'orientation transatlantique, l'implication de la Grande-Bretagne et le refus de tout *Sonderweg*. Ils n'ont certainement pas opté pour une voie particulière à l'époque, mais ils ont su que, si cela ne marchait pas entre la France et l'Allemagne, s'il n'y avait pas amitié entre ces deux pays, l'Europe était vouée à l'échec.

Il en va toujours ainsi aujourd'hui. Certes, nous devons aussi prêter attention aux plus petits pays, qui font partie de l'Europe, tout autant que nous. Mais une chose est sûre : en cas de crise durable entre l'Allemagne et la France, en cas de désaccord entre l'Allemagne et la France, l'Europe ne peut espérer un avenir radieux, mes chers collègues. Et c'est pour cela qu'on peut affirmer que l'Europe dépend particulièrement de nous, des Français et des Allemands. Dire que l'Europe dépend de nous signifie aussi, naturellement, que nous avons besoin de démocratie, de légitimité démocratique, au sein de cette Europe. Plus nous progressons sur la voie de la légitimité démocratique, y compris par le biais de l'implication des parlements, plus nous nous rapprochons de la population.

Monsieur le Président de la République, je dois vous dire que nous autres, au Bundestag allemand, avons atteint – avec le concours de la Cour constitutionnelle allemande et grâce aux arrêts rendus par cette juridiction – un niveau de participation qui va bien au-delà de ce qui a cours en France. C'est la raison pour laquelle je vous invite cordialement à ne pas tenir rigueur à notre Chancelière fédérale lorsqu'elle vous dit, dans le cadre de négociations à Bruxelles, qu'elle doit encore vous soumettre un certain nombre de décisions du Bundestag allemand. – Elle ne le fait pas pour vous déplaire, Monsieur le Président, mais parce que notre système l'y contraint.

Nous en sommes assez fiers. Et jusqu'ici, le gouvernement fédéral n'a guère eu à se plaindre du parlement. Le Bundestag et le Bundesrat ont toujours veillé à ce qu'il puisse agir et négocier. Et de son côté, le gouvernement fédéral témoigne certainement d'une forme d'intelligence en anticipant ce que le parlement pourrait penser.

(Protestations éparses)

– Vraiment, je trouve que ça ne devrait pas arriver un jour comme aujourd'hui, mais nous autres parlementaires sommes ainsi faits. – Cela vaut à tout le moins pour la grande majorité du Bundestag, mes chers collègues.

Il nous faut naturellement aussi porter le regard au-delà du passé. On a beaucoup parlé de l'OFAJ, l'Office franco-allemand pour la jeunesse. Les jeunes d'aujourd'hui ne connaissent, Dieu merci, la guerre que via les récits et les livres d'Histoire. C'est pourquoi dire que « l'Europe est une extraordinaire garantie de paix » n'est plus de nature à susciter l'enthousiasme chez nombre d'entre eux, Monsieur le Président du Bundestag. À l'inverse, il est essentiel que nous disions aux jeunes que nous veillerons à ce que l'Europe soit pour leur génération une garantie d'avenir et de prospérité.

Nous devons absolument veiller, avant toute autre chose, à ce que les jeunes puissent se lancer dans la vie, à ce qu'ils aient accès à des options de formation professionnelle, à ce qu'ils aient accès à l'emploi. Je crois pouvoir m'imaginer ce qui passe par la tête d'un jeune vivant en Espagne ou dans un autre pays où le chômage des jeunes atteint les 50 %. Quand on vit avec la crainte de n'avoir aucune perspective d'avenir, croire en l'Europe demande sans doute une fameuse dose d'enthousiasme. C'est pourquoi nous pensons que l'Europe doit à l'avenir être avant tout synonyme d'espoir, de perspectives positives pour la jeune génération. C'est là la meilleure garantie d'un avenir radieux pour l'Europe.

Mesdames et Messieurs, mes chers collègues, je suis convaincu que l'amitié entre la France et l'Allemagne servira le développement futur en Europe. Je souhaite donc que nous ayons toujours conscience du trésor que constitue l'amitié franco-allemande et que nous l'entourions de nos soins attentifs. Je formule des vœux de prospérité pour chacun d'entre nous – à titre personnel, comme pour nos deux peuples – et souhaite que Dieu bénisse notre amitié.

M. Claude Bartolone,
Président de l'Assemblée nationale :
La parole est à M. Bruno Le Roux, président du groupe socialiste, républicain et citoyen.

M. Bruno Le Roux (SRC) :
Monsieur le Président du Bundestag,
Monsieur le Président de l'Assemblée nationale,
Madame la Chancelière,
Monsieur le Président de la République,
Mesdames et Messieurs les ministres,
Messieurs les Présidents du Bundesrat et du Sénat,
Mesdames et Messieurs les parlementaires, chers collègues,

Vous me permettrez, en signe d'amitié, en souvenir heureux mais lointain du jumelage de ma ville d'enfance avec Oberursel, signé en 1964, juste avant ma naissance, de commencer et de finir mon intervention par quelques mots en allemand, même prononcés de façon imparfaite.

(L'orateur poursuit en allemand.)

« La solidarité sur notre continent est un investissement rentable. »

Bruno Le Roux, président du groupe SRC

Au nom de tous les députés de mon groupe, je voudrais remercier le Bundestag de l'accueil qui nous est réservé aujourd'hui. C'est pour nous un honneur et une grande joie que d'être réunis avec vous à Berlin. Nous fêtons l'anniversaire d'un traité qui a permis tant de progrès, notamment dans les relations entre les jeunesses de nos deux pays. Notre séance commune est certes institutionnelle, mais elle n'est pas formelle. Elle est l'expression de l'amitié que nos deux peuples se portent mutuellement et qui se manifeste à travers nous, à travers leurs représentants.

(L'orateur reprend son propos en français.)

Que de chemin parcouru depuis la promesse des fondateurs de cette relation si forte, Konrad Adenauer et Charles de Gaulle ! Combien de pas franchis depuis qu'ils nous ont dit que nous serions plus forts ensemble et que nous avions, ensemble, la responsabilité de construire la paix et la coopération sur tout notre continent.

Nous avons tant avancé qu'aujourd'hui notre amitié est devenue évidente. Évidente pour notre génération, précieuse même. Notre devoir est de veiller à ce que, pour nos enfants, elle ne soit jamais banale.

Parce que rien n'est banal quand il s'agit de l'Allemagne et de la France. Rien n'est banal quand il s'agit d'une coopération si profonde entre deux peuples. Rien n'est banal quand il s'agit du plus bel exemple de réconciliation qui ait été offert au monde.

Mes chers collègues, les temps ont changé. L'amitié entre la France et l'Allemagne n'est plus à construire. Elle est acquise.

Alors notre responsabilité collective, notre devoir à nous, parlementaires, c'est de rester fidèle à l'esprit de ce qui a été construit par nos prédécesseurs.

L'amitié que nous célébrons aujourd'hui, ce n'est pas l'uniformité. Nous sommes deux peuples. Nous sommes deux Nations, chacune avec son histoire, ses atouts, ses difficultés. Mais nous pouvons former une communauté de projets. Et nous pouvons mettre cette communauté de projets au service de toute l'Europe. Ce que nous avons entendu sur la jeunesse, sur l'énergie, sur la politique industrielle, nous donne une feuille de route qui doit nous permettre de remettre en marche le mouvement qui a été celui des fondateurs.

Notre amitié ne doit pas être un principe, même si c'est déjà beaucoup. Elle doit être un projet, un acte.

J'en appelle donc à la poursuite de l'ambition – car c'est une véritable ambition – du Traité de l'Élysée.

Cela passe, bien entendu, par la coopération parlementaire et politique et par des rencontres telles que celles que nous vivons depuis hier.

La coopération franco-allemande nous dépasse parce qu'elle influence tout notre continent. Nous avons une responsabilité en la matière, non parce que notre amitié serait exclusive, mais parce qu'elle est fondée sur les bases mêmes qui ont fait l'Union européenne : la réconciliation et la coopération.

Alors, mes chers collègues d'Allemagne et de France, je veux aujourd'hui vous parler aussi de l'Europe. Je veux vous dire qu'aucun pays de l'Union, aucun, n'a quoi que ce soit à perdre si nous arrivons à avancer vers plus de solidarité en Europe. Quand l'Europe devient plus solidaire, quand elle se serre les coudes parce que la situation est difficile pour tous – même si elle est plus difficile encore pour certains –, ce sont tous les pays de l'Union qui y gagnent. Quand nous sommes capables de donner à manger à tous ceux qui, sur notre continent, n'ont pas de quoi manger, c'est l'Europe qui montre sa force, c'est l'Europe qui montre qu'elle a été bâtie au service des peuples.

La solidarité sur notre continent, mes chers collègues, est un investissement, un investissement rentable. La préservation de notre modèle social, de celui de l'Europe, est à cette condition.

Mes chers collègues, si la perte de confiance dans l'Europe et dans sa capacité à représenter un progrès est un risque, il y en a un autre, que je vois poindre : celui qui consiste à penser que l'Union est déjà allée bien assez loin dans l'intégration, ou que l'Union européenne souffrirait d'un tel vice de construction qu'elle ne pourrait pas représenter un progrès.

Je récuse ces deux alternatives. Oui, l'Europe doit encore progresser, parce que notre construction manque encore de cohérence. Oui, l'Europe peut encore progresser sur les fondements qui ont été construits, patiem-

ment, par nos prédécesseurs. Ce sont de bonnes bases, solides. Je n'en récuse aucune, même si je sais que nous devons faire mieux encore.

C'est pourquoi les députés socialistes français que je représente à cette tribune aujourd'hui sont entièrement engagés, avec le Président de la République, avec le Premier ministre, avec le gouvernement, pour approfondir la construction européenne, pour progresser dans l'intégration solidaire.

Cette plus grande intégration, si elle se fait dans le respect des impératifs démocratiques, ne réduira en rien la place de nos parlements. Elle n'est pas une perte de souveraineté pour les États, elle est au contraire un moyen de retrouver une marge de décision dans le cadre de la mondialisation.

Mesdames et Messieurs les Parlementaires, nos deux pays peuvent être pleinement rassemblés autour de cet objectif central qu'est le progrès dans l'intégration solidaire de l'Union européenne.

L'Europe a été construite, comme la relation franco-allemande, parce que les responsables politiques et les peuples ont compris que nous serions plus forts tous ensemble. La voilà, la leçon de la construction européenne. Le voilà, notre rôle à nous, responsables politiques, qui avons à faire face à une crise qui atteint tous les peuples d'Europe.

À nous de savoir faire les pas nécessaires dans l'intérêt de notre Union, de cette construction historique mais fragile, toujours fragile car nul n'est à l'abri du repli sur soi.

Il est là, l'enjeu de cette nouvelle période : construire une Europe plus solidaire, plus intégrée, plus progressiste.

(L'orateur conclut en allemand.)

Cher Monsieur le Président du Bundestag, chers collègues, chère Madame la Chancelière, cher Monsieur le Président de la République, aujourd'hui à Berlin, en ce moment solennel qui réunit les représentants de nos deux peuples, je nous appelle à prendre ensemble nos responsabilités, pour la France, pour l'Allemagne, pour les relations franco-allemandes, mais aussi pour notre Europe commune.

Pr Norbert Lammert,
Président du Bundestag allemand :
La parole est à présent à M. Frank-Walter Steinmeier, pour le groupe SPD.

M. Frank-Walter Steinmeier (SPD) :
Monsieur le Président du Bundestag,
Monsieur le Président
de l'Assemblée nationale *(en français)*,
Monsieur le Président fédéral,
Monsieur le Président de la République
(en français),
Madame la Chancelière,
Monsieur le Premier Ministre *(en français)*,
Monsieur le Président de la Cour constitutionnelle fédérale,
Monsieur le Président du Bundesrat,
chères et chers collègues,

Il y a 40 ans, durant l'été 1973, un jeune homme franchissait en voiture la frontière franco-allemande avec quelques amis. C'était son premier véritable voyage à l'étranger. La voiture avec laquelle les jeunes amis étaient partis était naturellement une Deux-Chevaux,

« Nous sommes côte à côte et nous regardons vers l'avenir. »

Frank-Walter Steinmeier, président du groupe SPD

dont l'embrayage hoquetait et le démarreur se mettait parfois en grève, ce qui rendait indispensable la présence de la manivelle dans le coffre. Ils prirent la direction de la Côte d'Azur : ils logeaient pour quelques francs dans des campings, rencontrèrent de jeunes Français, avec qui ils discutaient des heures durant de la vie et de leur rêve d'un monde meilleur et plus juste, autour d'une bouteille de rouge, de fromage et de baguette. – Vous aurez compris qui était ce jeune homme dont je vous parle.

Je repense avec plaisir à ce voyage et à d'autres voyages analogues, et je regrette que mon français aujourd'hui soit nettement plus mauvais qu'à l'époque. C'était ma première rencontre réelle avec l'Europe. Si ma génération, Monsieur Volker Kauder, n'est plus celle qui a fait tomber les frontières, j'appartiens à la génération qui a grandi, tout naturellement, dans cette Europe nouvelle et plus grande. Et pourtant, il y a un fait indéniable : la France n'était pas un pays comme les autres. Elle était pour nous un pays essentiel. « L'Allemagne et la France », ce n'était pas seulement la victoire sur une inimitié héréditaire qui avait duré des siècles. « L'Allemagne et la France », cela ne signifiait pas seulement que d'anciens ennemis pouvaient devenir des amis.

« L'Allemagne et la France », c'était aussi mettre un pied hors de cette République fédérale un peu vieillie et vieillotte, comme nous le pensions alors. La France, c'était Jean-Paul Sartre, Serge Gainsbourg, André Gide, Jeanne Moreau. La France, c'était la curiosité, l'ouverture et la liberté. La France, c'était un pays où l'on trouvait des gens qui partageaient nos idées, de jeunes Européens qui pensaient comme nous, qui voulaient changer le monde, comme nous.

Notre cœur battait à gauche ; il battait pour Willy Brandt. Nous voulions expérimenter la nouveauté, oser plus de démocratie. L'Allemagne d'Adenauer était pour nous, entre le début et le milieu des années 1970, déjà un peu du passé. Nous avions la certitude que les jeunes Français allaient prendre le même chemin que nous, un chemin qui a changé l'Europe. Les étapes suivantes seraient écrites par Brandt et Pompidou, par Schmidt et Giscard d'Estaing.

Aujourd'hui, je sais une chose : l'Europe doit aussi beaucoup à ces conservateurs clairvoyants que furent Konrad Adenauer et Charles de Gaulle. Ils savaient combien les courants du nationalisme sont puissants. Ils savaient qu'il faut de hautes digues et une vigilance sans faille pour pouvoir en repousser les débordements dangereux. – L'Europe est cependant – j'en suis convaincu – plus qu'une digue contre les forces obscures du passé. L'Europe a été – pour le jeune homme que j'étais – et elle est aujourd'hui bien plus pour moi : elle est l'espoir qu'ensemble, nous réussissons à construire un futur meilleur.

Une chose est vraie, et Jean-Claude Juncker la rappelle : si l'on veut comprendre l'Europe, il faut entrer dans un cimetière militaire. – Mais ce n'est que la moitié de la vérité. L'Europe, c'est aussi l'espoir d'une société plus juste, du progrès social, de l'ouverture, de la tolérance et de la solidarité. Ceux qui veulent sortir l'Europe de la crise qu'elle traverse aujourd'hui doivent dès lors ne pas s'arrêter à l'art de construire des digues. Il lui faut un projet pour le futur, un esprit visionnaire pour innover, et du courage pour changer les choses, et j'aimerais que notre message aujourd'hui soit le suivant : nous sommes côte à côte, et surtout, nous regardons vers l'avenir.

Je me réjouis de ce que, au cours de l'année écoulée, ce soient nos deux parlements qui ont donné les impulsions principales pour tracer ce qui pourrait être une sortie juste de la crise. Je pense aux mesures de relance de la croissance et de l'emploi qui complètent désormais le traité budgétaire. Je pense à notre action en faveur de la taxation des marchés financiers, et je pense concrètement à la thématique du chômage des jeunes, que nous avons mise à l'agenda européen. Nous ne devons pas accepter qu'il y ait des régions d'Europe où plus de 50 pour cent des jeunes soient sans formation et sans emploi.

Enfin, nous avons aussi toujours attiré l'attention sur le fait qu'une Europe sans contrôle parlementaire et sans responsabilité politique claire fait fausse route. Oui, c'est vrai, il n'existe pas un plan précis du chemin qui mènera l'Europe vers l'avant, mais il y a une boussole, et cette boussole, c'est la démocratie !

J'ai encore bien en mémoire le 40e anniversaire du Traité de l'Élysée. L'Allemagne était alors sur le point de procéder à de grandes réformes. Elle passait pour « l'homme malade de l'Europe », et la France se portait alors plu-

tôt bien. À l'époque, nous n'avons à l'époque pas entendu nous faire la leçon, mais prononcer des paroles d'encouragement, et j'aimerais qu'aujourd'hui, cela soit également le cas dans l'autre sens.

La France est un pays fort, avec des femmes et des hommes formidables, avec de bonnes idées et avec des femmes et des hommes politiques responsables. Le message clair que je leur adresse est : nous sommes à vos côtés. Nous croyons en votre réussite. Dans les grands défis qui sont devant vous, vous pouvez compter sur le soutien de vos amis d'Allemagne.

Permettez-moi un dernier mot sur ce qui se passe actuellement en Afrique : je trouve que la France a agi avec courage en s'opposant au Mali à la progression inéluctable des islamistes. Nos pensées accompagnent les soldats français qui mettent leur vie en jeu dans une intervention périlleuse. Ils ne le font pas uniquement pour la France, ni même uniquement pour les habitants du Mali, mais pour enrayer l'avancée de la domination islamiste dans la zone sud du Sahel, ce qui est dans notre intérêt à tous.

Je comprends dès lors que la France ne souhaite pas rester seule dans cette mission. Si la France attend maintenant de nous un soutien logistique pour que des forces armées africaines puissent être sur le théâtre des opérations dès que possible afin d'offrir au Mali une protection contre une conquête islamiste, nous devrions lui apporter ce soutien.

Il en va de même de la formation de l'armée malienne et des initiatives qui ont pour objectif une pacification que l'on espère durable de la région, y compris par son développement économique. Cela peut prendre beaucoup de temps – j'en suis pleinement conscient.

Mesdames et Messieurs, chers amis, 50 ans, c'est une longue période. Mais si je regarde vers l'avenir, je vous le dis : nous sommes seulement au commencement.

Merci beaucoup.

M. Claude Bartolone,
Président de l'Assemblée nationale :
La parole est à M. Christian Jacob, président du groupe de l'Union pour un mouvement populaire.

M. Christian Jacob (UMP) :
Messieurs les Présidents du
Bundestag et de l'Assemblée nationale,
Monsieur le Président
de la République fédérale,
Madame la Chancelière,
Monsieur le Président de la République,
Monsieur le Premier Ministre,
mes chers collègues,

« L'avenir de nos deux pays, la base sur laquelle peut et doit se construire l'union de l'Europe, le plus solide atout de la liberté du monde, c'est l'estime, la confiance, l'amitié mutuelles du peuple français et du peuple allemand ». C'est ainsi que le général de Gaulle terminait son discours devant la jeunesse allemande au château de Ludwigsburg en septembre 1962. Quelques mois plus tard sera signé le Traité de l'Élysée qui reste, cinquante ans après, l'acte fondateur du pacte d'amitié entre nos deux peuples.

« L'Union européenne doit garantir à ses citoyens et à ses consommateurs l'indépendance et la sécurité alimentaires. »

Christian Jacob, président du groupe UMP

Quel bonheur intense que de célébrer ce traité d'amitié ici à Berlin, là même où s'élevait à l'époque le mur de la honte ! Ce traité, c'est d'abord la volonté de deux hommes qui ont chacun marqué et façonné l'histoire de leurs pays et rendu nos avenirs indissociables : le Chancelier Konrad Adenauer et le général de Gaulle.

Issu de la famille politique qui est l'héritière directe du général de Gaulle, je mesure le chemin que nos pays ont parcouru. L'amitié avec l'Allemagne fait partie du patrimoine génétique politique de notre groupe. Il est simple et naturel pour nous d'être rassemblés en ce jour. Mesurons-nous réellement l'extraordinaire clairvoyance et la volonté sans faille qu'il a fallu à ces deux hommes pour rendre cela possible ? Deux hommes d'État qui ont dépassé leurs trajectoires et histoires personnelles avec une seule obsession : l'intérêt supérieur de leurs deux pays et l'intérêt de l'Europe.

La France et l'Allemagne sont le cœur battant de la construction européenne. Si nous voulons vraiment, pour la jeunesse de demain, une intégration plus forte, nous ne pourrons le faire que sur la base d'un nouvel accord historique entre la France et l'Allemagne. Un accord à la hauteur du monde moderne. Un accord de grande magnitude comme celui de 1963. Un accord comme celui que Helmut Kohl et François Mitterrand ont su conclure en faisant le pari d'une monnaie commune.

Car c'est bien de cela qu'il s'agit aujourd'hui : quel rôle le couple franco-allemand va-t-il continuer à jouer dans la construction européenne ? Quels sont les défis que l'Europe doit relever aujourd'hui ?

La zone euro est toujours extrêmement fragile et il faut s'attaquer aux causes de la crise, notamment au manque de compétitivité de nos économies, et en particulier de l'économie française.

L'adoption de la règle d'or, sans qu'elle revête forcément de valeur constitutionnelle, dans les politiques budgétaires des pays de l'Union

est certes un pas essentiel, un pas vers une meilleure gouvernance économique, vers une meilleure efficacité de la zone euro.

Mais il reste encore tant à faire. Nous devons nous montrer dignes de l'héritage que nous avons reçu de nos pères fondateurs. Cela nécessitera des actes, et souvent des actes forts. Nous ne pouvons durablement partager la même monnaie et pratiquer des politiques budgétaires, économiques, sociales ou fiscales différentes, parfois même divergentes. Cette ambition a été portée par la France depuis longtemps ; Jacques Delors la défendait, Valéry Giscard d'Estaing aussi, Jacques Chirac et Nicolas Sarkozy n'ont cessé d'insister sur son absolue nécessité. Notre réussite collective imposera un rendez-vous de courage et de crédibilité. Si tel n'est pas le cas, nous risquons l'échec.

Si je suis particulièrement sûr de la solidité dans la durée du couple franco-allemand, je dois vous avouer mon inquiétude aujourd'hui devant, disons-le, une certaine frilosité. De notre capacité à relever les défis qui se posent à l'Europe dans les prochaines décennies dépendra la confiance des peuples allemand et français dans l'Union.

Nous cherchons parfois les grands débats fédérateurs capables de nous rassembler et de nous donner un nouvel élan pour avancer. Quels sont nos nouveaux horizons ? Le temps de la vie d'un homme nous sépare presque maintenant de la fin de la Seconde Guerre mondiale. Pour les générations montantes, la paix est un acquis inestimable, mais elle n'est plus un but en soi. Cinquante-six ans après le traité de Rome, qu'allons-nous proposer et décider ensemble ? Soixante et un ans après la Communauté européenne du charbon et de l'acier et un demi-siècle après le traité Euratom, qu'allons-nous proposer ensemble pour une politique énergétique européenne ?

Qu'allons-nous proposer demain pour pérenniser le formidable succès de la politique agricole commune ? L'Union européenne doit garantir à ses citoyens et à ses consommateurs l'indépendance et la sécurité alimentaires, enjeux majeurs du XXIe siècle. L'Allemagne est devenue une grande puissance agricole.

Votre pays a compris, et la France elle-même ne doit pas l'oublier, que, sans industrie agro-alimentaire et agriculture fortes, il n'y a pas de puissance politique forte dans le monde d'aujourd'hui.

Voilà pourquoi nous nous battrons, avec l'Allemagne, je l'espère, pour que le budget de la politique agricole commune 2014–2020 soit maintenu à son niveau actuel et pour convaincre le Conseil européen que l'Europe de demain ne doit pas sacrifier son agriculture et ses paysans.

Qu'allons-nous faire pour protéger notre grand marché intérieur, qui ne peut demeurer une zone débridée et molle à l'heure de la mondialisation ?

Qu'allons-nous proposer, enfin, pour développer une force militaire et diplomatique à la hauteur de notre puissance économique et commerciale ? Nous réaffirmons notre profond attachement à la mise en œuvre d'une véritable politique étrangère et de défense commune. Au moment où les soldats français sont au feu au Mali pour la défense de valeurs qui nous sont communes, je forme l'espoir que l'Union européenne prenne enfin ses responsabilités. Et nous avons besoin de vous, mes chers amis allemands !

Mes chers collègues, l'Europe suscitera l'adhésion des peuples si elle a la force de répondre aux grands enjeux d'un siècle où elle jouera son destin et sa place dans le long cours de l'histoire. Cette réponse dépend d'abord de nos deux Nations, de leur capacité à dépasser leurs intérêts propres et immédiats pour se retrouver ensemble dans un élan porteur de rayonnement : leur rayonnement et le rayonnement de l'Europe.

Pr Norbert Lammert,
Président du Bundestag allemand :
La parole est à notre collègue Rainer Brüderle, pour le groupe parlementaire FDP.

M. Rainer Brüderle (FDP) :
Messieurs les Présidents,
Madame la Chancelière fédérale,
Mesdames et Messieurs,

Nous célébrons aujourd'hui les cinquante ans du Traité de l'Élysée, d'un traité qui marque la naissance officielle de l'amitié franco-allemande.

L'amitié franco-allemande est vécue au quotidien, dans les faits, par des millions de Français et d'Allemands. Je viens de l'Ouest de l'Allemagne, du land de Rhénanie-Palatinat, où cette amitié est profondément enracinée. En effet, les premiers partenariats franco-allemands ont été conclus entre les

« Il est naturel que la dot apportée par nos soins au développement européen soit une attention prononcée à la stabilité de notre monnaie. »

Rainer Brüderle, président du groupe FDP

villes de Mâcon et de Neustadt an der Weinstraße, d'une part, et entre Mayence et Dijon, d'autre part. C'est également en Rhénanie-Palatinat que se trouve la Kaiserpfalz d'Ingelheim, ce Palais impérial cher au cœur de l'homme que vous nommez Charlemagne et nous Karl der Große ; de cet homme qui est notre père commun, même s'il aura fallu attendre des siècles avant que ne règnent à nouveau entre nous la paix et la chaleur qui conviennent entre frères.

(Interpellation)

- Entre sœurs également, bien sûr, sœur Roth.

À voir les guerres et les conflits qui déchirent d'autres parties du monde, nous pouvons sentir la chance que nous avons d'être en Europe, et d'avoir l'Europe. Nous devrions toujours avoir cela à l'esprit. Des événements atroces se déroulent à nos portes, en Algérie par exemple. Face à ce qui s'est passé dernièrement au Mali, la France a décidé d'assumer la responsabilité qui incombe à la communauté internationale. L'Allemagne se tient aux côtés de la France. Par ailleurs, nous contribuons à la lutte contre le terrorisme et l'injustice en Afghanistan et dans la Corne de l'Afrique et soutenons la Turquie, notre partenaire au sein de l'OTAN.

L'ordre du monde est en pleine mutation. L'ère actuelle n'est plus celle de l'Europe. De fait, deux tiers de la croissance économique mondiale émanent des pays émergents. Des marchés émergents se constituent dans d'autres régions, en Chine, en Inde, au Brésil et en Russie. L'Europe doit s'efforcer de tenir le rythme. Dans une trentaine d'années, la grande Union européenne, ses 28 États, et les États-Unis d'Amérique ne représenteront plus ensemble que 7 % de la population mondiale – et la tendance est à la baisse. Tel doit être notre défi. L'Europe doit être actrice de l'ordre mondial et du développement mondial et ne

peut y assister passivement. Pour ce faire, l'Europe doit se doter d'atouts. L'Europe est forte lorsque l'Allemagne et la France sont proches l'une de l'autre. L'Europe est forte lorsque nos économies respectives sont saines, lorsque nous sommes compétitifs, lorsque nous sommes à même de suivre le rythme du reste de la planète.

Hors d'Europe, certains observateurs misaient sur l'effondrement de notre Union monétaire. Ils se sont trompés. L'Europe a surmonté les épreuves. L'euro est stable et le restera. Dans ce domaine aussi, la coopération entre la France et l'Allemagne a joué un rôle décisif.

Je prie nos amis français – et nos amies françaises ! – de bien vouloir comprendre pourquoi les Allemands craignent à ce point la dévaluation de la monnaie et l'inflation. À l'entame comme à la fin de l'époque la plus funeste de leur Histoire, les Allemands ont connu l'inflation, la dévaluation et une réforme monétaire. À deux reprises, ils ont perdu leur argent. Il est dès lors naturel que la dot apportée par nos soins au développement européen soit une attention prononcée à la stabilité de notre monnaie. L'euro doit être stable.

L'économie de marché est pilotée par l'intermédiaire des prix. Si les prix ne sont pas le reflet fidèle de l'offre et de la demande sur les marchés, nous allons dans la mauvaise direction. Dévaluation et inflation constituent une injustice sociale qui frappe prioritairement les petites gens, ceux de nos concitoyens dont le livret d'épargne et le compte à vue ne leur permettent pas d'acheter un bien immobilier au Canada. Il nous tient dès lors particulièrement à cœur, à tous, de garantir cette stabilité.

Nous avons progressé ensemble. Le pacte budgétaire et le mécanisme européen de stabilité nous ont permis d'aller de l'avant. La France et l'Allemagne donnent le tempo. Nous avons toujours dit que chacun était invité à emboîter le pas à nos deux pays, mais que celui qui ne le voulait pas ne devait pas empêcher les partisans d'une plus grande intégration de s'engager dans cette direction. Le mot d'ordre doit donc être de continuer à avancer, d'édifier l'Europe, de réformer l'Europe.

Nous sommes différents. Nous ne deviendrons pas une copie des États-Unis d'Amérique. Nous sommes culturellement différents ; nous cultivons une autre diversité, une autre tradition. Mais c'est précisément ce qui peut faire notre force. Notre diversité, notre pluralité pourraient nous permettre de mieux nous adapter aux défis que le monde ne manquera pas de nous poser à l'avenir.

À mes yeux, l'euro est précisément le symbole de notre capacité d'agir, de la paix et de la prospérité en Europe. Cela doit être notre modèle, la démonstration que l'Europe poursuit sa route sans fléchir. Et c'est pourquoi je dis : Vive la France ! Vive l'Allemagne ! Vive l'Europe !

Je vous remercie.

M. Claude Bartolone,
Président de l'Assemblée nationale :
La parole est à M. Jean-Louis Borloo, président du groupe Union des démocrates et indépendants.

M. Jean-Louis Borloo (UDI) :
Monsieur le Président
de la République fédérale d'Allemagne,
Monsieur le Président
de la République française,
Madame la Chancelière,
mes chers collègues,

Il y a soixante-dix ans, nos peuples se déchiraient, entraînant l'Europe et le monde. Il y a cinquante ans, les belligérants inapaisables d'hier étaient devenus les bâtisseurs acharnés d'un destin commun. Après des combats séculaires, malgré la morsure quotidienne de la douleur et la peine irréparable des familles endeuillées, des femmes et des hommes avaient eu le courage merveilleux du pardon. Grâce à Konrad Adenauer et au général de Gaulle, le rapport de force est devenu un rapport de foi. Notre amitié, l'expression de l'espoir, est désormais la trame invisible et consubstantielle de l'Europe.

Oui, l'Europe est une conscience, car elle a été la réponse humaine au chaos terrible et des-

« Le rapport de force est devenu un rapport de foi. »

Jean-Louis Borloo, président du groupe UDI

tructeur entraîné par les fanatismes. L'Europe bâtie sur l'amitié franco-allemande est une conscience, et c'est tout le sens du Traité de l'Élysée. À l'heure où des soldats français se battent aux côtés des Maliens contre de nouveaux fanatismes, la conscience européenne doit trouver une nouvelle fois à se révéler. Dans ce combat, l'engagement politique de l'Europe est vital pour trouver les solutions urgentes, mais aussi globales, au problème sahélien. La solidarité européenne peut prendre des formes diverses, mais elle doit être totale, dans l'urgence, certes, mais également au-delà, car rien ne sera durable sans une réelle politique pour l'Afrique.

L'enjeu de l'Afrique est pour nous l'enjeu du XXIe siècle. L'Afrique, dont la plus proche frontière n'est qu'à dix-sept kilomètres de l'Europe, l'Afrique, qui comptera bientôt deux milliards d'habitants, l'Afrique, qui dispose d'énormes ressources et, en même temps, doit faire face à tous les dangers que vous connaissez – climatiques, politiques et de la faim –, est notre plus grand danger ou notre plus grande chance. Il nous faut donc une stratégie Europe-Afrique, c'est vital, il nous faut un plan global : économique, éducatif et énergétique. Nous savons, en dix ans, faire passer l'accès à l'énergie de l'Afrique de 25 % à 100 % : c'est une condition indispensable du développement dont la réalisation, pertinente sur le plan économique, c'est un outil de croissance pour l'Europe et la meilleure façon de lutter contre les fanatismes.

Mes amis, ce n'est plus de plans d'aide que nous avons besoin, mais d'une stratégie Europe-Afrique. Nos différences sont nos richesses, ne les laissons pas devenir de l'indifférence. C'est surtout à cela que sert un anniversaire : s'arrêter pour revenir à l'essentiel et éclairer l'avenir. Notre famille UDI est composée d'Européens convaincus, défenseurs d'une Europe politique plus intégrée, notamment en matière économique, sociale et environnementale.

(L'orateur conclut son intervention en allemand.)

En tant qu'héritiers de Robert Schuman, de Jean Monnet, de Valéry Giscard d'Estaing et de Simone Veil, nous savons que l'amitié franco-allemande est l'âme et le stabilisateur de cette construction. Mille mercis, mes amis. Vive l'amitié franco-allemande !

Pr Norbert Lammert,
Président du Bundestag allemand :
La parole est maintenant à M. Gregor Gysi pour le groupe La Gauche.

M. Gregor Gysi (La Gauche) :
Messieurs les Présidents,
Chers Présidents, j'ai si peu de temps que je dois m'adresser à vous de manière groupée.
Monsieur le Premier Ministre,
Madame la Chancelière,

Je ne peux pas aborder aujourd'hui des questions de politique concrète ; mon temps de parole est trop court. Il a été souligné à juste titre combien l'acte accompli il y a 50 ans le Président de la République de l'époque, le général Charles de Gaulle, et l'ancien Chancelier Konrad Adenauer avec la signature du Traité de l'Élysée était un acte important.

« Nous ne voulons pas d'une nation qui soit au-dessus de nous, mais nous ne voulons pas non plus d'une nation qui nous soit inférieure. »

Gregor Gysi, président du groupe La Gauche

Mais je veux insister sur une chose : nos deux peuples ont accompli un acte encore plus important, car ils sont vraiment allés à la rencontre l'un de l'autre.

Je dois souligner que l'accomplissement, à l'époque, de cet acte par le peuple français est encore plus impressionnant. Vous le savez : la dernière guerre entre l'Allemagne et la France remontait à la fin de la première moitié du XX^{e} siècle. La dictature nazie était encore trop proche, tout comme les crimes qui avaient été commis en France. Le peuple allemand souhaitait la réconciliation : c'est bien compréhensible. Mais il y avait des réserves parmi le peuple français. Vous avez surmonté ces réserves et vous avez cherché la réconciliation avec l'Allemagne. Ce fut un acte courageux, auquel il faut rendre hommage.

Ma propre famille a également été touchée. Si ma sœur et moi-même avons connu notre grand-mère Erna Gysi, c'est uniquement grâce à la France ; elle n'avait en effet aucune chance de survivre dans l'Allemagne nazie et trouva refuge dans la partie non occupée de la France. Elle continua à vivre là-bas après la Seconde Guerre mondiale, jusqu'à sa mort à Paris. C'était vraiment une femme très intelligente, très instruite et pleine d'humour. Je remercie la France de nous avoir donné la chance de la connaître.

Mes parents aussi avaient d'ailleurs trouvé refuge en France, mais ils durent revenir en Allemagne nazie, non parce que la France le voulait, mais parce que leur parti en avait décidé ainsi. Je n'en dirai pas plus. Heureusement, ils ont survécu, sans quoi ma sœur et moi-même n'aurions pas vu le jour, ce dernier aspect ayant, du moins pour moi, une importance certaine.

Je dois maintenant vous dire encore quelque chose à propos de ma famille. Ma fille – ce sont les temps nouveaux – apprend le français depuis l'âge de cinq ans. Elle a maintenant 16 ans, et tous ceux qui connaissent le français me disent qu'elle le parle bien. Le problème est que moi, je ne parle pas un mot de français. C'est pourquoi elle m'accompagne volontiers en France, elle aime bien venir avec moi au restaurant, elle parle avec les serveurs et lit la carte pour moi. Moi, je suis là comme un imbécile. Si vous me connaissiez un peu mieux, vous comprendriez combien elle adore ça.

Je dois admettre qu'il y a une chose que les Français font mieux que les Allemands : manifester. Je ne pense pas seulement à la prise de la Bastille ou à la Commune de Paris, mais aussi au fait que des millions de personnes sont descendus dans les rues à Paris lorsqu'il était question de supprimer la protection contre le licenciement des jeunes diplômés pendant leurs deux premières années de travail.

Je sais que le dîner en France peut être quelque chose d'extraordinaire, mais je dois vous dire une chose : le petit-déjeuner...

Vous savez : il y a en France de ces petits hôtels où l'on reçoit un croissant, une noix de beurre et un chouïa de confiture. C'est bien gentil, mais ce n'est pas un petit-déjeuner.

Nous, les Allemands, nous nous y prenons mieux pour le petit-déjeuner, et je crois une chose : on ne peut bien manifester que si l'on a pris un bon petit-déjeuner.

C'est pourquoi je vous dis : nous pouvons apprendre les uns des autres. Et nous devrions apprendre ceci : nous ne voulons pas d'une nation qui soit au-dessus de nous, mais nous ne voulons pas non plus d'une nation qui nous soit inférieure. Nous voulons l'égalité des droits.

Nous avons besoin d'une Europe des peuples démocratique, sociale, écologiquement durable, solidaire et pacifique. C'est pour cela que nous devons nous battre.

Permettez-moi de dire encore un mot en conclusion sur la jeune génération. Nous voyons grandir une jeunesse qui ne peut même plus imaginer ce qu'est la guerre entre nos pays, bien que la dernière guerre ne soit pas encore si éloignée que ça. Si on leur dit « guerre entre l'Allemagne et la France », ils croient qu'on leur parle du Moyen-Âge. Si nous parvenions à une chose, à savoir que la guerre entre l'Allemagne et la France leur paraît tellement absurde que s'il devait y avoir un idiot appelant à la guerre, ils ne l'écouteraient même pas, alors nous aurions réussi.

Merci.

M. Claude Bartolone,
Président de l'Assemblée nationale :
Je ne sais pas si l'orateur suivant est un spécialiste du petit-déjeuner, mais la parole est à M. François de Rugy, pour le groupe écologiste.

M. François de Rugy (Écologiste) :

(L'orateur commence en allemand.)

Monsieur le Président Lammert,
Monsieur le Président Bartolone,
Monsieur le Président
de la République fédérale d'Allemagne,
Madame la Chancelière,
Monsieur le Président de la République,
Monsieur le Premier Ministre,
Mesdames et Messieurs,
chers collègues,

À l'occasion de l'anniversaire du Traité de l'Élysée, nous pourrions prononcer des discours très longs sur l'histoire, mais on ne m'a accordé que trois petites minutes, c'est pourquoi j'irai tout de suite à l'essentiel. Je vais d'ailleurs poursuivre en français, cela ira plus vite !

« Les compétences acquises par les uns seront utiles aux autres. »

François de Rugy, président du groupe écologiste

(L'orateur poursuit en français.)

L'Europe subit encore les conséquences économiques, mais aussi politiques, d'une crise financière sans précédent. Il nous arrive, Français et Allemands, de ne pas être d'accord sur les remèdes à apporter à cette crise, y compris au sein de chacune de nos familles politiques. Cependant, une chose est certaine : s'il y a la tentation de faire cavalier seul, ou s'il n'y a pas d'accord entre la France et l'Allemagne, personne n'avancera durablement.

Si le Bundestag dispose d'un groupe parlementaire écologiste depuis trente ans, cela ne fait même pas un an qu'il en est de même en France ; j'y vois le signe que nos deux pays se rapprochent. Avec Renate Künast et Jürgen Trittin, nous travaillons à des propositions communes. Nous formons le vœu que ces rapprochements trouvent des mises en œuvre concrètes dans les années à venir, y compris d'ici la fin de cette année.

Je veux dire un mot sur un enjeu immédiat. Aujourd'hui, au Mali, la France souhaite des soutiens larges en Europe. De ce point de vue, l'ambition du Traité de l'Élysée reste à concrétiser en matière de politique extérieure et de sécurité. Pour les enjeux de plus long terme, je voudrais insister sur le défi énergétique.

Mesdames et Messieurs les Députés du Bundestag, nous voulons d'abord vous dire qu'en confirmant récemment le choix de sortie du nucléaire, vous avez fait un bon choix.

Nos différences, dans ce domaine comme dans d'autres, peuvent être des forces : les compétences acquises par les uns seront utiles aux autres. Nous soutenons l'idée d'une Communauté européenne de l'énergie, dont la France et l'Allemagne seraient les deux piliers, pour atteindre l'objectif ambitieux d'un nouveau modèle énergétique 100 % renouvelable.

Écologie, fonctionnement institutionnel plus parlementaire, culture de la négociation et du compromis social : pour les écologistes, si l'Allemagne n'est pas un modèle à copier, elle est une référence dont nous pouvons souvent nous inspirer et nous enrichir et, pour notre part, nous le revendiquons. Pour les années à venir, nous comptons beaucoup sur nos homologues allemands pour être les premiers acteurs de l'approfondissement des convergences fiscales, sociales et environnementales pour l'Europe. En commençant par la France et l'Allemagne, nous nous donnerons les moyens de réussir. Merci de votre attention.

Pr Norbert Lammert,
Président du Bundestag allemand :
Le prochain orateur est M. Jürgen Trittin, pour le groupe Alliance 90/Les Verts.

M. Jürgen Trittin (Alliance 90/Les Verts) :
Messieurs les Présidents,
Madame la Chancelière,

Pouvoir fêter aujourd'hui l'amitié franco-allemande est un grand événement. Ce grand événement, nous le devons au courage, au travail et à l'engagement d'hommes politiques visionnaires. Leurs noms ont été prononcés ici : Konrad Adenauer et Charles de Gaulle. Mais on le doit aussi au courage de ceux qui, à l'époque, parfois de façon très dynamique et pratique, ont démonté les barrières aux frontières.

« Nous avons besoin d'une politique extérieure et de sécurité façonnée par des décisions à la majorité. »

Jürgen Trittin, président du groupe Alliance 90/Les Verts

Le travail et l'engagement ont été ceux de femmes et d'hommes innombrables ; l'amitié entre la France et l'Allemagne a été vécue par d'innombrables personnes, dans le cadre des jumelages entre villes ou des échanges scolaires. Cette amitié transforme dans la réalité la vision de la paix entre les peuples. L'amitié franco-allemande constitue l'épine dorsale d'une Europe commune. Nous avons toujours perçu notre rôle comme étant celui de forces d'entraînement d'une idée européenne. Nous devons ensemble motiver cette Europe, avancer vers plus d'Europe.

Nous devons le faire, car le cœur de l'idée européenne, c'est la démocratie, le marché commun et la solidarité. Sans cette Europe commune, il n'y aurait pas cette paix ; je ne crois pas non plus que, sans cette Europe commune, les dictatures sanguinaires d'Espagne, du Portugal et de Grèce auraient pu être vaincues si aisément.

Nous devons sans cesse faire notre propre examen de conscience sur ce chemin vers plus d'Europe. Nous, Allemands, nous devons nous demander s'il est bien exact que l'on ne peut sortir de cette crise de l'Europe – qui est une crise institutionnelle, économique, mais aussi de plus en plus une crise de légitimation – que par des mesures d'économie, ou bien si ce n'est pas le Président Hollande qui a raison quand il dit que nous devons investir plus dans l'emploi en Europe. Nous ne pouvons pas, dans cette crise, nous détruire nous-mêmes à force de réduire les dépenses.

Dans l'élaboration du budget européen, nous devons concentrer nos efforts communs sur les points suivants : nous devons investir dans la formation, la recherche et les infrastructures, dans un approvisionnement en énergie efficace, sans gaspillage, renouvelable et – je rajoute – sans déchets nucléaires, afin de réduire la dépendance vis-à-vis des importations, de prévenir l'inflation et de renforcer la compétitivité.

L'Allemagne et la France introduisent aujourd'hui la taxe sur les transactions financières dans le cadre d'une coopération renforcée : enfin ! Je crois qu'il ne peut y avoir de politique économique et financière qui ne s'intéresse qu'aux dépenses. Un marché commun implique aussi une politique fiscale commune, qui aille plus loin que simplement la levée d'impôts indirects. Nous avons besoin d'un pacte fiscal, et nous avons besoin d'un pacte contre l'évasion fiscale et contre la fraude fiscale. D'après la Commission européenne, ce sont actuellement 1 000 milliards d'euros d'impôts non payés qui manquent à l'appel chaque année.

Nous devons faire cela ensemble, et nous devons le faire – je suis d'accord avec tous ceux qui l'ont affirmé avant moi – de plus en plus à travers des décisions prises à la majo-

rité. Nous avons besoin d'une politique fiscale commune, mais nous avons aussi besoin d'une politique extérieure et de sécurité façonnée par des décisions à la majorité. Cela nous aiderait encore plus dans la situation où nous sommes actuellement – je veux parler du Mali. Avec son intervention militaire, la France a d'abord stoppé l'attaque des islamistes radicaux. Les Nations Unies, l'Union africaine, l'UE, tous, nous voulons un processus politique de stabilisation du Mali. Si le Mali n'a pas été écrasé, nous le devons à la France. Mais maintenant, il faut trouver aussi vite que possible une issue multilatérale à cette guerre. Les États d'Afrique de l'Ouest doivent être mis en capacité de pourvoir eux-mêmes à la sécurité et à la stabilité de la région. L'Allemagne y apportera sa contribution.

Une responsabilité commune, cela veut dire aussi partager les fardeaux, y compris en des temps difficiles. L'amitié de nos deux pays est une formidable prouesse. Ensemble, nous voulons continuer à nous battre pour elle et à mettre toutes nos forces dans cette amitié. C'est bon pour la France, c'est bon pour l'Allemagne, et c'est bon pour l'Europe.

Merci.

M. Claude Bartolone,
Président de l'Assemblée nationale :
La parole est maintenant à M. Joël Giraud,
pour le groupe radical, républicain, démocrate
et progressiste.

M. Joël Giraud (RRDP) :
Monsieur le Président du Bundestag,
Monsieur le Président
de l'Assemblée nationale,
Monsieur le Président
de la République fédérale d'Allemagne,
Monsieur le Président
de la République française,
Madame la Chancelière,
Monsieur le Premier ministre,
chers collègues allemands et français,

« Aujourd'hui plus que jamais, nous continuons à défendre l'idée d'un fédéralisme européen. »

Joël Giraud, membre du groupe RRDP

Le 20 septembre 1954 à Nevers, ville qui fut ensuite celle de François Mitterrand et de Pierre Bérégovoy, le Président Pierre Mendès France, grande figure du radicalisme français, s'exprimait en ces termes devant les survivants des maquis dans cette région qui avait payé un lourd tribut à la Seconde Guerre mondiale : « Le moment est venu où il devenait nécessaire de faire face à la fois à toutes les échéances jusque là ajournées […]. Le temps travaillant sans nous a pris hypothèque sur nos décisions […]. Notre réponse comporte avant tout l'affirmation d'une volonté sincère de réconciliation définitive entre la France et l'Allemagne […]. La réconciliation franco-allemande est une condition de la stabilité politique de l'Europe comme de son développement économique et social. »

Pour la première fois, un chef de gouvernement français répondait clairement à la main tendue depuis 1949 par le Chancelier Konrad Adenauer. Et Pierre Mendès France ajoutait aussitôt : « Une compréhension loyale, réelle, durable entre la France et l'Allemagne demande pour se réaliser pleinement autre chose qu'un tête-à-tête entre les deux Nations. »

Ainsi donc, neuf ans avant la signature du traité dont nous célébrons aujourd'hui le cinquantième anniversaire, mais vingt-cinq ans après le discours d'Aristide Briand à la Société des Nations, où ce dernier déposait un mémorandum, qui ne fut pas retenu, sur l'or-

ganisation d'un régime d'union fédérale européenne, les bases de l'Europe étaient lancées sur le pilier de la réconciliation franco-allemande.

Aujourd'hui plus que jamais, nous continuons à défendre l'idée d'un fédéralisme européen, face à la résistance qu'oppose à cette construction intégrée l'irréductible diversité des sociétés européennes, car l'Europe fédérale opposera toujours la connaissance, l'innovation, la jeunesse, le développement humain, la laïcité aux nationalismes renaissants, aux égoïsmes et aux souverainismes qui sont une insulte à la paix et à la démocratie.

Au demeurant, sur le plan économique, l'Europe n'a-t-elle pas franchi un pas de plus vers le fédéralisme européen la nuit du 13 au 14 décembre 2012, au cours de laquelle l'Union européenne a adopté l'accord sur la supervision unique des banques ? Cet accord a mis un terme à la crise de l'euro et l'Europe a, cette nuit-là, fait le choix d'avancer dans la voie du fédéralisme.

Il faut maintenant, à notre sens, se doter des outils nécessaires pour assurer notre souveraineté économique et financière avec la création d'un ministre européen de l'économie et par l'émergence, au cœur de l'Union européenne, à Paris ou à Francfort, d'une place financière capable de gérer la monnaie commune.

(L'orateur conclut en allemand.)

On parle souvent des foules acclamant le général de Gaulle lors de son voyage de septembre 1962 en République fédérale d'Allemagne. Mais se souvient-on des nombreuses pancartes qui l'accueillaient, sur lesquelles était écrit : « Vive l'Europe fédérale » ? C'est au nom de celles et ceux, citoyens allemands, qui voyaient dans la réconciliation franco-allemande l'espoir de ce fédéralisme européen que nous, députés radicaux de gauche français, sommes venus ici au Bundestag, porter ce message d'une Europe fédérale, d'une vraie puissance civile, politique, conciliatrice, et d'une vraie Europe des territoires.

Merci beaucoup, et que vive notre amitié !

M. Claude Bartolone,
Président de l'Assemblée nationale :
La parole est à M. André Chassaigne, président du groupe de la Gauche démocrate et républicaine.

M. André Chassaigne (GDR) :
Messieurs les Présidents,
Madame la Chancelière,
Mesdames, Messieurs,

Il me revient donc de prononcer la dernière intervention de cette séance. M'échoient les trois, voire quatre minutes finales de cet hommage que nous avons rendu avec émotion à l'amitié des peuples français et allemand, en célébrant et en revivifiant, Monsieur le Président, le Traité de l'Élysée.

Ce texte a scellé le rapprochement de nos deux pays, dont les pages sombres de l'histoire commune n'étaient pas une fatalité. Dix-neuf ans plus tôt, en février 1944, quelques heures avant d'être fusillé, Missak Manouchian, militant communiste et résistant, écrivait à son épouse : « Au moment de mourir, je proclame que je n'ai aucune haine

« Il est grand temps de remettre la table d'un nouvel avenir. »

André Chassaigne, président du groupe GDR

contre le peuple allemand et contre qui que ce soit […]. Le peuple allemand et tous les autres peuples vivront en paix et en fraternité après la guerre qui ne durera plus longtemps. »

Nos deux peuples ont su répondre à son espoir en faisant de notre réconciliation un symbole pour tous les militants de la paix et de l'amitié entre les peuples.

Chers collègues, « c'est la douce loi des hommes » que « de changer les ennemis en frères », écrivait le poète Paul Éluard. Rappelons que cette relation d'amitié trouve aussi ses racines dans l'histoire du mouvement ouvrier et des idées portées des deux côtés du Rhin par des figures comme Rosa Luxemburg et Jean Jaurès. Avant eux, Victor Hugo, dans un discours visionnaire prononcé le 1er mars 1871 à l'Assemblée nationale, liait déjà le destin de l'Europe à la « fraternité » entre la France et sa « sœur », l'Allemagne.

Pour continuer à faire vivre cette amitié, nous avons une responsabilité collective à assumer. C'est ce que prévoit notre déclaration commune, en confiant l'entretien de ce bien si précieux à cette si belle flamme qu'est la jeunesse.

Cet esprit de responsabilité implique que nous surmontions ensemble les obstacles à la fraternité et à la solidarité entre les peuples. Le pouvoir exorbitant de la finance et l'aggravation des inégalités sont autant de facteurs de division qu'il nous faut combattre. La crise économique et sociale que nous traversons, alimentée par le choix de l'austérité et par les inégalités croissantes entre les États et entre les citoyens, entretient les égoïsmes et les replis identitaires au détriment des peuples européens. Pour tous, malheureusement, la guerre économique est devenue une réalité. Les salariés français, allemands, européens en paient le prix fort.

Le courage, le souffle et la force qui avaient accompagné la signature du Traité de l'Élysée doivent aujourd'hui nous inspirer pour réorienter la construction européenne et bâtir un nouvel avenir. En quelque sorte, pour reprendre une image de mon collègue et camarade Gysi, il est grand temps de remettre la table, celle d'un nouvel avenir, l'avenir d'une Europe sociale et solidaire, d'une Europe plus respectueuse des intérêts des peuples, et plus respectueuse de leur souveraineté.

Merci beaucoup pour toutes les contributions *(en français)*. Les débats sont clos.

Ainsi que mon homologue Claude Bartolone, je prends acte de l'approbation par nos deux parlements de la déclaration commune à l'occasion du 50e anniversaire de la signature du Traité de l'Élysée. Lors de cette réunion spéciale, et dans les termes de cette déclaration commune du Bundestag allemand et de l'Assemblée nationale, nous réitérons notre volonté de prolonger et de promouvoir l'amitié franco-allemande par la coopération parlementaire en Europe.

Je vous remercie toutes et tous, et toi tout particulièrement, cher Claude Bartolone, et je vous prie maintenant de vous lever pour nos hymnes nationaux.

(L'assistance se lève – Hymnes nationaux – Applaudissements)

La séance est close.

Conclusion par le Professeur Norbert Lammert, Président du Bundestag allemand

Marseillaise

Allons enfants de la Patrie,
Le jour de gloire est arrivé !
Contre nous de la tyrannie,
L'étendard sanglant est levé, *(bis)*
Entendez-vous dans les campagnes
Mugir ces féroces soldats ?
Ils viennent jusque dans vos bras
Égorger vos fils, vos compagnes !

Refrain :

Aux armes, citoyens
Formez vos bataillons
Marchons, marchons !
Qu'un sang impur
Abreuve nos sillons !

Hymne national de la République fédérale d’Allemagne

Einigkeit und Recht und Freiheit
für das deutsche Vaterland.
Danach lasst uns alle streben,
brüderlich mit Herz und Hand.
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand.
Blüh im Glanze dieses Glückes,
blühe, deutsches Vaterland! *(zweimal)*

Unité et droit et liberté
pour la patrie allemande !
Tendons tous vers cela
fraternellement, avec le cœur et la main !
Unité et droit et liberté
sont les fondements du bonheur ;
|:Fleuris dans l'éclat de ce bonheur,
fleuris, patrie allemande !:| *(bis)*

Déclaration commune du Bundestag allemand et de l'Assemblée nationale à l'occasion du 50e anniversaire de la signature du Traité de l'Élysée

22 janvier 2013

Déclaration commune du Bundestag allemand et de l'Assemblée nationale

Cinquante ans après la signature du Traité de l'Élysée, l'Europe se trouve devant de grands défis économiques et politiques. Pour y faire face, une Union européenne capable d'agir et la coopération étroite entre ses États membres, et singulièrement entre l'Allemagne et la France, sont indispensables.

L'histoire de nos pays et du continent européen, pendant des décennies et des siècles, n'a pas été une histoire de paix, d'amitié et de coopération, mais celle de rivalités et de guerres, qui a coûté à des millions d'hommes et de femmes leur vie, leur santé, leur terre natale et leurs biens. Malgré les souffrances infligées dans toute l'Europe par des Allemands, à travers les crimes nazis, la France a, dans les années 1950 et 1960, été prête à la réconciliation et à l'intégration de l'Allemagne dans une construction européenne commune. Cet élan réussi vers un nouvel avenir commun est considéré aujourd'hui dans le monde entier comme un exemple de réconciliation et de partenariat. La coopération franco-allemande est devenue aujourd'hui un socle naturel et fiable du processus d'intégration européen. Le rapprochement, l'amitié et la coopération entre nos deux pays sont égale-

ment un exemple qui doit inciter à dépasser les égoïsmes nationaux et à œuvrer, même en des temps difficiles, pour des relations constructives et de partenariat avec leurs voisins. Le Bundestag allemand et l'Assemblée nationale en appellent à la jeunesse européenne pour qu'elle conserve, entretienne et développe toujours plus l'héritage de l'amitié franco-allemande.

Entre les parlements, les gouvernements, les institutions publiques, les forces armées, les villes et parmi la jeunesse, nous avons créé un réseau den-se de coopération, avec :

– les sommets franco-allemands semestriels,
– les rencontres régulières des ministres,
– les réunions conjointes des bureaux et des commissions des deux assemblées,
– les échanges de personnels des ministères et parlements,
– les représentations diplomatiques et bureaux culturels communs à l'étranger,
– les centaines de jumelages entre nos villes et nos régions,
– les programmes d'échange de l'Office franco-allemand pour la jeunesse, auxquels ont participé plus de huit millions de jeunes des deux pays,
– l'Université franco-allemande, qui compte 5000 étudiants et 142 cursus,
– la Brigade franco-allemande, qui constitue une unité militaire intégrée.

L'Allemagne et la France sont des Nations économiques fortes en Europe, qui détiennent ensemble plus du tiers du produit intérieur brut de l'Union européenne et sont étroitement liées au sein du marché unique ; comme telles, elles ont un intérêt spécial, mais aussi des capacités particulières à porter de l'avant la construction de l'Union européenne et à y préserver la prospérité, la sécurité et la compétitivité. Le marché unique et l'Union économique et monétaire constituent le fondement économique indispensable d'une Europe forte et dotée d'une capacité d'action politique. Nous devons tirer les enseignements de la crise financière sévère et assumer ensemble nos responsabilités pour le succès du modèle européen dans la compétition mondiale. Un marché intérieur commun et une monnaie commune requièrent une politique économique commune ainsi qu'une politique financière, sociale et environnementale étroitement coordonnée. L'Union européene doit également poursuivre ses efforts en matière de lutte contre le changement climatique et en vue d'assurer un haut degré de protection de l'environnement.

I. Le Bundestag allemand et l'Assemblée nationale appellent à mettre la coopération franco-allemande au service de la poursuite et de l'approfondissement de l'intégration et de l'ancrage démocratique de l'Union européenne, même – et surtout – en des temps de crise politique et économique. Cette intégration ne saurait être réduite à des questions économiques et monétaires : elle doit avant tout offrir à la jeunesse une nouvelle perspective en Europe pour la formation, l'emploi et la croissance.

II. Les parlements ont un rôle essentiel à jouer dans la réussite de ce projet et affirment leur volonté d'engager une nouvelle étape de leur coopération. Nous entendons renforcer la coopération de nos deux assemblées :

1. Nous débattrons lors de réunions régulières des bureaux, des commissions des affaires étrangères, des commissions des affaires européennes, des autres commissions sectorielles et des groupes d'amitié des deux assemblées, des questions d'intérêt commun, notamment des principaux sujets de l'agenda européen.

2. Sur les thèmes particulièrement importants, tel celui de la transition énergétique, nous constituerons des groupes de travail composés de députés des deux assemblées à l'image de ceux qui ont été créés sur la jeunesse, sur la diversité culturelle et sur la crise économique et financière.

3. Nous demandons aux commissions compétentes de nos assemblées d'élaborer des positions communes à l'égard des État candidats à l'entrée dans l'Union européenne, particulièrement avant le début de négociations d'adhésion et au terme de celles-ci.

4. Nous affirmons notre engagement d'accompagner les transitions démocratiques, le cas échéant en organisant des déplacements de délégations communes des deux assemblées dans les pays concernés, et en développant des coopérations parlementaires avec les pays qui le souhaitent.

5. Nous encourageons, comme moyen d'approfondissement du travail interparlementaire et de renforcement d'un espace démocratique à l'échelle de l'Union, la coopération entre les groupes politiques des deux assemblées.

6. Nous renforcerons la coopération également au niveau des administrations parlementaires. Nous poursuivrons notamment l'échange régulier, y compris de plus longue durée, entre collaborateurs des deux assemblées.

7. Nous compléterons, en concertation étroite avec l'OFAJ, les programmes destinés à la jeunesse mis en œuvre dans les deux assemblées par des rencontres régulières entre jeunes d'Allemagne, et de France et d'autres pays européens. Ces initiatives pourront être menées en y associant le Parlement européen.

8. Nous nous attacherons à poursuivre le développement des échanges scolaires, à renforcer vigoureusement, en commençant dès l'école maternelle/Kindergarten, l'apprentissage de la langue du partenaire et à intensifier la coopération dans le domaine des cursus intégrés et entre les universités. Nous encouragerons le déploiement de politiques européennes ambitieuses en faveur de l'emploi des jeunes et des échanges d'étudiants de l'enseignement supérieur, en particulier en renforçant les programmes Erasmus et Socrates.

9. Nous préconisons l'adoption de mesures facilitant les échanges entre nos deux peuples et la vie de nos concitoyens résidant dans l'autre pays, en particulier dans les domaines du droit de la famille, de la reconnaissance des diplômes et des qualifications professionnelles ainsi que de la mobilité scolaire et universitaire.

10. Nous encourageons le développement d'instituts culturels communs ainsi que de représentations diplomatiques et consulaires européennes en dehors de l'Union européenne.

Pour en savoir plus

[…]

Moment d'Histoire

La neige et les températures glaciales qui accablent nos contrées en ce 22 janvier posent de fameux défis aux organisateurs, qui, à Paris comme à Berlin, préparent cette rencontre depuis des mois. Pourtant, lorsqu'à 11 h 14, la majorité des membres de l'Assemblée nationale atterrissent à Berlin à bord d'un Airbus 340, l'un des symboles de la coopération franco-allemande, l'ambiance est au beau fixe et à la joie de prendre part au grand événement. « C'est vraiment un moment chargé d'Histoire. Je suis ravi de pouvoir vivre cette journée », déclare William Dumas, député du Gard, à son arrivée au portail Ouest du bâtiment du Reichstag, avant de se diriger vers l'étage où se réunissent les groupes parlementaires. L'heure est aux présentations, ou aux retrouvailles, avec les collègues allemands. Nombre de députés se connaissent grâce au travail conjoint accompli, par exemple, au sein des commissions des affaires européennes et de la défense ou des consultations semestrielles entre les gouvernements allemand et français – volet important du Traité de l'Élysée, mais aussi de la déclaration commune signée par les deux pays en 2003, lorsque les deux parlements s'étaient réunis à Versailles pour célébrer le 40e anniversaire de la signature du traité.

Plus qu'un jubilé

Un anniversaire qui réunit députés allemands et français à Berlin
(« Das Parlament », n° 6/7)

Dix ans plus tard, certains d'entre eux, ayant répondu à l'invitation allemande, se retrouvent réunis autour de tables rondes élégamment dressées dans le foyer du bâtiment Paul-Löbe. L'imposante construction, véritable cathédrale faite de béton, de verre et de métal, forme un ensemble qui ne saurait contraster davantage avec le château de Versailles, mais n'en est pas moins tout aussi chargé sur le plan symbolique. En ce jour, les tables parées de nappes de couleur crème, la moquette rouge et la lumière chaude confèrent pourtant au lieu une atmosphère festive, presque chaleureuse. Depuis le foyer du bâtiment Paul-Löbe, on peut apercevoir d'un côté la Chancellerie fédérale, construite après la réunification, et de l'autre la Spree. Sur la rive d'en face se dressait autrefois le Mur, avec ses barbelés et ses postes de tir automatique.

Durant le déjeuner, Claude Bartolone, Président de l'Assemblée nationale, déclare que ce lieu est la démonstration que les hommes et les femmes peuvent changer l'Histoire. Le vent de l'Histoire souffle aussi lorsque, sortis de table, les députés allemands et français prennent place dans l'hémicycle, spécialement aménagé pour la séance solennelle. Les sièges bleus, habituellement répartis par groupe parlementaire, ont cédé la place à des chaises noires et légères, disposées en rangées. En cet après-midi, ce sont les deux Présidents du Bundestag et de l'Assemblée nationale, le secrétaire général du Bundestag, Horst Risse, et son homologue française, Corinne Luquiens, qui ont pris place à la tribune.

Dans la salle, les députés, réunis en petits groupes franco-allemands, distribuent maintes accolades et nombre d'entre eux prennent rapidement une photo-souvenir à l'aide de leur téléphone portable avant que ne retentisse le gong, sous le coup de 14 h 16. Tous se lèvent et applaudissent spontanément. Les Présidents Lammert et Bartolone, le Président fédéral Joachim Gauck, le Président français François Hollande et la Chancelière fédérale Angela Merkel sont alors conduits, en compagnie de représentants des pouvoirs publics constitutionnels, vers une rangée de sièges leur étant réservée. Vient ensuite un bref moment de silence, comme si tous sentaient que cette séance n'est pas une séance comme les autres. Saluant l'assistance, le Président du Bundestag déclare : « Celui qui a conscience de ce que représentent 50 ans dans l'Histoire européenne récente ne peut penser qu'il ne s'agit aujourd'hui que d'un jubilé, d'un événement comme il y en a tant. » Rappelant que toute relation stable et durable traverse « des phases de passion et de raison », il constate que les deux pays se trouvent actuellement

dans une « phase de raison passionnée plutôt que d'inclination romantique » et que « cela ne doit pas être considéré comme un handicap ». La normalisation des relations est à ses yeux une évolution dont « on s'accommode parfaitement, mieux que jamais auparavant dans l'Histoire de l'Allemagne. » Le Président français, François Hollande, rappelle lui aussi que « les destins de la France et de l'Allemagne » sont étroitement liés. Dépassant l'éloge du passé, il appelle à ouvrir de « nouvelles perspectives » pour l'avenir. En la matière, la jeunesse et l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) ont joué un rôle tout particulier dans les relations entre les deux pays. Or, avertit encore M. Hollande, la jeunesse est frappée par la crise. Il annonce dès lors la poursuite de l'harmonisation des systèmes de formation professionnelle.

Responsabilité commune

Prenant la parole, la Chancelière fédérale, M^me^ Merkel, juge que la pérennité de cette amitié passe par la curiosité à l'égard du voisin. « Cette curiosité, ajoute-t-elle, il faut la préserver […] et la transmettre de génération en génération. En effet, si quelqu'un n'est pas curieux, ce n'est pas par un traité qu'on pourra lui ordonner de s'intéresser aux autres. » Poursuivant son allocution, elle déclare « que l'Allemagne et la France éprouveront encore à l'avenir une même responsabilité commune – vis-à-vis de nos deux pays mais aussi et toujours dans le contexte européen. »

Claude Bartolone, Président de l'Assemblée nationale française, se dit lui aussi convaincu que les deux pays ne pourront progresser qu'ensemble. Pour ce faire, il convient avant toute chose de faire avancer l'intégration européenne : « l'âme de notre amitié, c'est l'Europe ! » Mais, face au débat suscité par la crise de l'euro, il appelle aussi à davantage de croissance: « sans le retour à la croissance, rien n'est possible en Europe. » Le débat qui voit ensuite les présidents de groupes des deux parlements prendre la parole met en lumière les nombreuses réalisations nées des relations entre les deux pays, mais aussi tout

le chemin qui reste à parcourir. Au terme de celui-ci, les parlementaires adoptent la déclaration commune, qui arrête les perspectives de collaboration future entre les deux pays. Si le débat en question rappelait presque la politique dans ce qu'elle a de quotidien, la dernière partie de la séance offre un moment rare dans la vie parlementaire : un moment d'accalmie – mais aussi d'émotion. Une émotion qui se lit sur le visage de certains députés, alors qu'accompagnés du son des cuivres, ils entonnent la Marseillaise, puis l'hymne national allemand.

Puissance de la musique

Les députés ressentiront une fois encore la puissance unificatrice de la musique lors du concert de clôture, donné en la Philharmonie de Berlin à l'invitation du Président fédéral Gauck. L'orchestre interprète l'ouverture d'Egmont, inspirée à Beethoven par l'œuvre de Goethe, et la symphonie n° 3 avec orgue de Camille Saint-Saëns – deux œuvres qui expriment à la fois l'affliction et la joie, la colère et la douceur, et qui permettent à chaque auditeur d'entendre sa propre histoire de la relation franco-allemande. Dans son allocution, le Président fédéral s'adresse avant tout aux 150 jeunes Allemands et Français présents – des petits-enfants et arrière-petits-enfants des fondateurs de l'amitié franco-allemande – et se réjouit qu'ils ne puissent plus s'imaginer se faire la guerre. « La politique ne peut et ne doit pas effacer l'histoire, lance M. Gauck, mais elle peut assouplir les contradictions, elle peut déceler et renforcer les liens, forger des points communs. La politique peut ouvrir la voie aux rencontres, à la guérison, et à la réconciliation. » Se tournant alors vers les membres de l'Assemblée nationale, il les assure qu'il est une certitude qu'ils peuvent emporter avec eux à Paris : « Oui, les Allemands veulent l'Europe! Et une chose est sûre : nous la voulons toujours et uniquement sur le fondement de l'amitié profonde et solide entre la France et l'Allemagne. »
Annette Sach

Le Président de l'Assemblée nationale Claude Bartolone, le Président du Bundestag Norbert Lammert, le Président de la République française François Hollande (premier plan, de g. à dr.), le Premier Ministre Jean-Marc Ayrault, la Chancelière fédérale Angela Merkel et le Président fédéral Joachim Gauck (deuxième plan, de g. à dr.)

Claude Bartolone, Präsident der Assemblée nationale, Bundestagspräsident Norbert Lammert, François Hollande, Präsident der Französischen Republik, (vorne v. l.) sowie Premierminister Jean-Marc Ayrault, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck (dahinter v. l.).

La vie qu'ils mènent, les langues qu'ils parlent et leurs appartenances politiques sont différentes. À première vue, le député français Matthias Fekl (PS) et son collègue allemand Andreas Mattfeldt (CDU) n'ont guère de points communs, mais une chose les unit : tous deux ont des racines franco-allemandes et une histoire familiale binationale qui en font des « enfants du Traité de l'Élysée » – sans le rapprochement entre les deux pays, leurs vies auraient pris une tournure différente. Andreas Mattfeldt en est même fermement convaincu : « Sans le Traité de l'Élysée, je n'existerais pas, cela ne fait aucun doute ». Son père, venu en 1968 en Allemagne dans le cadre d'un jumelage, y tomba amoureux de sa mère. L'année suivante, en 1969, Andreas Mattfeldt naissait à Verden an der Aller. Cet agent technico-commercial, père de deux enfants, a dû attendre trente-cinq ans avant de pouvoir « connaître, apprécier et aimer » son père et sa famille française.

Les enfants du Traité d'Élysée

Andreas Mattfeldt et Matthias Fekl vivent la relation franco-allemande de manière très personnelle – dans leurs familles (« Das Parlament » n° 6/7)

Enfance en Allemagne

Matthias Fekl, lui aussi, est né en Allemagne, à Francfort-sur-le-Main, en 1977, d'une mère française et d'un père allemand qui lui ont inculqué très tôt l'amour du pays voisin. Matthias Fekl a grandi à Berlin-Ouest, où il a vécu l'un des événements les plus marquants de l'histoire de l'Allemagne, la chute du Mur : « Le lendemain, avec mon père et mon frère, nous sommes allés arracher des fragments du Mur », se rappelle-t-il.

Il est d'autant plus intéressant de voir où Matthias Fekl situe sa patrie : « Je me sens Français, tout simplement, même si j'ai la double nationalité », déclare le jeune député. Affirmation corroborée par son parcours typiquement français : après sa scolarité et son baccalauréat obtenu à Berlin, il a franchi le Rhin et enchaîné les grandes écoles avant de s'engager dans une carrière de magistrat administratif. Proche collaborateur et conseiller de plusieurs personnalités politiques, dont Jean-Pierre Bel, Président du Sénat, il a appris le métier sur le tas, à Paris, mais aussi en province, dans sa circonscription actuelle du Lot-et-Garonne.

Liens familiaux

C'est à plus de 1 500 km de là, dans le nord de l'Allemagne, qu'Andreas Mattfeldt a fait ses premiers pas en politique. Titulaire du baccalauréat et d'une formation d'agent technico-commercial, il a travaillé plusieurs années dans l'industrie alimentaire. Membre de la CDU depuis 1990, il a été élu au Bundestag en 2009. Son père français, journaliste, l'y a aidé, alors qu'il est plutôt partisan du Président Hollande.

Le père et le fils ont souvent des discussions passionnées sur la politique. Ils ne sont pas toujours du même avis, « mais il m'aide à coller mes affiches pendant la campagne électorale. C'est ça, justement, les liens familiaux », déclare Andreas Mattfeldt.

Il se souvient aussi de son grand-père français: « Pendant une fête de famille, nous étions assis l'un à côté de l'autre, et tout le monde a été étonné de voir qu'il parlait si bien allemand. » Le grand-père raconta alors qu'il avait été fait prisonnier pendant les premières semaines de la guerre et envoyé au travail forcé en Thuringe, dans le centre de l'Allemagne. C'est dans des moments comme ceux-là qu'Andreas Mattfeldt pense que ses deux grands-pères, l'Allemand et le Français, auraient pu se rencontrer et se tuer : « C'est quand même un peu irréel quand on y pense aujourd'hui. » Pour Matthias Fekl aussi, il est très important d'entretenir la mémoire historique. Il en est convaincu : « Les commémorations comme celle du Traité de l'Élysée sont importantes, ce sont des signaux politiques forts, mais elles ne suffisent pas. »

Selon lui, les relations franco-allemandes ont besoin de « nouvelles initiatives fortes », de projets comme un service civique franco-allemand, par exemple. Le jeune élu français estime qu'il existe aussi des perspectives prometteuses dans la recherche ou en matière de politique énergétique.

Pour le jeune député Matthias Mattfeldt, ce dernier domaine est emblématique du fait qu'en dépit des nombreux contacts établis entre les deux pays, un important travail d'explication reste à faire. Son père français, par exemple, ne comprend « pas du tout la peur des Allemands face à l'énergie nucléaire », et la réforme des retraites donne lieu à un débat très différent des deux côtés du Rhin.

Andreas Mattfeldt est membre du groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag depuis 2009.

Der deutsche Abgeordnete Andreas Mattfeldt (CDU/CSU) ist seit 2009 Mitglied des Bundestages.

Grands enjeux

Malgré certaines divergences d'opinion, « les deux pays s'accordent un énorme crédit de confiance, car nous avons les mêmes intérêts », indique-t-il, ajoutant que la France sait, notamment en ce qui concerne la situation au Mali, que l'Allemagne est à ses côtés.

Matthias Fekl, lui aussi, en est certain : « Aucun de nos deux pays ne peut régler à lui seul les grands enjeux. À deux, l'Allemagne et la France pourront réaliser bien plus de choses que seules. »
Alexander Heinrich/Annette Sach

Depuis 2012, Matthias Fekl est membre du groupe SRC à l'Assemblée nationale.

Der französische Abgeordnete Matthias Fekl (PS) ist seit 2012 Mitglied der Assemblée nationale.

22.1.1963 Charles de Gaulle, Président de la République française, et Konrad Adenauer, Chancelier fédéral, signent le Traité de l'Élysée, fondateur de la coopération franco-allemande. Les parties conviennent d'organiser des rencontres régulières entre représentants gouvernementaux, d'accorder leurs politiques respectives dans le domaine des affaires étrangères, des affaires européennes et de la défense, et d'instaurer une coopération étroite dans le domaine de la culture et de la jeunesse. Une déclaration commune énonce les objectifs de l'entreprise : réconcilier deux États séparés par une rivalité séculaire, jeter les bases d'une amitié réelle entre les deux peuples, en particulier au sein de la jeunesse, et contribuer à l'édification d'une Europe unie.

4./5.7.1963 Lors des premières consultations franco-allemandes tenues à Bonn, les partenaires décident de créer l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ). Depuis lors, huit millions de Français et d'Allemands ont pris part aux quelque 300 000 programmes d'échanges et rencontres organisés dans ce cadre.

10.2.1972 Les deux parties conviennent de la création de lycées franco-allemands et d'un baccalauréat franco-allemand (l'ABIBAC). Cette initiative est suivie, en 1986, par la reconnaissance mutuelle de l'« *Allgemeine*

Chronique

(« Das Parlament » n° 6/7)

Hochschulreife » allemande (certificat de fin d'études permettant l'accès à l'enseignement supérieur) et du baccalauréat français.

11.10.1983 Premier Parlement des jeunes franco-allemand : une centaine de jeunes Allemands et Français discutent avec les députés des deux parlaments.

22.9.1984 À Verdun, le Président François Mitterrand et le Chancelier fédéral Helmut Kohl honorent ensemble la mémoire des soldats français et allemands tombés au cours des deux Guerres mondiales.

22.1.1988 À l'occasion des 25 ans de sa signature, le Traité de l'Élysée est assorti de protocoles additionnels, qui président entre autres choses à la création d'un Conseil économique et financier, d'un Conseil environnemental et culturel et d'un Conseil de défense et de sécurité communs.

30.5.1992 La chaîne de télévision franco-allemande Arte commence à émettre depuis Strasbourg.

5.1.1993 Depuis sa base de Strasbourg, l'Eurocorps entre en fonction. À sa création, il compte 40 000 soldats allemands et français.

21.2.1998 À Poznan, les Présidents français et polonais et le Chancelier fédéral allemand se réunissent pour la première fois dans le cadre du « Triangle de Weimar ».

22.1.2003 À l'Élysée se tient la première réunion du Conseil des ministres franco-allemand, en marge des célébrations du 40e anniversaire de la signature du Traité de l'Élysée. Depuis lors, les gouvernements des deux États tiennent une séance commune tous les six mois. Le point d'orgue des célébrations du 40e anniversaire est la séance conjointe des députés de l'Assemblée nationale et du Bundestag, réunis à Versailles. Les parlementaires y conviennent entre autres de la tenue de réunions régulières entre leurs Bureaux respectifs, d'une coopération entre les commissions parlementaires, ainsi que de l'échange de fonctionnaires entre les deux parlaments.

8.7.2012 Lors d'une cérémonie en la cathédrale de Reims, la Chancelière fédérale, Angela Merkel, et le Président François Hollande commémorent un événement hautement symbolique de l'amitié nouée entre la France et l'Allemagne 50 ans auparavant. Le 8 juillet 1962, le Président Charles de Gaulle et le Chancelier Konrad Adenauer avaient assisté ensemble à une messe célébrée dans cette même cathédrale et affiché ce faisant leur volonté de réconciliation.
Alexander Heinrich

Konrad Adenauer

Helmut Kohl

Gerhard Schröder

Angela Merkel

Charles de Gaulle

François Mitterrand

Jacques Chirac

François Hollande

www.bundestag.de
Site internet du Bundestag allemand

www.bundestag.de/htdocs_f/index.html
Pages en français du site du Bundestag allemand

www.bundestag.de/kulturundgeschichte/parlamentspreise/dt_fr_preis/index.html
Site internet du Prix parlementaire franco-allemand du Bundestag

www.assemblee-nationale.fr
Site internet de l'Assemblée nationale

www.assemblee-nationale.fr/14/evenements/50ans.asp
Articles et vidéos sur les célébrations des 50 ans du Traité de l'Élysée, sur le site de l'Assemblée nationale

www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&ids=2085900&instance=m187&mask=search&contentArea=details
Vidéo sur les anniversaires du Traité de l'Élysée de 1973 à 2003

www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41394955_kw45_50_jahre_elysee/index.html
Article sur le « Jubilé d'or » du Traité de l'Élysée

Informations en ligne

www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&ids=2119530&instance=m187&mask=search&contentArea=details
Vidéo sur l'ouverture de la double exposition « François Morellet figuratif – Gunda Förster konkret » présentant des œuvres de l'artiste français François Morellet et de l'artiste berlinoise Gunda Förster, dans l'Espace artistique du Bundestag

www.das-parlament.de/2013/01-03
Articles et dossier spécial sur les 50 ans de la signature du Traité de l'Élysée dans la revue « Das Parlament »

www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2013/01/2013-01-22-deu-franz-erlkaerung.html
Déclaration du Conseil des ministres franco-allemand à l'occasion du cinquantième anniversaire du Traité de l'Élysée (communiqué de presse du gouvernement fédéral – document à télécharger)

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de
Koordination: Britta Hanke-Giesers
Protokollierung: Deutscher Bundestag, Stenografischer Dienst,
Assemblée nationale, Unterabteilung Sitzungsmitschriften
Koordination der Übersetzungen: Christina Reinicke, Pierre Debock
Übersetzungen: Sprachendienst des Deutschen Bundestages in Zusammenarbeit mit Philippe Beaudonnet, Pierre Debock, Gérard Jeannot, Frédéric Lohest und Nathalie Pijollet, Sprachendienst des Auswärtigen Amts, Französische Botschaft
Redaktion: Georgia Rauer
Gestaltung: Marc Mendelson
Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele
Fotos: Umschlagseite 2, S. 1, 100, 107, 110, 118, 223, 242 Deutscher Bundestag (DBT)/Lichtblick/Achim Melde; S. 6, 22, 43, 47, 51, 59, 65, 71, 79, 81, 82–83, 84–85, 96, 111, 159, 161, 172, 180, 189, 197, 205, 211, 217, 224–225, 238 DBT/photothek/Thomas Köhler; S. 9 Auswärtiges Amt; S. 11, 153, 164 DBT/Katrin Neuhauser; S. 12, 15, 17, 19, 27, 30, 35, 37, 40, 55, 63, 69, 75, 108, 109, 154, 157, 169, 177, 182, 185, 193, 201, 207, 213, 221, 226–227 DBT/Werner Schüring; S. 101, 243 Assemblée nationale – 2012; S. 103, 245 obere Reihe 1. und 2. v. l. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)/Engelbert Reineke, 3. v. l. BPA/Konrad R Müller, 4. v. l. BPA/Laurence Chaperon, untere Reihe 1. v. l. ullstein bild/Schirner X, 2. v. l. ullstein bild/Kucharz, 3. v. l. ullstein bild/Reuters, 4. v. l. ullstein bild/Boness/IPON; S. 112, 114, 119, 121, 122, 123 DBT/Simone M. Neumann; S. 113, 116 DBT/Sylvia Bohn; S. 115, 120, 146–149 DBT/Julia Kummerow; S. 117, 151 DBT/Hermann J. Müller; S. 124–125 BPA/Schwahn; S. 126–145 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts; S. 86, 92, 228, 234 DBT/studio kohlmeier; S. 250 BPA/Guido Bergmann
Druck: Ruksaldruck GmbH & Co. KG, Berlin
DVD-Authoring: TVN PRODUCTION BERLIN GmbH, mit freundlicher Unterstützung des ZDF

© Deutscher Bundestag, Berlin 2013; alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Impressum
Responsables de l’édition

Éditeur : Bundestag allemand
Service des relations publiques
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de
Coordination : Britta Hanke-Giesers
Compte rendu : Bundestag allemand, Service sténographique
Assemblée nationale, Service du Compte rendu de la séance
Coordination des traductions : Christina Reinicke, Pierre Debock
Traduction : Service linguistique du Bundestag allemand, en collaboration avec Philippe Beaudonnet, Pierre Debock, Gérard Jeannot, Frédéric Lohest et Nathalie Pijollet, Services linguistiques du ministère fédéral des Affaires étrangères, Ambassade de France
Rédaction : Georgia Rauer
Conception graphique : Marc Mendelson
Aigle du Bundestag : Professeur Ludwig Gies, adaptation 2008 büro uebele
Photographies : 2e de couverture, pp. 1, 100, 107, 110, 118, 223, 242 Deutscher Bundestag (DBT)/Lichtblick/Achim Melde ; pp. 6, 22, 43, 47, 51, 59, 65, 71, 79, 81, 82–83, 84–85, 96, 111, 159, 161, 172, 180, 189, 197, 205, 211, 217, 224–225, 238 DBT/photothek/Thomas Köhler ; p. 9 Auswärtiges Amt ; pp. 11, 153, 164 DBT/Katrin Neuhauser ; pp. 12, 15, 17, 19, 27, 30, 35, 37, 40, 55, 63, 69, 75, 108, 109, 154, 157, 169, 177, 182, 185, 193, 201, 207, 213, 221, 226–227 DBT/Werner Schüring ; pp. 101, 243 Assemblée nationale – 2012 ; pp. 103, 245 rangée supérieure, de g. à dr. : photos 1 et 2 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)/Engelbert Reineke, photo 3 BPA/Konrad R Müller, photo 4 BPA/Laurence Chaperon, rangée inférieure, de g. à dr. : photo 1 ullstein bild/Schirner X, photo 2 ullstein bild/Kucharz, photo 3 ullstein bild/Reuters, photo 4 ullstein bild/Boness/IPON ; pp. 112, 114, 119, 121, 122, 123 DBT/Simone M. Neumann ; p. 113, 116 DBT/Sylvia Bohn ; pp. 115, 120, 146–149 DBT/Julia Kummerow ; pp. 117, 151 DBT/Hermann J. Müller ; pp. 124–125 BPA/Schwahn ; pp. 126–145 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts ; pp. 86, 92, 228, 234 DBT/studio kohlmeier ; p. 250 BPA/Guido Bergmann
Impression : Ruksaldruck GmbH & Co. KG, Berlin
Auteuring DVD : TVN PRODUCTION BERLIN GmbH, avec l'aimable soutien de ZDF

© Bundestag allemand, Berlin 2013 ; tous droits réservés.

La présente publication est éditée par le Bundestag allemand dans le cadre des relations publiques parlementaires. Elle n'est pas destinée à la vente. Est interdite – en particulier aux fins de promotion électorale – toute utilisation pour les relations publiques de partis politiques, de groupes parlementaires, de titulaires d'un mandat ou de candidats à une élection.

Konzert des Bundespräsidenten und von Frau Schadt aus Anlass des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages zwischen Frankreich und Deutschland

Programm
Marek Janowski, Dirigent
Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin

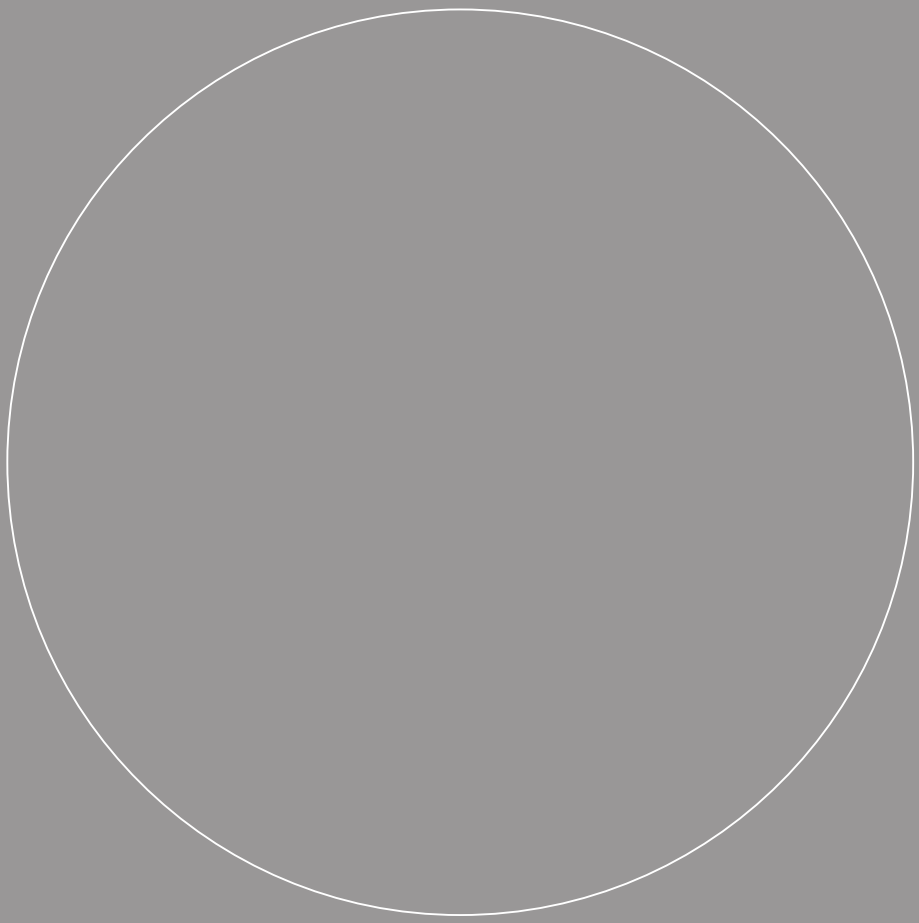
Ludwig van Beethoven (1770–1827)
Ouvertüre zu Goethes Trauerspiel „Egmont“ f-Moll op. 84
Sostenuto, ma non troppo – Allegro

Ansprache des Bundespräsidenten

Camille Saint-Saëns (1835–1921)
Sinfonie Nr. 3 c-Moll op. 78 „Orgelsinfonie“
Adagio – Allegro moderato – Poco adagio
Allegro moderato – Presto – Allegro moderato – Maestoso – Allegro – Molto allegro – Pesante
Iveta Apkalna, Orgelsolo

Ludwig van Beethoven (1770–1827)
„Ode an die Freude“
eingerichtet von Herbert von Karajan

Das Konzert wurde live auf Arte übertragen.



Concert sous l'égide du Président fédéral et de Madame Schadt à l'occasion du 50e anniversaire de la signature du Traité de l'Élysée entre la France et l'Allemagne

Programme
Marek Janowski, chef d'orchestre
Orchestre symphonique de la radio de Berlin

Ludwig van Beethoven (1770–1827)
Ouverture pour « Egmont » de Goethe, en fa mineur, op. 84
Sostenuto, ma non troppo – Allegro

Allocution du Président fédéral

Camille Saint-Saëns (1835–1921)
Symphonie n° 3 en ut mineur, op. 78 (symphonie avec orgue)
Adagio – Allegro moderato –
Poco adagio
Allegro moderato – Presto – Allegro moderato –
Maestoso – Allegro – Molto allegro – Pesante
Iveta Apkalna, solo d'orgue

Ludwig van Beethoven (1770–1827)
« Ode à la joie »
Arrangement de Herbert von Karajan

Le concert a été retransmis en direct sur Arte.